Working Paper No 6

Forum Demokratieforschung
Beiträge aus Studium und Lehre

Working Paper-Reihe
im Fachgebiet Demokratieforschung
am Institut für Politikwissenschaft
der Philipps-Universität Marburg

Working Paper No 6

Euroskeptizismus bundesdeutscher Parteien

Wie verbreitet ist Euroskeptizismus in den bundesdeutschen Parteien und welche Einflussfaktoren spielen dabei eine Rolle?

Bachelorarbeit im Studiengang Politikwissenschaft
an der Philipps-Universität Marburg

von
Marc Becker

Titelbild: Füllhorn von Christel Irmscher (Original: Acryl auf Leinwand 1997)

Impressum
Forum Demokratieforschung, Working Paper-Reihe im Fachgebiet Demokratieforschung
am Institut für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg,
Beiträge aus Studium und Lehre
Herausgeberinnen: Prof'in Dr. Ursula Birsl, Matti Traußneck (M.A. Politologin), Ina Pallinger

Working Paper No 6 (Dezember 2014)
ISSN 2197-9485

http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/institut/lehrende/birsl/forumdemokratie

Kontakt:
Prof'in Dr. Ursula Birsl
Matti Traußneck
Philipps-Universität Marburg
Institut für Politikwissenschaft
Wilhelm-Röpke-Str. 6G
D-35032 Marburg

E-Mail: ursula.birsl@staff.uni-marburg.de
matti.traussneck@staff.uni-marburg.de

Inhalt

1. Einleitung und Fragestellung 7

2. Forschungsstand 9
2.1 Euroskeptizismus: Begriffsklärung und Konzeptualisierung 9
2.2 Theoretische Erklärungsfaktoren für Euroskeptizismus 15
2.2.1 Ideologie versus Strategie 15
2.2.2 Salienz des Themas und politischer Wettbewerb 16
2.2.3 Institutionelle Faktoren 17
2.3 Euroskeptizismus in deutschen Parteien 18
2.4 Zwischenfazit und Forschungsbedarf 22

3. Konzeptionelle Anlage der Studie 24
3.1 Begründung der Methodenauswahl 24
3.2 Methodisches Vorgehen 25
3.2.1 Auswahl- und Analyseeinheit 25
3.2.2 Kategoriensystem 26
3.2.3 Codierprozess 29
3.2.4 Vorgehen bei der Auswertung 30

4. Empirische Befunde und theoretische Einordnung 31
4.1 Überblick 31
4.2 Alternative für Deutschland (AfD) 32
4.3 Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) 40
4.4 Die Linke 48

5. Fazit 56

6. Literatur 59

7. Quellen: Programme der Parteien 62

8. Anhang 64
8.1 Codierschema mit Erläuterungen 64
8.2 Auswertungsmatrizen 67

1. Einleitung und Fragestellung

Bereits seit einigen Jahren stellen MeinungsforscherInnen europakritische Einstellungsmuster in großen Teilen der deutschen Bevölkerung fest (vgl. Busch/Knelangen 2004: 85ff.; Schieder 2011: 35). Im Zuge der sogenannten „Eurokrise“ setzen sich derartige Befunde fort: Im November 2013 gaben beispielsweise 59 Prozent der befragten Deutschen an, dass sie der Europäischen Union und ihren Institutionen „eher nicht vertrauen“ (Eurobarometer 2013).

Lange Zeit wirkten sich diese euroskeptischen Tendenzen in der Bevölkerung jedoch nicht auf die deutsche Parteienlandschaft aus. Vielmehr bestand unter den politischen Eliten ein außerordentlich stabiler pro-europäischer Konsens fort. Wegen der weitgehenden Abwesenheit relevanter euroskeptischer Parteien wurde die Bundesrepublik in der Forschung gar als europäischer Sonderfall beschrieben (vgl. u.a. Schieder 2011: 33).

Nun könnte sich diese Situation allerdings grundlegend ändern: Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 konnte mit der Alternative für Deutschland (AfD) erstmals eine Partei einen Wahlerfolg erzielen, die euroskeptische Stimmungen konsequent bedient. Unlängst ermittelten Umfrageinstitute ein theoretisches WählerInnenpotential der AfD von über 20 Prozent (vgl. Fietz 2014). Über das Europaparlament und eine zunehmende Präsenz auf bundespolitischer Ebene könnte die Partei damit Einfluss auf den europäischen Integrationsprozess nehmen, der noch immer größtenteils ein Projekt der politischen Eliten ist. Besondere Relevanz erhält die Betrachtung aktueller euroskeptischer Tendenzen im deutschen Parteiensystem zudem durch die Beobachtung, dass auch die etablierten Parteien auf die neue Konkurrenz seitens der AfD reagieren und ihre Positionen möglicherweise in Richtung Euroskeptizismus verlagern. Insbesondere die CSU setzte bereits im aktuellen Europawahlkampf auf deutlich europakritische Töne (vgl. Szymanski 2014).

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, wie verbreitet Euroskeptizismus in den bundesdeutschen Parteien gegenwärtig ist und welche Einflussfaktoren dabei eine Rolle spielen. Zur Beantwortung dieser Fragestellung untersucht die vorliegende Arbeit die Europawahlprogramme 2014 der Parteien AfD, CSU und Die Linke, welchen in der jüngeren einschlägigen Forschung euroskeptische Haltungen zugeschrieben wurden. Um mögliche Einflussfaktoren auf den derzeitigen Euroskeptizismus zu identifizieren, werden die Europawahlprogramme zudem mit den Grundsatzprogrammen der Parteien abgeglichen.

Im ersten Abschnitt der vorliegenden Arbeit werden zunächst wissenschaftliche Konzeptualisierungen von Euroskeptizismus dargestellt und diskutiert. Anschließend werden der derzeitige Forschungsstand zu möglichen theoretischen Erklärungsfaktoren sowie die bisherige Forschung zu Euroskeptizismus im deutschen Parteiensystem vorgestellt. Im darauf-

folgenden Kapitel werden die konzeptionelle Anlage der Studie und das methodische Vorgehen bei der Analyse der Parteiprogramme beschrieben. Es handelt sich um eine qualitative Inhaltsanalyse, die mittels einer Codierung der relevanten Parteiaussagen um quantitative Elemente ergänzt wurde. Die empirischen Ergebnisse der Analyse werden danach pro Partei dargestellt und mit dem Forschungsstand abgeglichen, sodass eine Einordnung der Befunde vorgenommen werden kann. Abschließend erfolgen im Rahmen eines kurzen Fazits die Beantwortung der Fragestellung und eine Reflexion des Forschungsprozesses.

2. Forschungsstand

Bevor spezifisch auf die bundesdeutschen Parteien eingegangen werden kann, muss zunächst das wissenschaftliche Konzept des Euroskeptizismus besprochen werden. Im Anschluss daran wird der Forschungsstand zu möglichen Einflussfaktoren sowie zum Euroskeptizismus im deutschen Parteiensystem herausgearbeitet. Darauf aufbauend wird in einem Zwischenfazit der Forschungsbedarf begründet.

2.1 Euroskeptizismus: Begriffsklärung und Konzeptualisierung

Der Begriff „Euroskeptizismus“ stammt ursprünglich nicht aus dem wissenschaftlichen Diskurs, sondern wurde Mitte der 1980er-Jahre von britischen JournalistInnen geprägt. Ursprünglich bezog er sich auf die Ablehnung einer britischen Beteiligung am Prozess der europäischen Integration, welche als vorwiegend kontinentales Projekt wahrgenommen wurde (vgl. Harmsen/Spiering 2004: 15f.).

Lange Zeit wurde die europäische Integration in den meisten beteiligten Staaten von einer breiten Unterstützung der politischen Eliten getragen, die mit „mass quiescence, if not support“ (Szczerbiak/Taggart 2008a: 1) der Bevölkerung rechnen konnten. Seit dem Vertrag von Maastricht wird der Integrationsprozess in der öffentlichen Diskussion allerdings zunehmend skeptischer beurteilt. Daten aus den Eurobarometer-Umfragen zeigen, dass die BürgerInnen im Kompetenzausbau der Europäischen Union längst nicht nur Chancen, sondern auch Risiken sehen (vgl. Weßels 2009: 50). Auch das Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden im Jahr 2005 hat gezeigt, dass die bisherige (passive) Zustimmung der Bevölkerung zum Integrationsprozess zunehmend in Frage gestellt ist. Längst haben sich in vielen Staaten der EU Bewegungen und Parteien etabliert, die sich aktiv gegen eine weitere Integration einsetzen. Bekennende Europa-GegnerInnen sind ins EU-Parlament gewählt worden (vgl. Szczerbiak/Taggart 2008a: 1).

Im Zuge dieser als „Post-Maastricht Blues“ (Eichenberg/Dalton 2007) bezeichneten Entwicklung erlangte der Begriff des „Euroskeptizismus“ in der politischen und medialen Debatte in ganz Europa wachsende Prominenz – und erregte folgerichtig auch das Interesse der Wissenschaft. Nicht zuletzt wegen seiner Herkunft aus dem medialen Diskurs wurde der Begriff allerdings von einigen WissenschaftlerInnen kritisiert. Demnach lenke die negative Konnotation von „Skeptizismus“ die Forschung in eine stark normative Richtung (vgl. Crespy/Verschueren 2009: 381; Heine 2010: 314). Tatsächlich werden im alltäglichen Gebrauch heute verschiedene Formen von Ablehnungsverhalten als Euroskeptizismus bezeich-

net. Angesichts der undifferenzierten Verwendung des Begriffs spricht Weßels (2009: 65) von einer „Allerweltsvokabel“, die einer sorgfältigen Konzeptualisierung bedürfe.

Zunächst ist also zu klären, was im gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskurs unter Euroskeptizismus verstanden wird. Gemeint ist nicht, anders als der Begriff vielleicht suggeriert, die Meinung zum Euro als Gemeinschaftswährung. Vielmehr werden Einstellungen gegenüber dem Projekt der europäischen Integration und gegenüber der Europäischen Union erfasst. Euroskeptische Positionen finden sich sowohl in politischen Parteien als auch in der Bevölkerung. Aus analytischen Gründen ist es sinnvoll, beide Aspekte zu unterscheiden, auch wenn zwischen ihnen sicherlich Wechselwirkungen bestehen (vgl. Szczerbiak/Taggart 2008b: 348). In der vorliegenden Arbeit wird nur der Euroskeptizismus in Parteien untersucht; auch die Rolle anderer politischer Akteure – z.B. Interessengruppen, soziale Bewegungen oder Medien – bleibt unberücksichtigt.

Eine allgemein akzeptierte Definition von Euroskeptizismus gibt es derzeit nicht (vgl. Oberkirch/Schild 2010: 9). Vielmehr existiert eine wissenschaftliche Debatte darüber, wie dieses komplexe Phänomen am besten theoretisch erfasst werden kann (vgl. Vasilopoulou 2013: 154ff.). Da in der bisherigen Forschung zu Euroskeptizismus in deutschen Parteien auf verschiedene theoretische Konzepte zurückgegriffen wurde, ist es wichtig, diese Debatte in ihren Grundzügen nachzuzeichnen.

Die erste, allerdings bewusst breit gefasste Konzeptualisierung stammt von Taggart (1998: 365). Demnach umfasse Euroskeptizismus „the idea of contingent or qualified opposition, as well as incorporating outright and unqualified opposition to the process of European integration.“ Daraus folgt, dass Euroskeptizismus in verschiedenen Formen auftritt: Parteien können etwa die Übertragung nationalstaatlicher Befugnisse an die EU grundsätzlich ablehnen oder lediglich einzelnen politischen Entwicklungen skeptisch gegenüber stehen, ohne dabei die europäische Integration insgesamt in Frage zu stellen.

Aufbauend auf diese Unterscheidung differenzieren Taggart/Szczerbiak (2004: 3f.) zwischen „hartem“ und „weichem“ Euroskeptizismus. Harter Euroskeptizismus meint dabei „a principled opposition to the EU and European integration“ (Szczerbiak/Taggart 2008c: 240). Dies treffe z.B. auf Parteien zu, welche die EU-Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. Von weichem Euroskeptizismus wird dort gesprochen,

> „where there is NOT a principled objection to European integration or EU mem- bership but where concerns on one (or a number) of policy areas lead to the expression of qualified opposition to the EU, or where there is a sense that ‘national interest’ is currently at odds with the EU trajectory.“ (ebd.: 241, Herv. i. O.)

Diese wohl gängigste Konzeptualisierung von Euroskeptizismus (vgl. Vasilopoulou 2013: 156) erregte allerdings auch einige Kritik von anderen AutorInnen. Insbesondere die letztgenannte Ausprägung des weichen Euroskeptizismus sei als „broad catch-all category" (Henderson 2008: 113) angelegt, unter die letztlich „every disagreement with any policy of the EU" (Kopecký/Mudde 2002: 300) falle. Demnach wären so gut wie alle europäischen Parteien als euroskeptisch einzustufen. Grund dafür sind die unklaren Unterscheidungskriterien der Definition: Beispielsweise beziehen sich PolitikerInnen fast aller Richtungen regelmäßig auf nationale Interessen, ohne damit zwingend eine euroskeptische Haltung auszudrücken (vgl. Lees 2002: 250).

Kopecký/Mudde (2002: 299f.) kritisieren außerdem die Beschränkung auf lediglich zwei Kategorien bei Szczerbiak/Taggart und schlagen deshalb eine feingliedrigere Typologie vor. Anstelle der bloßen Bereitschaft zur Mitgliedschaft in der EU identifizieren sie den Transfer von nationalstaatlichen Kompetenzen auf die supranationale Ebene als den wesentlichen Aspekt, der die grundlegende Einstellung einer Partei zum Thema Europa bestimmt. In Anlehnung an Eastons (1965) „Konzept der politischen Unterstützung" unterscheiden Kopecký/Mudde daher zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung der europäischen Integration durch die Parteien. Diffuse Unterstützung meint dabei die generelle Zustimmung zur Idee der europäischen Integration, spezifische Unterstützung bezieht sich hingegen konkret auf die EU und ihre derzeitige Ausgestaltung – also darauf, wie die grundlegenden Ideen umgesetzt werden und wie optimistisch oder pessimistisch die Parteien die aktuelle Entwicklung der EU beurteilen (vgl. Kopecký/Mudde 2002: 300).

Daraus ergibt sich eine zweidimensionale Matrix, die grundlegend europhile und europhobe bzw. konkret EU-optimistische und EU-pessimistische Parteien differenziert. Parteien, die sowohl die grundsätzlichen Ideen der Integration als auch die EU-Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen, werden als „Euroablehner" bezeichnet. Parteien, die grundsätzlich europhil sind, aber der EU in ihrer gegenwärtigen Form kritisch bis ablehnend gegenüber stehen, heißen „Euroskeptiker". Sogenannte „Europragmatiker" kombinieren europhobe und EU-optimistische Positionen. „Euroenthusiasten" unterstützen die europäische Integration sowohl in diffuser als auch in spezifischer Weise (vgl. Kopecký/Mudde 2002: 302f.).

Gegenüber dem Modell von Szczerbiak/Taggart bietet die Typologie von Kopecký/Mudde den Vorteil, dass sie zwischen dem Regime sowie dessen Grundlagen und Werten unterscheidet. Dabei werden auch positive Einstellungen zum Thema Europa berücksichtigt. Etwas irreführend wirkt allerdings, dass nach Kopecký/Mudde lediglich jene Parteien als euroskeptisch bezeichnet werden, die grundlegend positive Einstellungen gegenüber der

europäischen Integration haben, aber die konkrete Praxis kritisieren (vgl. Weßels 2009: 53). Die Kategorie der „Europragmatiker“, die umgekehrt die EU spezifisch unterstützen, obwohl sie die Idee der europäischen Integration eigentlich ablehnen, erscheint zudem widersprüchlich. Nicht zuletzt wegen der nicht ganz eindeutigen terminologischen Abgrenzungen ergeben sich deshalb in der Forschungspraxis bei einigen Parteien Schwierigkeiten, eine klare Zuordnung zu einer Kategorie vorzunehmen. Bei politischen Parteien scheint es sich nicht immer um Akteure mit einer derart gefestigten Position zu Europa zu handeln, als dass vier Typen für eine erschöpfende Kategorisierung ausreichen würden.

Ein dritter maßgeblicher Beitrag zur Konzeptualisierung von Euroskeptizismus stammt von Flood (2002: 5), der ein sechsstufiges Kontinuum an Positionen zu Europa entwickelt. Euroskeptizismus wird dabei als Pol eines Spektrums an Haltungen begriffen, auch wenn der Begriff selbst als Label vermieden wird. Stattdessen spricht Flood von „minimalists“, „revisionists“ und „rejectionists“, die gewissermaßen verschiedene Grade von Euroskeptizismus beschreiben. Die weiteren drei Stufen beziehen sich auf eher pro-europäische Haltungen, auch hier lassen sich also mehr Abstufungen unterscheiden als bei Kopecký/Mudde.

Auch weitere AutorInnen knüpfen in ihrer Arbeit an Kopecký/Mudde an: Fuchs et al. (2009: 20ff.) erweitern deren Konzept – ebenfalls mit Verweis auf Easton – um ein weiteres Objekt der politischen Unterstützung: Neben der Haltung gegenüber den ideellen Grundsätzen der europäischen Integration und gegenüber dem Regime (im Sinne der institutionellen Strukturen der EU) werden hier auch Einstellungen gegenüber den Autoritäten und ihren Handlungen (Evaluation hinsichtlich Effektivität und Legitimität) berücksichtigt. Zusammenfassend halten die Autoren fest:

> „The EU as an attitudinal object can be evaluated from three perspectives: first, the principles of the EU referring to economic or political integration; second, the contemporary political system of the EU referring to its special institutionalisation and third, the evaluation of the political system on the basis of basic standards or reasons.“ (Fuchs et al. 2009: 24)

Es erscheint sinnvoll, diese drei Perspektiven bei der Analyse euroskeptischer Positionen zu berücksichtigen. Schließlich macht es einen Unterschied, ob sich Kritik beispielsweise auf spezielle politische Praktiken der EU-Institutionen oder auf ein generell empfundenes Demokratiedefizit bezieht.

Mit ähnlichen Dimensionen arbeiten auch Krouwel/Abts (2007) und Weßels (2009) in ihren Konzeptualisierungen. Empirisch beziehen sich allerdings alle drei Studien auf Euroskeptizismus in der Bevölkerung. Fuchs et al. (2009: 20) postulieren zwar die Anwendbarkeit ihrer Konzeptualisierung auf parteibasierten Euroskeptizismus, zur Überprüfung ihrer theore-

tischen Überlegungen verwenden sie aber Variablen aus den Eurobarometer-Befragungen, die lediglich Daten auf der Individualebene erheben. Exemplarisch zeigt sich hieran ein essentielles Problem bei der Operationalisierung insbesondere der letztgenannten Konzeptualisierungen von parteibasiertem Euroskeptizismus: „[...] the more complex and fine-grained the typology, the more difficult it is to operationalize and categorize the parties" (Szczerbiak/Taggart 2008c: 246). In der Tat erfordern komplexere Modelle umfangreiche Datensätze, die in der Regel nur durch Bevölkerungsumfragen gewonnen werden können. Parteien hingegen legen ihre Einstellungen zum Thema Europa oftmals nicht im Detail dar, was hauptsächlich der geringen Salienz von Europa-Issues im politischen Wettbewerb geschuldet ist (vgl. Leconte 2010: 114). Die meisten Fallstudien zum Euroskeptizismus in europäischen Parteiensystemen orientieren sich daher an der breiter angelegten Definition von Szczerbiak/Taggart – insbesondere wenn es sich um Projekte handelt, die einen länderübergreifenden Vergleich ermöglichen sollen (vgl. Harmsen/Spiering 2004: 20). Dies trifft auch auf die Literatur zu deutschen Parteien zu (vgl. Lees 2002; Lees 2008a; Schieder 2011), die im übernächsten Abschnitt dieser Arbeit vorgestellt wird.

Die Frage, wie parteibasierter Euroskeptizismus gemessen werden kann, wird kontrovers diskutiert. Daten aus Bevölkerungsumfragen weisen zwar auf einen Zusammenhang zwischen euroskeptischen Positionen von WählerInnen und ihren Präferenzen für rechtsextreme Parteien hin (vgl. Neller/Thaidigsmann 2009: 229), daraus lassen sich allerdings keine Rückschlüsse auf die Europa-Einstellung der Parteien ziehen. In Umfragen können nur „perceived positions of parties" (Ray 1999: 285), nicht aber die tatsächlichen Positionen ermittelt werden. Auch Wahlerfolge vermeintlich euroskeptischer Parteien sind als Indikator nicht ausreichend, da die Wahlentscheidung freilich nicht zwangsläufig an Europa-Issues gekoppelt ist. Vielmehr können auch ganz andere thematische Aspekte ausschlaggebend sein (vgl. Szczerbiak/Taggart 2008c: 253).

Eine weitere Methode ist die Analyse von offiziellen Parteidokumenten wie Grundsatz- und Wahlprogrammen. Dabei können die Parteipositionen zum Thema Europa unmittelbar erhoben werden. Die Verwendung bereits vorhandener Daten aus dem am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) angesiedelten „Manifesto Project"[1], das auf quantitativen Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen seit 1945 basiert, ist allerdings nur begrenzt möglich: Der Datensatz enthält lediglich zwei Kategorien, die sich explizit auf die europäische Integration beziehen – und zeichnet daher nur ein eindimensionales Bild von Euroskeptizismus (vgl. Ray 2007: 16).

[1] Vgl. https://manifesto-project.wzb.eu

Aus diesem Grund ist eine explizit auf das Forschungsinteresse ausgerichtete Erhebung notwendig. Die größte Schwierigkeit bei allen Formen der systematischen Inhaltsanalyse liegt im Codierprozess, also in der Zuordnung der für die Fragestellung relevanten Informationen zu den Analysekategorien (vgl. Kuckartz 2009: 337). Aussagen aus den Dokumenten müssen in Daten verwandelt werden, die eine Einordnung der Parteien ermöglichen. Da sich bei der Anwendung strikter Codierschemata insbesondere bei vergleichend angelegten Forschungsprojekten Probleme mit der Intercoder-Reliabilität ergeben, greifen einige Studien – ergänzend oder ausschließlich – auf die Meinung von ExpertInnen zu den Parteien und ihren Programmen zurück (vgl. Ray 1999: 285ff.; Marks/Wilson 2000: 439; Harmsen/Spiering 2004: 30f.; Harmsen/Schild 2011a: 12). Dabei stellt sich, wie Ray (2007: 15) anmerkt, allerdings die Frage, nach welchen Kriterien die ExpertInnen ausgewählt werden und wie valide deren Einschätzungen sind.

Einen sinnvollen Kompromiss zwischen Daten aus Parteidokumenten und ergänzenden Informationen von ExpertInnen wählen Harmsen/Schild (2011a), die in ihrem Forschungsprojekt die Bedeutung von europäischen Issues und Frames im Parteiendiskurs zur Europawahl 2009 untersuchen. Die AutorInnen der einzelnen Fallstudien des Sammelbandes bekamen die Aufgabe

> „[...] to examine the presence and content of European issues in relation to four broad thematic axes. These axes are sought to capture the specifically 'Eurosceptic' dynamics which have [...] become something of a hallmark of EP contests, as well as highlighting markers of the wider politicization of European issues [...] including the potential development of more robust 'pro-European' discourses." (Harmsen/Schild 2011a: 11)

Bei den Achsen handelt es sich um „'sceptical' and 'critical' discourses" (ebd.), die sich um Aspekte des politischen bzw. sozio-ökonomischen Projekts der europäischen Integration drehen, oder die sich im Spannungsfeld zwischen einer weitergehenden politischen Integration und dem Erhalt nationaler Identitäten bewegen („'integrationist/demarcationist' divide", ebd.). Die vierte Achse bezieht sich auf „'pro-integrationist' discourses" (ebd.) und fasst die politische Unterstützung, die für die europäische Integration bzw. für die EU auf den anderen Achsen geäußert wird, zusammen.

Harmsen/Schild unterscheiden in ihrer Konzeptualisierung also verschiedene Dimensionen des Euroskeptizismus – im Sinne verschiedener Bezugspunkte, die Gegenstand einer skeptischen Haltung sein können – und beziehen außerdem das ganze Spektrum politischer Diskurse von Unterstützung bis Ablehnung in ihre Überlegungen ein. Außerdem erscheint die Konzeptualisierung nicht übermäßig komplex; vielmehr hat sie sich in der forschungspraktischen Anwendung auf Wahlprogramme im Rahmen einer qualitativen Studie bewährt. Die

einzelnen Kategorien von Harmsen/Schild sollen deshalb im Kapitel „Konzeptionelle Anlage der Studie“ genauer betrachtet und anschließend bei der Codierung der Parteidokumente verwendet werden.

2.2 Theoretische Erklärungsfaktoren für Euroskeptizismus

Im nun folgenden Schritt soll die theoretische Basis für die Beantwortung des zweiten Teils der Fragestellung dieser Arbeit gelegt werden, die sich auf die Hintergründe von parteibasiertem Euroskeptizismus bezieht. In der einschlägigen Literatur werden verschiedene Erklärungsfaktoren diskutiert, die an dieser Stelle vorgestellt werden.

2.2.1 Ideologie versus Strategie

Das europäische Parteiensystem ist geprägt durch historisch entstandene gesellschaftliche Konfliktlinien, sogenannten Cleavages. Die klassischen Cleavages sind Staat gegen Kirche, Kapital gegen Arbeit, Zentrum gegen Peripherie und Stadt gegen Land (vgl. Fuchs et al. 2009: 11). Die Parteien positionieren sich entlang dieser Konfliktlinien und passen ihre Positionen zu neu aufkommenden Themen an die existierenden Grundorientierungen an. Es lassen sich Parteifamilien (Christdemokraten, Liberale, Sozialdemokraten usw.) zusammenfassen, deren Mitglieder durch ähnliche Standpunkte charakterisiert sind. Marks/Wilson (2000: 433ff.) stellen die Hypothese auf, dass sich die Haltung einer Partei zur europäischen Integration anhand ihrer Zugehörigkeit zu einer Parteifamilie vorhersagen lasse. Legt man das übliche Links-Rechts-Schema zugrunde, so zeigt sich, dass euroskeptische Parteien tendenziell an den politischen Rändern zu finden sind. Beispielsweise wenden sich extrem rechte Parteien gegen die EU, weil sie den Nationalstaat schützen wollen und sich gegen Immigration aussprechen. Radikale Linke lehnen die EU dagegen als neoliberales und undemokratisches Projekt ab, das den Wohlfahrtsstaat aushöhle (vgl. Leconte 2010: 108f.).

Einen klaren Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Parteifamilie und euroskeptischen Positionen konnten Szczerbiak/Taggart (2008c: 255) empirisch allerdings nicht bestätigen. Dieser Befund legt nahe, dass ideologische Dispositionen nicht die alleinigen Ursachen für euroskeptische Haltungen sind. Es ist auffällig, dass insbesondere grüne und sozialdemokratische Parteien ihre anfänglich distanzierte Einstellung gegenüber der EU revidiert haben (vgl. Oberkirch/Schild 2010: 43). Die Cleavage-Theorie berücksichtigt solche Wandlungsprozesse, die Rolle des politischen Wettbewerbs und die innere Diversität von Parteien nicht – ihre Erklärungskraft ist daher begrenzt.

Neben ideologisch bedingtem Euroskeptizismus, der sich auf die grundlegenden Werte einer Partei bezieht, werden in der Literatur vor allem strategisch motivierte Formen von Euroskeptizismus beschrieben (vgl. Rovny 2004: 35). Laut Kopecký/Mudde (2002: 319) kann die Positionierung einer Partei zur europäischen Integration auf die „key question: strategy or ideology?“ zurückgeführt werden. Eine strategisch bedingte Ausrichtung liegt vor, wenn das Verhalten einer Partei hauptsächlich der Stimmenmaximierung dient. Für oppositionelle Protestparteien ist es zum Beispiel deutlich einfacher, anti-europäische Standpunkte zu vertreten, als für Regierungsparteien, die im Tagesgeschäft in EU-Institutionen eingebunden sind. Wenn euroskeptische Parteien in Regierungsverantwortung kommen, ist deshalb häufig eine Art „Sozialisierungsprozess“ zu beobachten, in dessen Verlauf sich die Kritik abschwächt (vgl. Leconte 2010: 106f.). Treffend erscheint daher die von Szczerbiak/Taggart (2008c: 255f.) auf der Basis der Ergebnisse ihres Sammelbandes vorgeschlagene Unterscheidung zwischen „office-seeking“, „vote-seeking“ und „goal-seeking parties“. Erstere streben eine Regierungsbeteiligung an und vertreten daher tendenziell moderatere Positionen zu Integrationsthemen, um sich für mögliche Koalitionspartner interessant zu machen. „Vote-seeking parties“ benutzen ihre Anti-EU-Einstellung zur Profilschärfung und um neue WählerInnenschichten zu erschließen. „Goal-seeking parties“ geht es vor allem darum, im Sinne ihrer Handlungsziele Einfluss auf die EU-Policy ihres Staates auszuüben.

Es gilt also von Fall zu Fall zu prüfen, welche Prioritäten eine Partei setzt. Vorhandene ideologisch bedingte, euroskeptische Grundpositionen müssen nicht zwangsläufig in die öffentliche Programmatik einfließen – etwa wenn strategische Gründe dagegen sprechen. Andererseits setzen Parteien im Wahlkampf zuweilen eine besonders euroskeptische Rhetorik ein, wenn dies taktisch sinnvoll erscheint.

2.2.2 Salienz des Themas und politischer Wettbewerb

Ob Parteien das Thema Europa prominent einsetzen, hängt auch von dessen Salienz in der politischen Debatte und von dessen Wahlrelevanz ab. Bis dato kann von einer generell eher geringen Salienz gesprochen werden. Europafragen sind nur selten ein wichtiges Wahlkampfthema, ihre Nennung in Parteiprogrammen nahm seit Ende der 1990er-Jahre kontinuierlich ab (vgl. Leconte 2010: 114). Leconte (ebd.: 115) legt dar, dass die Mainstream-Parteien die europäische Integration in der Vergangenheit weitgehend als Thema aus dem politischen Wettbewerb herausgehalten haben, um mögliche negative Effekte nicht erörtern zu müssen. Im Zuge der sogenannten „Eurokrise“ scheint nun allerdings eine Repolitisierung der europäischen Frage zu erfolgen. Das verstärkte Aufkommen von euroskeptischen Positionen an den

Rändern der Parteiensysteme und in populistischen Protestparteien könnte dazu führen, dass auch einige Parteien aus der politischen Mitte ihre tendenziell positiven Einstellungen zur europäischen Integration in Richtung Euroskeptizismus verlagern.

Gemäß der sogenannten Nebenwahlthese von Reif/Schmitt (1980) werden Europawahlen häufig als „second-order elections" beschrieben (vgl. Tenscher 2011: 22; Blind 2012: 31). Parteien, WählerInnen und Massenmedien halten Europawahlen für weniger wichtig als Hauptwahlen, weil die nationalen Machtverhältnisse nicht direkt beeinflusst werden. Der Nebenwahlcharakter von Europawahlen zeigt sich unter anderem in einem verringerten Ressourceneinsatz der Parteien im Wahlkampf und einer vergleichsweise niedrigen Wahlbeteiligung. Außerdem tendieren die WählerInnen eher dazu, kleinen Parteien und Protestparteien ihre Stimme zu geben – beispielsweise, um ihre Unzufriedenheit mit der Regierung oder mit den etablierten Parteien insgesamt auszudrücken. Euroskeptische Parteien konnten in vielen Staaten daher ausgerechnet bei Europawahlen große Erfolge feiern (vgl. Harmsen/Schild 2011a: 10).

Insofern bieten Europawahlen euroskeptischen Parteien eine wichtige „opportunity structure" (Harmsen/Spiering 2004: 23) für Wahlerfolge. Anders als bei nationalen Hauptwahlen müssen die Parteien nicht explizit Rücksicht auf mögliche Koalitionspartner nehmen. Euroskeptizismus kann in Europawahldebatten daher leichter als „distinguishing tool" (Neumayer 2008: 141) genutzt werden, um sich von der Konkurrenz abzugrenzen. Nach dieser Auffassung kann die Entwicklung von parteibasiertem Euroskeptizismus als diskursiver Aushandlungsprozess begriffen werden, in dem – ausgehend von ideologischen Grundorientierungen – die Position zu Europa im inter- und intraparteilichen Wettbewerb permanent rekonstruiert wird.

2.2.3 Institutionelle Faktoren

„Euroskepsis ist ein länderübergreifendes Phänomen mit länderspezifischen Ausprägungen" (Oberkirch/Schild 2010: 5). Neben der politischen Kultur können auch institutionelle Faktoren die unterschiedlich starken Ausprägungen von Euroskeptizismus in verschiedenen Ländern erklären. Beispielsweise kann die Ausgestaltung von politischen Entscheidungsprozessen Euroskeptizismus fördern oder abschwächen – je nachdem, inwieweit die Regional- und Parlamentsparteien Einfluss auf die EU-Policy nehmen können, die von der nationalen Regierung in Brüssel vertreten wird. Föderale Systeme geben den Parteien dabei tendenziell mehr Möglichkeiten, kontroverse Standpunkte zu vertreten. Ähnliches gilt auch für Elemente direkter Demokratie: Wenn in einem Staat Referenden zu EU-Themen üblich sind, ist eine stärkere

Ausprägung von Euroskeptizismus im Parteiensystem zu erwarten, weil dieser dann vermehrt im politischen Wettbewerb eingesetzt werden kann (vgl. Leconte 2010: 112f.). Weiterer Einfluss wird in der Literatur zuweilen dem Wahlsystem eines Landes zugeschrieben. Lees (2008b: 43) kann empirisch allerdings keinen klaren Zusammenhang zwischen Wahlrecht und dem Auftreten von Euroskeptizismus nachweisen.

Insgesamt hat die Analyse von institutionellen Faktoren „some explanatory power, but little or no predictive power" (ebd.: 47) für die Untersuchung von Euroskeptizismus. Die entscheidenden Akteurinnen bei der Entwicklung von Euroskeptizismus sind die Parteien selbst, institutionelle Strukturen können lediglich Anreize oder Hindernisse für dessen Artikulation darstellen.

2.3 Euroskeptizismus in deutschen Parteien

Nun soll konkret auf die bisherigen Forschungsergebnisse zum Euroskeptizismus im deutschen Parteiensystem eingegangen werden. Außerdem werden die in der Literatur genannten Gründe für die Existenz bzw. Abwesenheit von parteibasiertem Euroskeptizismus in Deutschland besprochen.

Jahrzehntelang galt die Bundesrepublik Deutschland als „Musterknabe" (Lees 2002: 244) der europäischen Integration. Nach dem Zweiten Weltkrieg strebten die politischen Eliten das Ziel einer friedlichen europäischen Einigung an, zudem galt die Westintegration unter der Adenauer-Regierung angesichts Deutschlands eingeschränkter Souveränität und des aufkommenden Ost-West-Konflikts als alternativlos. Die europäische und die deutsche Einigung wurden noch unter Helmut Kohl als „zwei Seiten derselben Medaille" (Teschner 2000: 63) aufgefasst; ernsthaft in Frage gestellt wurde dieses Leitmotiv nie. Lange Zeit teilte auch die deutsche Bevölkerung den Enthusiasmus der politischen Eliten. Umfragen zeigten Zustimmungsraten zum Integrationsprojekt teils deutlich über dem europaweiten Durchschnitt, die sicherlich auch dem Fakt geschuldet waren, dass Deutschlands exportorientierte Wirtschaft stark von der Öffnung der europäischen Märkte profitieren konnte (vgl. Schieder 2011: 33). Es entwickelte sich also ein außerordentlich stabiler pro-europäischer Konsens in Deutschland. Die faktische Abwesenheit von relevanten euroskeptischen Parteien führte dazu, dass die Bundesrepublik in der Euroskeptizismus-Forschung einmütig als Sonderfall in Europa beschrieben wurde (vgl. Teschner 2000: 59; Busch/Knelangen 2004: 83; Lees 2008a: 16; Schieder 2011: 33).

Mit der deutschen Einheit und der Etablierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion änderte sich dieses Bild allerdings. Ende der 1990er-Jahre glaubte eine Mehrheit

der deutschen Bevölkerung, dass die europäische Integration dem Land mehr Nachteile als Vorteile gebracht hätte (vgl. Schieder 2011: 35). Auch bei anderen Umfragen passten sich die Zustimmungswerte dem europäischen Durchschnitt an oder fielen sogar darunter. Busch/Knelangen (2004: 85f.) halten dies für eine Folge einer veränderten öffentlichen Diskussion, die verstärkt mögliche Gefahren von EU-Projekten wie der Gemeinschaftswährung und der Osterweiterung für die deutsche Wirtschaft und den Sozialstaat thematisiert. Auch Harmsen/Spiering (2004: 26) sprechen von einem „discursive shift" hin zu einer skeptischeren Betrachtung der EU.

Interessanterweise fand die veränderte öffentliche Meinung – anders als in anderen europäischen Staaten – allerdings kaum Widerhall im deutschen Parteiensystem. Obwohl zu erwarten war, dass einige Parteien versuchen würden, beispielsweise die Kritik an der Euroeinführung in Wahlstimmen umzumünzen, mobilisierte keine der Mainstream-Parteien mit Hilfe dieses Themas für die Bundestagswahl 2002 (vgl. Lees 2008a: 17). WissenschaftlerInnen stellten daher „a marked divergence between the aims and methods of elites and the desires of the public on major issues of European integration" (Wood 2002: 23) fest.

Laut Lees (2002) liegt die weitgehende Abwesenheit von parteibasiertem Euroskeptizismus im institutionellen Setting der BRD mitbegründet. Zwar sind rechtsextreme Parteien wie die NPD aufgrund ihrer nationalistischen und fremdenfeindlichen Positionen zwangsläufig als hart euroskeptisch einzustufen (vgl. Neller/Thaidigsmann 2009: 215ff.; Lees 2008a: 34), auf der bundespolitischen Bühne sind sie allerdings größtenteils bedeutungslos. Trotz Repräsentanz in einigen Länderparlamenten sind rechtsextreme Parteien von der Agenda Setting- und Gesetzgebungsfunktion des Bundesrats ausgeschlossen, da dort lediglich die Landesregierungen mitwirken (vgl. Lees 2002: 254). Die komplizierten Aushandlungsprozesse in den Koalitionsverhandlungen sorgen dafür, dass lediglich „the 'softest' of Eurosceptical agendas" (ebd.: 263) für Parteien in Frage kommen, die ernsthaft eine Regierungsbeteiligung anstreben. Zumindest auf nationaler Ebene werden die Bundestagsparteien – mit Ausnahme der Linken – daher meist weiterhin als „European Consensual" (Lees 2008a: 35) definiert. Szczerbiak/Taggart (2008b: 351) charakterisieren das deutsche Parteiensystem als geprägt von „limited contestation" in europäischen Fragen. Die europäische Integration werde gewöhnlich im politischen Wettbewerb nicht prominent thematisiert, weil der bestehende Grundkonsens kaum Raum zur Abgrenzung von der Konkurrenz biete. Da allerdings das Potential für euroskeptische Positionen in der Bevölkerung sowie in einigen Parteiströmungen dennoch vorhanden sei, handele es sich bei Euroskeptizismus laut Lees (2002: 244) um ein „dark matter" der deutschen Politik. Zuletzt zeigte sich das euroskeptische Potential in repräs-

sentativen Umfragen zur sogenannten „Eurokrise“, als die zwischenzeitlich leicht erholten Zustimmungswerte zur EU wieder absanken (vgl. Schieder 2011: 35).

Tatsächlich bedeutet die überwiegend pro-europäische Haltung in den dominierenden Parteien keine komplette Abwesenheit von Euroskeptizismus. Auch in der politischen Elite wurden die Ambitionen und Ziele der deutschen Europapolitik seit der Einheit offener diskutiert (vgl. Busch/Knelangen 2004: 89). Lees (2002: 264) beobachtet zumindest „a number of Eurosceptic ‘turns’“ in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren. Zwar habe nur die Linkspartei/PDS konstant einen weichen Euroskeptizismus entwickelt, aber auch Teile der SPD, FDP und CDU sowie die bayerische CSU übten zumindest zeitweise deutliche Europakritik. Diese fließt allerdings oft nicht in die offizielle Parteiposition ein, sondern wird durch Einzelpersonen geäußert. Beispielsweise ist der Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler schon seit einigen Jahren die „eurosceptic voice“ (Teschner 2000: 75) der CSU.

Studien, die parteibasierten Euroskeptizismus in Deutschland systematisch anhand von Parteidokumenten analysieren, liegen nur vereinzelt vor. Lees (2008a) untersucht die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2002; Schieder (2011) verwendet neben den Europawahlprogrammen von 2009 auch Wahlkampfaussagen u.Ä. von PolitikerInnen, um die Parteien anhand der soft/hard-Unterscheidung nach Szczerbiak/Taggart einzuordnen. Im Folgenden sollen die wesentlichen Ergebnisse dieser Studien sowie weiterer Beiträge kurz dargelegt werden.

Die CDU gilt als eine der historischen Architektinnen der europäischen Integration und sieht sich ihrer pro-europäischen Tradition verpflichtet. Euroskeptische Töne wie 1996 aus dem Landesverband Sachsen werden als strategisch bedingte Ausnahmen betrachtet (Lees 2008a: 30f.). Während die Bundespartei früher allerdings stets „mehr Europa“ forderte, betonen führende PolitikerInnen heute eher die Grenzen der europäischen Integration und plädieren für eine veränderte Ausbalancierung zwischen nationalen und europäischen Kompetenzen, von der Deutschland stärker profitieren solle. Schieder (2011: 41f.) stellt fest, dass nunmehr weniger idealistisch denn utilitaristisch für Europa argumentiert werde. Die CDU wird dem pro-europäischen Konsens zugerechnet (vgl. auch Lees 2002: 245).

Die bayerische Schwesterpartei der Christdemokraten, die CSU, nimmt gegenüber der europäischen Integration eine kritischere Haltung ein. Auf Bundesebene sieht sich die Partei als „conservative corrective“ (Lees 2002: 256) der CDU; auf Landesebene vertritt sie eine aggressivere, bayerisch geprägte Agenda, die gegen den angeblichen „Interventionismus“ (ebd.) aus Brüssel gerichtet ist. In Wahlprogrammen plädierte die Partei dafür, die SteuerzahlerInnen zu entlasten, das Subventionssystem u.a. im Bereich Landwirtschaft zum Wohle

Bayerns zu reformieren und die Rolle der deutschen Sprache in der Europäischen Union zu stärken (vgl. Lees 2008a: 30f.). Zudem forderte die Partei einen Abbau der EU-Bürokratie und im Europawahlkampf 2009 gar den Rücktransfer von Kompetenzen auf die nationale Ebene (vgl. Brunsbach et al. 2010: 90). Im Gegensatz zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Landespartei gemeinhin als weich euroskeptisch eingestuft, weil sie die EU in einigen wichtigen Politikfeldern scharf kritisiert, sie jedoch nicht generell ablehnt. Anders als die rechtsextremen Parteien kann die CSU diesen Euroskeptizismus wirksam in die politischen Prozesse einfließen lassen, da sie im föderalen System der BRD fest etabliert ist (vgl. Lees 2002: 256). Schieder (2011: 48) hält den Euroskeptizismus der CSU für sowohl ideologisch als auch strategisch motiviert. Die strategische Komponente zeigte sich etwa im erwähnten Europawahlkampf 2009, als die Partei das Verfehlen der Fünf-Prozent-Hürde fürchten musste und sich deshalb deutlicher von der CDU abzugrenzen versuchte (vgl. ebd.: 46). Das Europawahlprogramm der CSU 2014 wurde medial als im Ton eher giftige „Kritikschrift auf 15 Seiten“ (Szymanski 2014) an der EU rezipiert und als Reaktion auf die neue Konkurrenz vonseiten der AfD verstanden.

FDP, SPD und Grüne gelten als weitere Vertreterinnen des pro-europäischen Konsenses. Die FDP stand insbesondere der wirtschaftlichen Integration stets positiv gegenüber. In verschiedenen Regierungen stellte die Partei den Außenminister und gestaltete den Integrationsprozess aktiv mit. Zuletzt zeigte die FDP eine eher pragmatische, aber im Grundton weiterhin positive Einstellung gegenüber der EU, welche die wirtschaftlichen Vorteile für Deutschland in den Vordergrund stellte (vgl. Lees 2008a: 29). 2013 verpasste die Partei erstmals den Einzug in den Bundestag und holte auch bei der Europawahl 2014 lediglich 3,4 Prozent der Stimmen (vgl. Bundeswahlleiter 2014).

Die Grünen standen dem Integrationsprojekt in ihrer Anfangszeit u.a. wegen dessen Demokratiedefizits reserviert gegenüber, nahmen dann jedoch eine zunehmend moderate Position ein, während sie sich zu einer regierungsfähigen Partei entwickelten (vgl. Teschner 2000: 75). Die Sozialdemokraten besetzten nach anfänglicher Zurückhaltung ab 1955 zunehmend pro-europäische Positionen. Vereinzelte, strategisch bedingte euroskeptische Tendenzen auf Landesebene blieben in der Folge die Ausnahme (vgl. Lees 2008a: 25). In den vergangenen Wahlkämpfen forderte die SPD ähnlich wie die Grünen eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments, eine bessere Kontrolle der Märkte und eine Sozialunion, welche die europäische Wirtschaftsunion ergänzen solle (vgl. Schieder 2011: 43f.). Die SPD begründete ihre Positionen dabei eher pragmatisch, während die Grünen eher idealistisch argumentierten (vgl. Lees 2008a: 27).

Außerhalb des pro-europäischen Konsenses steht als einzige Bundestagspartei Die Linke. Schon die PDS hatte einen ideologisch bedingten weichen Euroskeptizismus gegenüber der Wirtschaftsunion und gegenüber einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik entwickelt (vgl. Lees 2002: 255), an den Die Linke anknüpfte. Den Vertrag von Lissabon lehnte die Partei im Bundestag als einzige ab. Der Kritik an der gegenwärtigen EU, die als neoliberal und undemokratisch verstanden wird, steht allerdings eine grundlegende Zustimmung zur Idee einer europäischen Integration gegenüber. Beispielsweise befürwortete Die Linke die EU-Osterweiterung als Chance zur Überwindung der Spaltung Europas (vgl. Schieder 2011: 41ff.). Heine (2010: 327) hält die Bezeichnung der Partei als „euroskeptisch" für irreführend, da der Begriff den eigentlich pro-integrativen Diskurs der Linken nicht ausreichend reflektiere. Vielmehr müsse von „resistance" (ebd.) gegenüber der EU in ihrer derzeitigen Form gesprochen werden.

Anfang 2013 betrat eine neu gegründete Partei, die Alternative für Deutschland (AfD) die bundespolitische Bühne. Programmatischer Schwerpunkt der Partei ist die Ablehnung der Eurorettungspolitik der Bundesregierung (vgl. Häusler et al. 2013: 39f.). Grabow/Hartleb (2013: 43) bezeichnen die Partei als „eurokritisch". Während die AfD den Einzug in den Bundestag 2013 noch knapp verpasste, konnte sie bei der Europawahl 2014 7,1 Prozent der Stimmen gewinnen (vgl. Bundeswahlleiter 2014). Das ist insofern ein überraschend starkes Ergebnis, als dass sich ähnlich ausgerichtete Ein-Themen-Parteien wie die Initiative Pro DM in früherer Zeit nicht im deutschen Parteiensystem etablieren konnten (vgl. Busch/Knelangen 2004: 90; Buhr 2012: 570). Nun könnte also erstmals eine Partei rechts von der Union die „rechtspopulistische Lücke" in Deutschland schließen und das euroskeptische Potential der Bevölkerung in Wahlerfolge umwandeln (vgl. Häusler et al. 2013: 11f.).

Wissenschaftliche Studien, die sich explizit mit dem Euroskeptizismus der AfD beschäftigen, liegen bisher nicht vor. Zur Bundestagswahl 2013 legte die Partei ein sehr knappes Programm vor, in dem sie die Auflösung des Euro-Währungsgebietes und eine restriktivere Einwanderungspolitik forderte (vgl. ebd.: 40f.). Mudde (2014: 18) ordnet die AfD daher einer Gruppe von europäischen Parteien zu, die „offen euroskeptisch und/oder populistisch sind, jedoch offensichtlich nicht rechtsradikal".

2.4 Zwischenfazit und Forschungsbedarf

Parteibasierter Euroskeptizismus ist ein komplexes Phänomen. Seine Konzeptualisierung gestaltet sich schwierig, weil verschiedene Dimensionen berücksichtigt werden müssen. Hinzu kommen Probleme mit der Operationalisierung, da beispielsweise wichtige Aspekte des Euro-

skeptizismus ideologisch bedingt sind und nicht immer offen artikuliert werden. Bei der Identifikation von Gründen für euroskeptische Parteipositionen spielen mehrere Faktoren eine Rolle: Neben der ideologischen Dimension sind das vor allem strategische Überlegungen, die Salienz des Themas und der politische Wettbewerb. Außerdem kann die Entwicklung von Euroskeptizismus durch institutionelle Gegebenheiten verstärkt oder abgeschwächt werden.

Letztlich entscheidend für die Ausprägung des Phänomens ist das Zusammenspiel der genannten Faktoren. Inwieweit sich die einzelnen Variablen auswirken, ist dabei wesentlich abhängig vom nationalen Kontext. Insofern spiegelt die Diversität der konkurrierenden Konzeptualisierungen von Euroskeptizismus „gewissermaßen die empirische Vielfältigkeit des Phänomens selbst wider“ (Oberkirch/Schild 2010: 13). Eine allgemeingültige Typologie kann es daher nicht geben, vielmehr muss die Konzeptualisierung von Euroskeptizismus an diejenigen Aspekte angepasst werden, die gemäß der Fragestellung als relevant erachtet werden (vgl. Weßels 2009: 55).

In der Forschung zu parteibasiertem Euroskeptizismus in Deutschland wurde seit den 1990er-Jahren ein zunehmend kritischer Europadiskurs festgestellt, nachdem das Land bis dahin als Sonderfall fast ohne relevante euroskeptische Parteien betrachtet wurde. Im Zuge der sogenannten „Eurokrise“ geriet der pro-europäische Konsens in der Mitte des Parteiensystems weiter unter Druck. Heute werden CSU und Linke meist als weich euroskeptisch eingestuft; außerdem könnte sich nun mit der AfD auch eine potentiell hart euroskeptische Partei etablieren.

Europawahlen bieten einen besonders „fruchtbaren Boden“ (Harmsen/Schild 2011a: 10) für euroskeptische Parteien. Zwar gibt es einige Literatur, die sich mit dem Nebenwahlcharakter von Europawahlen (vgl. u.a. Tenscher 2011; Blind 2012) und der Programmatik deutscher Parteien (vgl. Wüst 2005; Wüst/Roth 2005; Brunsbach et al. 2011) beschäftigt – Euroskeptizismus steht allerdings zumeist nicht im Fokus dieser Analysen. Lediglich Schieder (2011) nimmt eine Untersuchung von Euroskeptizismus in deutschen Parteien im Vorfeld der Europawahl 2009 vor. Gerade angesichts der aktuellen Entwicklungen besteht noch einiger Forschungsbedarf. Bisher konnte etwa nicht ausreichend geklärt werden, inwieweit sich die „Eurokrise“ auf die Positionierung der Parteien zur europäischen Integration ausgewirkt hat. Außerdem ist die mediale Vermutung, das Aufkommen der AfD habe vor der Europawahl 2014 Einfluss auf die CSU-Programmatik genommen, zu überprüfen. Nicht zuletzt hängen diese beiden Aspekte mit der generellen Frage zusammen, ob parteibasierter Euroskeptizismus in Deutschland eher ideologisch oder strategisch motiviert ist.

3. Konzeptionelle Anlage der Studie

Das Forschungsvorhaben der vorliegenden Arbeit besteht darin, die aktuelle Ausprägung von parteibasiertem Euroskeptizismus in Deutschland und dessen Hintergründe zu untersuchen. Eine Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen zur Europawahl 2014 bietet sich dafür als Methode an. Um zu überprüfen, inwieweit die aktuellen Entwicklungen eher ideologisch oder strategisch bedingt sind – beispielsweise aufgrund einer erhöhten Salienz des Themas im Zuge der „Eurokrise" –, wird ein Vergleich mit den Grundsatzprogrammen der Parteien vorgenommen. Die genaue methodische Vorgehensweise wird im folgenden Kapitel begründet und erläutert.

3.1 Begründung der Methodenauswahl

Funktion und Relevanz von Parteiprogrammen sind nicht unumstritten. Einzelne ParteienforscherInnen (vgl. Raschke 1970: 8; Lösche 1994: 16) bezweifeln, dass sich die Programme konkret auf das politische Handeln der Parteien auswirken. Sie schreiben Programmdebatten lediglich eine innerparteiliche Integrationsfunktion zu. Empirische Studien konnten aber zeigen, dass deutsche „Parteien halten, was sie versprechen" (Rölle 2000: 833) und Wahlprogramme daher durchaus als „Richtschnur parlamentarischen Handelns" (ebd.) gelten können. Auch in Koalitionsverhandlungen auf Bundes- und Landesebene spielt die programmatische Ausrichtung der Parteien eine wesentliche Rolle (vgl. Merz/Regel 2013: 228f.). Die deutschen Parteien werden deshalb als „Programmparteien" (Klingemann/Volkens 2001: 527) bezeichnet, während andere europäische Parteiensysteme stärker wettbewerbsorientiert strukturiert sind.

Die Parteienforschung unterscheidet verschiedene Funktionen von Parteiprogrammen (vgl. Merz/Regel 2013: 214). Am wichtigsten für die vorliegende Arbeit ist dabei die Funktion der „Praxisanleitung" (ebd.) – latente Ideologien werden in politische Ziele übersetzt und konkrete Handlungsabsichten werden formuliert. Es ist also davon auszugehen, dass die Analyse von Parteiprogrammen Aufschluss über die Ziele einer Partei im Themenfeld Europa geben kann. Anders als bei anderen Parteidokumenten – wie beispielsweise Reden von SpitzenpolitikerInnen – kann der Inhalt von Parteiprogrammen als repräsentativ für die Mehrheitsmeinung in der Partei gelten, weil die Programme in der Regel von Parteitagen verabschiedet werden (vgl. Klingemann/Volkens 2001: 512f.). Das Programm für Europawahlen wird in manchen Parteien allerdings vom Parteivorstand beschlossen, sodass etwaiger parteiinterner Dissens vermutlich nicht reflektiert wird. In jedem Fall lässt sich aber die offizielle Parteiposition herausarbeiten.

Die einschlägige Literatur unterscheidet des Weiteren verschiedene Typen von Parteiprogrammen. *Wahlprogramme* legen den Handlungsrahmen einer Partei und ihre politischen Ziele für die Dauer einer Legislaturperiode fest. Gleichzeitig sollen Wahlprogramme die WählerInnen überzeugen und dienen damit der Stimmenmaximierung (vgl. Merz/Regel 2013: 216). In Wahlprogrammen sind daher strategisch bedingte Elemente zu erwarten.

Grundsatzprogramme haben dagegen meist eine Gültigkeit von mehreren Jahren und entstehen in einem entsprechend längeren Zeitraum unter größerer Beteiligung der Parteibasis. Grundsatzprogramme richten sich weniger direkt an die WählerInnen, sondern dienen der Identitätsfindung innerhalb der Partei. Sie spiegeln langfristige politische Orientierungen im Kontext der ideologischen Herkunft einer Partei wider (ebd.: 215). In der vorliegenden Studie werden die Grundsatzprogramme deshalb als „programmatische Hintergrundfolie" (Birsl 2010: 146) begriffen, die eine Einordnung der konkreten Handlungsabsichten in die ideologischen Leitlinien einer Partei ermöglicht. Der Vergleich von Wahl- und Grundsatzprogrammen kann also Hinweise dafür liefern, ob die aktuellen Positionen der Parteien zur europäischen Integration eher ideologisch oder strategisch motiviert sind.

Als Instrument für die Untersuchung der Parteiprogramme ist eine systematische Inhaltsanalyse geeignet. Dabei handelt es sich um eine empirische Methode zur „intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen" (Früh 2007: 27). In der vorliegenden Arbeit geht es darum, im Sinne der Fragestellung die Aussagen der Parteien zum Thema Europa zu erfassen. Dies geschieht in zwei parallel ablaufenden Arbeitsschritten: Der eine Schritt steht stärker in der Tradition qualitativer Inhaltsanalysen; Ziele und Bedeutungszuschreibungen der Parteien sollen explikativ herausgearbeitet werden (vgl. Lamnek 2005: 509). Im anderen Schritt wird versucht, mit Hilfe von Quantifizierungen zu weiteren, ergänzenden Aussagen zu gelangen.

3.2 Methodisches Vorgehen

3.2.1 Auswahl- und Analyseeinheit

Inhaltsanalytisch wurden für die vorliegende Arbeit die Wahlprogramme zur Europawahl 2014 sowie die derzeit geltenden Grundsatzprogramme der AfD, der CSU sowie der Linken untersucht. Da sich die AfD bisher kein Grundsatzprogramm gegeben hat, wurden in diesem Fall die „Politischen Leitlinien" (AfD 2014a) zur Analyse benutzt, die ab Ende April 2014 per Mitgliederbefragung von der Partei beschlossen worden sind.

Neben der AfD, deren mutmaßlicher Euroskeptizismus bisher kaum wissenschaftlich analysiert wurde, wurden für die Untersuchung also diejenigen Parteien ausgewählt, die dem

aktuellen Forschungsstand zufolge als euroskeptisch einzuschätzen sind. Die restlichen im Bundestag vertretenen Parteien gelten wie beschrieben weiterhin als Vertreterinnen eines pro-europäischen Konsenses, euroskeptische Positionen sind in ihren Parteiprogrammen daher nicht zu erwarten. Rechtsextreme Parteien werden in dieser Arbeit ausgeklammert, da sie bundes- und europapolitisch nahezu bedeutungslos sind.[2]

Die Europawahlprogramme 2014 eignen sich als Referenzpunkt gegenüber den Grundsatzprogrammen einerseits, weil Europawahlen die Artikulation euroskeptischer Positionen tendenziell begünstigen und andererseits, weil diese Wahl aufgrund ihrer Aktualität bisher noch nicht eingehend wissenschaftlich untersucht wurde. Der Abgleich mit den bisherigen Forschungsergebnissen und insbesondere mit Schieders (2011) Beitrag zur Europawahl 2009 verspricht zudem weitere Rückschlüsse auf den Einfluss der „Eurokrise“ und des Aufkommens der AfD auf parteibasierten Euroskeptizismus in Deutschland.

3.2.2 Kategoriensystem

Die hier vorgenommene qualitative Inhaltsanalyse mit quantitativen Elementen arbeitet mit zuvor theoretisch entwickelten Analysekategorien, die systematisch auf die zu untersuchenden Parteiprogramme angewendet werden. Für die Codierung der Programme, also den Prozess der Zuordnung der relevanten Informationen zu den Analysekategorien, bot sich das in Kapitel 2.1 angesprochene Konzept von Harmsen/Schild (2011a) an. Dieses hat sich bereits bei der Analyse der Europawahlprogramme 2009 bewährt. Darüber hinaus berücksichtigt es die im Theorieteil dieser Arbeit identifizierten wesentlichen Dimensionen von parteibasiertem Euroskeptizismus: Es differenziert zwischen grundlegenden Einstellungen zur Idee der europäischen Integration und Positionen zu ihrer derzeitigen Ausgestaltung in Form der EU als politisches bzw. sozio-ökonomisches Projekt. Innerhalb der drei von Harmsen/Schild herausgearbeiteten thematischen Achsen des Europadiskurses wird in einigen Unterkategorien zudem zwischen Einstellungen unterschieden, die sich entweder allgemein auf die Institutionen und Autoritäten oder spezifischer auf deren politischen Handlungen beziehen.

Harmsen/Schild verfolgen in ihrem Forschungsprojekt – anders als die vorliegende Studie – einen stärker diskursanalytisch geprägten Ansatz. Die AutorInnen der einzelnen Fallstudien beziehen deshalb neben den Wahlprogrammen auch andere Dokumente, wie z.B. öffentliche Aussagen von PolitikerInnen und Zeitungsberichte, in ihre Untersuchung mit ein. Abgesehen von den vorgegebenen Kategorien wird das genaue methodische Vorgehen aller-

[2] Zwar konnte die NPD aufgrund der aufgehobenen Sperrklausel 2014 erstmals mit einem Sitz ins Europaparlament einziehen, ihr Stimmenanteil lag aber lediglich bei 1,0 Prozent (vgl. Bundeswahlleiter 2014).

dings nicht transparent gemacht. Lediglich eine grobe tabellarische Übersicht über die Wichtigkeit der einzelnen thematischen Bereiche in verschiedenen Staaten liegt vor (vgl. Harmsen/Schild 2011b: 270ff.). Eine systematische Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der einzelnen Parteien mit quantifizierenden Elementen scheint nicht vorgenommen worden zu sein.

Die von Harmsen/Schild zusammengetragenen Achsen und Unterthemen pro-integrativer bzw. euroskeptischer Parteiendiskurse eignen sich allerdings als Kategoriensystem für die vorliegende Studie. Gewissermaßen kann die Forschung von Harmsen/Schild als hypothesengenerierendes Verfahren (vgl. Lamnek 2005: 508) angesehen werden, auf dessen Kategorienbildung diese Arbeit nun aufbauen kann. Lediglich kleine Anpassungen mussten für die Verwendung bei der Inhaltsanalyse vorgenommen werden: Die vierte thematische Achse bei Harmsen/Schild, die pro-integrative Diskurse beschreibt, wird nicht separat behandelt. Stattdessen wird bei den jeweiligen Unterkategorien als Zusatzvariable eine fünfstufige Skala angelegt, die anfangen von harten und weichen euroskeptischen Positionen, über neutrale Aussagen, bis hin zu positiven und sehr positiven Positionen ein Kontinuum möglicher Einstellungen gegenüber der europäischen Integration bzw. der EU umfasst. Außerdem wurden Auffangkategorien ergänzt, um neu auftauchende Aspekte im Codierprozess abdecken zu können.

Es ergeben sich damit folgende Issue-Kategorien, die jeweils unter eine der drei thematischen Achsen, die als Oberkategorien fungieren, subsumiert werden (siehe Anhang für das vollständige Codierschema):

<u>1) Die europäische Integration als politisches Projekt</u>

- EU als Elitenprojekt
- Demokratiedefizit in der EU
- Stärkung der Rolle von EU-Parlament und/oder EU-Kommission
- Missachtung des Subsidiaritätsprinzips, EU überschreitet Kompetenzen
- weitere politische Integration, europäischer Föderalismus
- außenpolitische Rolle der EU, GASP[3]
- Dominanz großer Mitgliedstaaten
- Erfolge der europäischen Integration (z.B. historische Rezeption)
- Auffangkategorie: Sonstiges

[3] GASP: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten

2) Die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt

- Überregulierung, Bürokratisierung
- EU als neoliberales Projekt
- EU stärkt Wettbewerbsfähigkeit
- stärkere Regulierung der europäischen Märkte
- sozialeres Europa, europäische Sozialunion
- Verteidigung des (nationalen) Wohlfahrtsstaatsmodels
- Eurozone, Euro als Gemeinschaftswährung
- europäische Energiepolitik, Umweltschutz
- Wechselwirkungen mit der Globalisierung
- Auffangkategorie: Sonstiges

3) Integration vs. Abgrenzung

- EU als Gefahr für nationale Souveränität
- Betonung der Vorteile der EU-Mitgliedschaft für den Nationalstaat
- EU als Gefahr für regionale/nationale Identität
- Vereinbarkeit regionaler/nationaler und europäischer Identitäten
- Zuwanderung beschränken
- Kritik an EU-Erweiterungen (insb. möglicher Türkei-Beitritt)
- Zustimmung zu EU-Erweiterungen
- Auffangkategorie: Sonstiges

Einige der Unterkategorien beziehen sich bereits – aufgrund der ursprünglichen Trennung bei Harmsen/Schild – auf eher euroskeptische oder pro-integrative Diskurse. Bei diesen Issues erscheint es unwahrscheinlich, dass mögliche Parteipositionen das ganze Spektrum der Zusatzvariablen abdecken. Beispielsweise ist in einer zustimmenden Aussage zu EU-Erweiterungen kein Euroskeptizismus zu erwarten. Kritik an EU-Erweiterungen kann allerdings sowohl euroskeptisch im Sinne einer generellen Ablehnung von Erweiterungen formuliert werden oder sich z.B. lediglich auf eine mögliche Mitgliedschaft der Türkei beziehen, während andere Beitrittskandidaten eventuell begrüßt werden. Die Beibehaltung aller von Harmsen/Schild vorgeschlagenen Issues soll also eine möglichst spezifische Codierung ermöglichen und die Entscheidung zwischen euroskeptischen Aussagen und konstruktiver, im Kern pro-integrativer Kritik erleichtern. Die Vorteile der Beibehaltung der Kategorien zeigten

sich bei einer Probecodierung anhand der Programme einer weiteren Partei. Da die quantifizierende Codierung nicht den Hauptteil der Inhaltsanalyse ausmacht, sondern vor allem dazu dient, den Anteil euroskeptischer und eher pro-europäischer Aussagen in den einzelnen Themenfeldern zu erfassen, erscheint dieses Vorgehen gerechtfertigt – wenngleich aus streng methodischer Sicht Überschneidungen im Kategoriensystem eigentlich zu vermeiden wären.

3.2.3 Codierprozess

Im Codierprozess wurden zunächst einige formale Merkmale der ausgewählten Parteiprogramme erfasst (Programmtyp, Beschlussorgane, Datum der Verabschiedung, Zeichenanzahl). Inhaltlich wurden auf Ebene der einzelnen Programme diejenigen Aussagen codiert, die sich auf die europäische Integration bzw. auf die Europäische Union beziehen. Alle weiteren Aussagen wurden bei der Codierung nicht berücksichtigt. Als Codiereinheiten wurden Quasi-Sätze gebildet. Diese bestehen aus jeweils einer Aussage und sind maximal einen Satz lang. Ein Satz kann also mehrere Quasi-Sätze umfassen, wenn verschiedene Aussagen bzw. Argumente in ihm enthalten sind.

Jeder Quasi-Satz wurde als einzelner Fall in den Datensatz aufgenommen und gemäß der im Codierschema vorgegebenen Kategorien so spezifisch wie möglich codiert. Eine relevante Aussage wurde also zunächst einem der Themenfelder bzw. einer Issue-Kategorie zugeordnet und dann zusammen mit der Zusatzvariablen codiert, welche die Position der Partei zum entsprechenden Issue bezeichnet.

Die Unterscheidung zwischen weichem und hartem Euroskeptizismus in der Zusatzvariablen orientiert sich an den grundlegenden Definitionen von Szczerbiak/Taggart (vgl. Kapitel 2.1). Da aber nicht jede inhaltliche Kritik an der EU bereits als weicher Euroskeptizismus aufgefasst werden soll, wurden bei der Codierung in Anlehnung an Kopecký/Mudde (2002: 300ff.) und Szczerbiak/Taggart (2008c: 247f.) folgende Unterscheidungskriterien verwendet:

Harter Euroskeptizismus bezieht sich immer auf eine prinzipielle Ablehnung des Projekts der europäischen Integration und wie dieses in Form der EU umgesetzt wird, d.h. die Idee des Transfers von (ehemals) nationalstaatlichen Kompetenzen auf die supranationale Ebene wird generell abgelehnt. In hart euroskeptischen Aussagen wird daher ein Rücktransfer von Kompetenzen auf die nationale Ebene gefordert.

Weicher Euroskeptizismus enthält dagegen keine prinzipielle Ablehnung der europäischen Integration und des supranationalen Charakters der EU an sich. Allerdings wird die aktuelle und zukünftig geplante Entwicklung der EU skeptisch beurteilt und ein *weiterer* Kompetenzausbau der EU wird abgelehnt.

Folglich wird z.B. eine kritische Aussage zum Demokratiedefizit der EU, die auf mehr Kompetenzen für das EU-Parlament abzielt, nicht als euroskeptisch codiert – sondern als „neutrale“ Aussage bzw. als „konstruktive Kritik“ eingestuft, da lediglich die derzeitige institutionelle Struktur der EU beanstandet wird. Der supranationale Charakter der EU selbst wird nicht in Frage gestellt. Anders verhält es sich, wenn eine Partei als Konsequenz aus dem Demokratiedefizit einen Rücktransfer von Kompetenzen zu den Nationalparlamenten fordert – dies wäre als hart euroskeptische Aussage zu codieren. Positionen, die Erfolge der europäischen Integration insgesamt oder in bestimmten Politikfeldern ansprechen, wurden als „positiv“ codiert. „Sehr positive“ Aussagen beinhalten die Forderung nach einer Vertiefung der Integration und dem Transfer weiterer Kompetenzen nach Brüssel (für weitere Beispiele: siehe Codierschema im Anhang).

Der stärker qualitativ geprägte Arbeitsschritt des Codierprozesses lag in der explikativen Analyse der politischen Ziele der Parteien im Kontext der europäischen Integration. Insbesondere sollte herausgearbeitet werden, wie euroskeptische Positionen von den Parteien begründet werden. Parallel zu den numerischen Eintragungen in den Datensatz wurden deshalb bei der Codierung die inhaltlichen Aussagen der Parteien in einem Dokument gesammelt. Die Aussagen wurden entsprechend der Oberkategorien gegliedert, sodass sich für jedes Parteiprogramm eine Auswertungsmatrix ergab (siehe Anhang).

3.2.4 Vorgehen bei der Auswertung

Der fertige Datensatz über die Parteiaussagen zur europäischen Integration wurde mit Hilfe der Statistik-Software SPSS ausgewertet (vgl. Anhang für die ausführlichen Ergebnisse der Codierung). Beispielsweise konnte die Verteilung von euroskeptischen Aussagen in Relation zum Umfang der einzelnen Parteiprogramme gesetzt werden. Solche Quantifizierungen eignen sich, um einen Überblick über die empirischen Ergebnisse zu gewinnen und um das Ausmaß des Euroskeptizismus abschätzen zu können.

Die detailliertere Auswertung der Parteiprogramme im folgenden Abschnitt wird pro Partei und jeweils hinsichtlich der drei thematischen Oberkategorien vorgenommen. Nach einer Zusammenfassung des Inhalts und eventueller Auffälligkeiten in der Gestaltung der Programme werden die quantitativen Ergebnisse der Codierung anhand von SPSS-Häufigkeitstabellen betrachtet. Aus ihnen lassen sich Informationen zur Verteilung der euroskeptischen Aussagen – zum Beispiel bezogen auf die Themenfelder – ablesen. Anschließend wird die inhaltliche Positionierung der Parteien zum Thema Europa mit Hilfe der Auswertungsmatrizen genauer analysiert. Im Sinne der Fragestellung liegt der Fokus dabei insbeson-

dere auf möglichen euroskeptischen Positionen. Es wird untersucht, in welchen Themenbereichen diese verstärkt auftreten und wie sie von den Parteien begründet werden. Aus der Analyse der Begründungszusammenhänge lassen sich zum Beispiel Hinweise darauf ableiten, inwieweit die „Eurokrise“ zur verstärkten Artikulation euroskeptischer Aussagen in den Europawahlprogrammen 2014 geführt hat. Des Weiteren werden die empirischen Ergebnisse der Analysen der Grundsatz- und Wahlprogramme werden miteinander verglichen, um Rückschlüsse auf ideologisch und strategisch bedingte Ausrichtungen ziehen zu können. Außerdem werden die Ergebnisse mit dem bisherigen Forschungsstand abgeglichen, sodass abschließend eine Einordnung der Gesamtausrichtung der Partei im Themenfeld der europäischen Integration erfolgen kann.

4. Empirische Befunde und theoretische Einordnung

4.1 Überblick

Insgesamt wurden im Rahmen der systematischen Inhaltsanalyse sechs Parteiprogramme untersucht. Wie Abb. 1 zeigt, unterscheiden sich die Programme teils deutlich hinsichtlich ihrer Länge, der Anzahl der enthaltenen Aussagen zur europäischen Integration bzw. zur EU und hinsichtlich des Anteils von hartem und weichem Euroskeptizismus unter diesen Aussagen.

Parteiprogramm	Zeichenanzahl	Anzahl Europaaussagen	Anteil euroskeptischer Aussagen
AfD Leitlinien	19.281	27	70,4 %
AfD Europa	62.418	168	49,4 %
CSU Grundsatz	212.814	99	11,1 %
CSU Europa	24.717	165	47,9 %
Linke Grundsatz	208.478	103	28,2 %
Linke Europa	200.025	214	28,0 %

Abbildung 1: Vergleich der analysierten Parteiprogramme

Anhand der vorliegenden Daten lässt sich die These, dass die Europawahl 2014 für die Parteien eine „second-order election“ (Reif/Schmitt 1980) darstelle, kaum stützen. Nur die CSU legt ein Europawahlprogramm vor, das deutlich kürzer ist als ihr Grundsatzprogramm und das zudem nicht von einem Parteitag beschlossen wurde, sondern lediglich vom Parteivorstand. Allerdings ist die Anzahl der inhaltlich relevanten Europaaussagen im Vergleich zum Umfang

des Programms bei der CSU auffallend hoch. Das sehr ausführliche Europawahlprogramm der Linken ist sogar annähernd genauso lang wie das Grundsatzprogramm und enthält mehr als doppelt so viele Europaaussagen als dieses. Auch die AfD legt ein recht umfangreiches Europawahlprogramm vor, das sich deutlich öfter auf Europathemen bezieht als die „Politischen Leitlinien“ der Partei. Die vergleichsweise höhere Salienz von Europa-Issues in den Europawahlprogrammen war freilich zu erwarten gewesen. Angesichts signifikant höherer Fallzahlen kann davon ausgegangen werden, dass alle drei Parteien ihre Positionen zur europäischen Integration bei der Europawahl 2014 detailliert dargestellt und gezielt eingesetzt haben, um im politischen Wettbewerb zu bestehen.

Der Anteil der als euroskeptisch codierten Aussagen in den Programmen deutet zudem darauf hin, dass sich die Ergebnisse der bisherigen Forschung zumindest tendenziell auf die gegenwärtige Situation übertragen lassen. Während die Europawahlprogramme von AfD und CSU annähernd einen Anteil von 50 Prozent euroskeptischer Aussagen erreichen, ist bei der Linken allerdings nur etwas mehr als jede vierte Aussage derartig einzustufen. Insofern lohnt sich ein genauerer Blick auf die quantitativen und qualitativen Dimensionen des Euroskeptizismus, die im Folgenden jeweils pro Partei analysiert werden sollen.

4.2 Alternative für Deutschland (AfD)

Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde erst Anfang 2013 gegründet, weshalb die Partei bisher kein detailliertes Grundsatzprogramm formuliert hat. Die mit lediglich 19.281 Zeichen recht knapp gehaltenen „Politischen Leitlinien“ (AfD 2014a) sind sogar erst kurz nach dem Europawahlprogramm (AfD 2014b) von der Partei beschlossen worden, sodass hier inhaltlich keine fundamentalen Unterschiede zu erwarten sind.

Von ihrem Selbstverständnis her – ihr Gründungskontext in Reaktion auf das „Versagen der politischen Führung in der Eurokrise“ (AfD 2014a: 1) wird in den „Leitlinien“ explizit erwähnt – begreift sich die AfD als Partei, die einen klaren Schwerpunkt auf ökonomische Themen in Deutschland und insbesondere in der EU bzw. in der Eurozone legt. In der Präambel der Satzung der AfD heißt es, die Partei sei „in ernster Sorge vor politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Deutschland und in der Europäischen Union“ (AfD 2013: 1) gegründet worden. Tatsächlich lässt sich diese „Sorge“ in der Entstehungsgeschichte der AfD anhand verschiedener Vorgängerinitiativen zurückverfolgen, an denen unter anderem der heutige Bundessprecher der AfD, der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Lucke, sowie weitere Parteigrößen maßgeblich beteiligt waren. Es handelte sich dabei vornehmlich um marktradikale Anti-Euro-Initiativen, deren BefürworterInnen sich zunächst in der „Wahlalternative

2013“ zusammenschlossen, bevor dann die heutige AfD als eigenständige Partei gegründet wurde (vgl. Häusler et al. 2013: 26ff.).

Angesichts dieses Hintergrundes der Partei ist es verwunderlich, dass bei der Inhaltsanalyse der „Politischen Leitlinien“ lediglich 27 Aussagen zur europäischen Integration bzw. zur EU identifiziert werden konnten. Die meisten der hier relevanten Positionen nehmen zwar eine herausragende Stellung gleich zu Beginn der „Leitlinien“ ein, werden aber nur zu einem geringen Grad spezifiziert. Die Partei stellt sich im Wortsinn als Alternative „zu einer angeblich alternativlosen Politik“ (AfD 2013: 1) dar, im Gegensatz zu den sogenannten „Altparteien“ strebe sie offene Diskussionsprozesse an. Konkrete politische Handlungsziele sind in den „Leitlinien“ allerdings kaum zu finden. Vielmehr beschränkt sich die AfD darauf, die Eurorettungspolitik als undemokratisch und ökonomisch unvernünftig zu bezeichnen. Dass konkrete Alternativen nicht genannt werden, ist möglicherweise mit dem noch andauernden Prozess der Identitätsfindung der Partei zu erklären: Innerhalb der AfD ringen verschiedene Strömungen um Einfluss, darunter ein marktradikaler, ein national-konservativer sowie ein rechtspopulistischer bis offen rechtsradikaler Flügel, wobei letzterer unter anderem von ehemaligen Mitgliedern der Partei „Die Freiheit“ gebildet wird (vgl. Häusler et al. 2013: 45ff.). Die ablehnende Haltung gegenüber der Eurorettung kann dabei als kleinster gemeinsamer Nenner der verschiedenen Parteiflügel begriffen werden; über konkrete Maßnahmen herrscht Uneinigkeit. Zumindest in den „Politischen Leitlinien“ bleibt daher offen, ob die Partei nur strukturelle Veränderungen in der Eurozone oder gar die Rückkehr zu nationalen Währungen anstrebt. Beide Möglichkeiten werden im Programm genannt.

Abbildung 2: Aussagenverteilung in den „Politischen Leitlinien“ (AfD 2014a)

			Themenfelder			
			politisches Projekt	sozio-ökonomisches Projekt	Integration vs. Abgrenzung	Gesamt
Position zu Issues oder Themen	hart euroskeptisch	Anzahl	5	4	1	10
		% innerhalb von Themenfelder	35,7%	44,4%	25,0%	37,0%
	weich euroskeptisch	Anzahl	4	3	2	9
		% innerhalb von Themenfelder	28,6%	33,3%	50,0%	33,3%
	neutral, konstr. Kritik	Anzahl	5	2	0	7
		% innerhalb von Themenfelder	35,7%	22,2%	0,0%	25,9%
	positiv	Anzahl	0	0	1	1
		% innerhalb von Themenfelder	0,0%	0,0%	25,0%	3,7%
Gesamt		Anzahl	14	9	4	27
		% innerhalb von Themenfelder	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Wenngleich die „Leitlinien“ kaum politische Vorhaben formulieren, wird die euroskeptische Grundhaltung der AfD in ihnen sehr deutlich: Die Partei spricht der EU fast sämtliche Kompetenzen ab und tritt in vielen Bereichen für eine Renationalisierung der europäischen Politik ein. Mehr als 70 Prozent der codierten Aussagen sind als euroskeptisch anzusehen, sie vertei-

len sich nahezu in gleichem Umfang auf harten und weichen Euroskeptizismus (vgl. Abb. 2). Lediglich eine positive Aussage zur europäischen Integration ist in den „Leitlinien“ enthalten – es handelt sich um ein abstraktes Bekenntnis der AfD zur EU, ohne dass dieses argumentativ untermauert wird.

Das etwas früher veröffentlichte Programm der AfD zur Europawahl 2014 führt die Positionen der Partei insgesamt wesentlich detaillierter aus. Mit 168 relevanten Aussagen fällt der Anteil der Europathemen bezogen auf die Zeichenanzahl hier deutlich höher aus als in den „Politischen Leitlinien“. Die AfD legt ein Wahlprogramm vor, das sich weitgehend auf europäische Themen beschränkt, wenngleich diese meist im nationalen Kontext hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Bundesrepublik diskutiert werden. Rein innenpolitische Aspekte wie die Mindestlohndebatte und die sogenannte Energiewende kommen nur am Rande vor. Folglich scheint die Europawahl 2014 für die AfD nur eingeschränkt den Charakter einer Nebenwahl gehabt zu haben. Dies ist einerseits der Selbstinszenierung als Anti-Euro-Partei geschuldet und liegt andererseits in realpolitischen Notwendigkeiten begründet: Nach ihrem knappen Scheitern bei der Bundestagswahl 2013 benötigte die Partei dringend einen Wahlerfolg, um auf der politischen Bühne zumindest mittelfristig sichtbar zu bleiben. Sitze im Europaparlament stellen für die AfD einen wichtigen Schritt zur Etablierung im deutschen Parteiensystem dar, entsprechende Bedeutung wurde der Europawahl beigemessen. Im Wahlkampf bot dabei insbesondere das Thema Euro eine willkommene Gelegenheit, um sich von den traditionell pro-europäisch ausgerichteten Parteien abzugrenzen. Folgerichtig finden sich die meisten euroskeptischen Aussagen des Wahlprogramms im sozio-ökonomischen Themenfeld (vgl. Abb. 3).

			Themenfelder			
			politisches Projekt	sozio-ökonomisches Projekt	Integration vs. Abgrenzung	Gesamt
Position zu Issues oder Themen	hart euroskeptisch	Anzahl	7	13	2	22
		% innerhalb von Themenfelder	12,5%	14,9%	8,0%	13,1%
	weich euroskeptisch	Anzahl	20	29	12	61
		% innerhalb von Themenfelder	35,7%	33,3%	48,0%	36,3%
	neutral, konstr. Kritik	Anzahl	20	39	9	68
		% innerhalb von Themenfelder	35,7%	44,8%	36,0%	40,5%
	positiv	Anzahl	9	6	2	17
		% innerhalb von Themenfelder	16,1%	6,9%	8,0%	10,1%
Gesamt		Anzahl	56	87	25	168
		% innerhalb von Themenfelder	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abbildung 3: Aussagenverteilung im Europawahlprogramm (AfD 2014b)

Allerdings fällt beim Betrachten der Aussagenverteilung im Europawahlprogramm der AfD auf, dass hier prozentual weniger euroskeptische Äußerungen zu finden sind als in den „Leit-

linien“. Zwar ist immerhin noch knapp jede zweite Aussage mit europäischem Bezug als euroskeptisch einzustufen, der Anteil von hartem Euroskeptizismus ist aber deutlich geringer als in den „Leitlinien“. Über 20 hart euroskeptische Positionen stellen zweifelsohne dennoch einen hohen Wert dar, allerdings finden sich auch fast genau so viele positive Äußerungen in dem Wahlprogramm. Die Vermutung liegt nahe, dass strategische Gründe für die veränderte Gewichtung der Parteiaussagen zum Thema Europa eine Rolle gespielt haben könnten. Im Vorfeld des Parteitags der AfD im März 2014 in Erfurt wurde medial über „Anzeichen eines Rechtsrucks“ (Haimerl 2014) diskutiert, was die Parteispitze um Bernd Lucke vehement zurückwies. So wurden beispielsweise Kontakte zur euroskeptischen Ukip-Partei, die offen einen EU-Austritt Großbritanniens fordert, dementiert (vgl. ebd.). Der erhöhte Anteil an proeuropäischen Aussagen und das im Wahlprogramm öfter betonte, grundsätzliche Bekenntnis zur Europäischen Union könnten daher den Versuch darstellen, die AfD von rechtsextremen Parteien, welche die europäische Integration komplett ablehnen, abzugrenzen. Die „bürgerlichen“ WählerInnenschichten der AfD sollten nicht verschreckt werden.

Trotz der Tatsache, dass sich in einigen Landesverbänden durchaus rechtslastige Meinungen breitmachen (vgl. Häusler et al. 2013: 49ff.), dominierten auf dem AfD-Bundesparteitag schließlich liberale und konservative Stimmen, wie ein Kommentator der Süddeutschen Zeitung feststellte: „Für plumpen Rechtspopulismus gibt es keine Anzeichen“ (Schneider 2014). Das Europawahlprogramm sei vielmehr fundiert und „bis zur Erschöpfung basisdemokratisch“ (ebd.) beraten worden. Über den Einfluss der strategischen Überlegungen der Parteiführung – welche die AfD gern als „Partei neuen Typs“ jenseits aller Links-Rechts-Zuschreibungen dargestellt – auf die finale Ausgestaltung des Wahlprogramms kann daher nur spekuliert werden. Häusler (2014) vermutet eine Art „Burgfrieden“, den die widerstreitenden Strömungen der Partei zur Europawahl geschlossen hätten, um den Wahlerfolg der AfD nicht zu gefährden.

Im Folgenden sollen die einzelnen thematischen Bereiche der Parteiprogramme nun genauer hinsichtlich der Rolle von Euroskeptizismus untersucht werden.

Die europäische Integration als politisches Projekt

Aussagen zum politischen Projekt der europäischen Integration bilden in den „Leitlinien“ der AfD den größten thematischen Bereich. Positive Aussagen finden sich darunter nicht, stattdessen dominieren euroskeptische Positionen. Mehrfach beklagt die AfD das Demokratiedefizit in der EU, das sich insbesondere in der „Eurokrise“ manifestiert habe. Im Zuge der Eurorettung seien „staatliche Funktionen“ (AfD 2014a: 1) von demokratisch nicht legitimierten

Institutionen übernommen worden, die damit die nationalen Parlamente weitgehend „entmachtet“ (ebd.) hätten. Es handele sich um einen Rechtsbruch. Die derzeitige Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Nationalstaaten hält die AfD für „nicht zukunftsfähig“ (ebd.), weshalb die Partei auf der europäischen Ebene „Subsidiarität statt Zentralismus“ (ebd.: 2) fordert: Nur noch wenige Entscheidungen sollen in Zukunft zentral von der EU getroffen werden, zudem dürfe die EU keine „finanzwirksame[n] Entscheidung[en] zu Lasten der unteren Ebene“ (ebd.: 3) fällen. Auch ein Vetorecht der nationalen Parlamente gegen EU-Gesetzgebungsakte ist angedacht. Die derzeitigen Kompetenzen der EU sollen also deutlich eingeschränkt werden. Künftige Kompetenztransfers auf die supranationale Ebene sieht die AfD ebenfalls skeptisch: So sollen im Bereich der Außenpolitik nationale „Hoheitsrechte“ (ebd.) nur nach einem entsprechenden Volksentscheid abgegeben werden dürfen.

Das Wort „Subsidiarität“ spielt auch im Europawahlprogramm der AfD eine Hauptrolle: Nicht weniger als 16-mal wird es erwähnt. Das Subsidiaritätsprinzip wird dabei in Kontrast zu einer angeblichen Politik der „Harmonisierung“ und „Gleichmacherei“ gesetzt, mit der die EU wirtschaftlich starken Staaten wie Deutschland schade (vgl. AfD 2014b: 24). Die AfD plädiert deshalb für ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ (ebd.: 3). Konkret heißt das, dass die Partei „wo immer möglich“ (ebd.: 8) Kompetenzen an die einzelnen Mitgliedstaaten zurückgeben will. Damit widersetze man sich der „schleichenden Kompetenzerweiterung der EU-Institutionen“ (ebd.: 2). Diese hart euroskeptische Haltung wird noch übertroffen von der reißerischen Formulierung, wonach die angeblich bereits in Gang befindliche „Errichtung eines zentralistischen, bürokratischen und technokratischen Überstaates“ (ebd.: 25) gewissermaßen nur noch durch die Wahl der AfD zu stoppen sei.

Explizit gegen eine weitere Vertiefung der Integration wendet sich die AfD unter anderem im Bereich der Bildungspolitik und in der Außen- und Sicherheitspolitik – lediglich in Teilbereichen werden europäische Lösungen angestrebt, etwa beim Ausbau des Erasmus-Programms (vgl. ebd.: 11; 17). Generell seien weitere Integrationsschritte nur dann richtig, „wenn sie dem Bürgerinteresse dienen und auf nationaler Ebene keine befriedigenden Lösungen gefunden werden können“ (ebd.: 3). Es bleibt offen, in welchen Politikbereichen dies nach Meinung der AfD der Fall sein könnte.

Bei aller Kritik lobt die AfD an mehreren Stellen des Wahlprogramms die historischen Erfolge der europäischen Integration; besonders die wirtschaftliche Bedeutung des Binnenmarktes wird hervorgehoben (vgl. ebd.: 2; 13). Auch die AfD sei „der europäischen Idee verpflichtet“ (ebd.: 24). Das Programm macht allerdings deutlich, dass darunter im Wesentlichen eine ökonomische Integration, nicht aber eine politische Union verstanden wird.

Die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt

Aufgrund der zentralen Rolle, die ökonomische Themen und insbesondere die Eurorettungspolitik in der Diskussion um die AfD einnehmen, ist der hohe Anteil entsprechender Aussagen in den Parteiprogrammen nicht überraschend. Im Europawahlprogramm bezieht sich sogar mehr als jede zweite Aussage zur europäischen Integration auf deren sozio-ökonomische Komponente. Allein 26 Aussagen betreffen die Eurozone bzw. die Gemeinschaftswährung an sich. Die Einführung des Euros wird als „Entscheidung gegen die Vernunft“ (AfD 2014a: 2) dargestellt, die Wohlstand und sogar den Frieden in Europa gefährde. Die Eurorettungspolitik ist für die AfD ein „Fass ohne Boden“ (AfD 2014b: 4), neben der Aushöhlung nationaler Souveränität finde auch eine „schleichende Enteignung von Sparern“ (ebd.: 2) statt.

Die AfD kritisiert außerdem die Austeritätspolitik, die insbesondere den sogenannten „Krisenstaaten“ aufgezwungen werde. Diese habe zu „gewaltigen ökonomischen und sozialen Verwerfungen in den Südländern“ (ebd.: 2) geführt. Eine alternative Währungspolitik sei deshalb ein „Gebot der Solidarität mit dem Süden Europas“ (ebd.: 4). Was stellenweise geradezu nach linken Positionen klingt, ist in Wirklichkeit allerdings rein deutschen Interessen geschuldet: Die AfD fürchtet eine „Schuldensozialisierung“ (ebd.: 5) in der EU und weist Kritik an den deutschen Handelsbilanzüberschüssen zurück. Für nahezu alle Bereiche der Finanzpolitik, darunter auch die Bankenaufsicht, wird eine „Re-Nationalisierung“ (ebd.: 6) gefordert.

In der Währungspolitik bedeutet das die „Auflösung, zumindest aber eine [...] vollständige Neuordnung des Euro-Währungsgebietes“ (ebd.: 5). Die AfD schlägt die Möglichkeit vor, zu nationalen Währungen mit festen Wechselkursen zurückzukehren. Wenn sich dies nicht durchsetzen lasse, müssten entweder die wirtschaftlich schwachen Staaten oder die Bundesrepublik im Alleingang aus der Eurozone austreten (vgl. ebd.). Hier wird also nicht nur gefordert, wesentliche Aspekte der ökonomischen Integration rückgängig zu machen – die AfD ist auch bereit, die europäische Zusammenarbeit in der Währungspolitik notfalls ganz abzubrechen. Damit handelt es sich zweifelsfrei um hart euroskeptische Positionen.

Immerhin 15 Aussagen des Europawahlprogramms betreffen den ökonomischen Wettbewerb innerhalb der EU und gegenüber anderen Weltzonen. Die AfD plädiert für den Abbau von Wettbewerbsbarrieren, aber auch hier sollen Kompetenzen zu den Nationalstaaten zurückverlagert werden (vgl. ebd.: 12). Lediglich die Korruptionsbekämpfung soll auf europäischer Ebene länderübergreifend organisiert werden. Ähnlich sehen die Forderungen in der Energie- und Infrastrukturpolitik aus: Beide Bereiche seien primär Angelegenheit der Mitgliedstaaten, nur in einigen Bereichen sei eine Zusammenarbeit sinnvoll – etwa bei der Fest-

legung von Emissionsgrenzwerten und bei grenzüberschreitenden Verkehrsprojekten (vgl. ebd.: 19; 22).

Ein weiteres großes Thema der AfD betrifft die Kritik an einer vermeintlichen Überregulierung durch die EU und an ihrer Bürokratisierung. Hier bedient die Partei populäre Klischees, indem sie zum Beispiel „die zahllosen Versuche der EU-Kommission [...], in das tägliche Leben der Bürger regulierend einzugreifen“ (AfD 2014a: 3) zurückweist. Auch der „Sumpf der Bürokratie“ (AfD 2014b: 8) wird bildhaft thematisiert. Hier will die AfD die EU mit rigorosen Maßnahmen „verschlanken“, etwa durch die Abschaffung des doppelten Parlamentssitzes in Brüssel und Straßburg (vgl. ebd.: 10). Die Kritik an der mangelnden Effizienz der EU-Bürokratie bewegt sich an der Grenze zu weichem Euroskeptizismus, wenn von realitätsfernen, „starren Vorgaben aus Brüssel“ (ebd.: 22) die Rede ist – und letztlich darauf angespielt wird, dass die besseren Lösungen auf nationaler Ebene gefunden werden könnten.

Im Vergleich zu den wirtschaftlichen Themen wird der Sozialpolitik im Programm der AfD nur ein geringer Stellenwert eingeräumt. Wie sich die AfD eine soziale Politik vorstellt, wird nur grob umrissen. Klar wird allerdings, dass in diesem Feld keine tiefere Integration erwünscht ist: Sozial- und Arbeitspolitik seien „unverrückbar“ (ebd.: 13) Aufgabe der Mitgliedstaaten, weshalb die AfD eine europäische Sozialunion „mit Nachdruck“ (ebd.: 14) ablehne. Ebenso werden gemeinsame europäische Gesundheits- und Gleichstellungsprogramme zurückgewiesen (vgl. ebd.: 18f.).

Integration vs. Abgrenzung

Unter den Schlagwörtern „Integration vs. Abgrenzung“ werden nach Harmsen/Schild (2011a) politische Diskurse gefasst, die sich im Spannungsfeld zwischen einer weitergehenden europäischen Integration und dem Erhalt nationaler Identität und Souveränität bewegen. Bei der AfD fällt hierbei das mehrfach wiederholte, grundsätzliche Bekenntnis zur EU auf, das explizit in Kontrast zur Situation in anderen Staaten gestellt wird, in denen „sogar offen der Austritt aus *dieser* EU gefordert“ (AfD 2014b: 2, Herv. i.O.) werde. Die AfD hingegen „bekennt sich uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht wird“ (AfD 2014a: 2). Ein EU-Austritt Deutschlands kommt demnach offenbar nicht in Frage. Allerdings konzipiert die AfD die europäische Integration vor allem als wirtschaftliches Projekt, eine politische Union ist angesichts der geforderten Stärkung der Nationalstaaten nicht gewünscht. Während in der jetzigen Situation ein „Verlust unserer Souveränität an ein unausgegorenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa“ (AfD 2014b: 25) drohe, will die AfD eine Europäische Uni-

on „souveräner Staaten“ (ebd.: 2). Diese solle „christlich-abendländische Wertegrundlagen“ (ebd.) dauerhaft erhalten.

Diese Ablehnung einer politischen Union ist klar ideologisch bedingt: Es könne keinen europäischen Bundesstaat geben, da „keine europäische Nation und kein europäisches Staatsvolk“ (ebd.: 2) existierten, wie gleich zu Beginn des Europawahlprogramms dargelegt wird. Die europäischen Identitäten scheinen aus Sicht der Partei daher auf Basis eines eher losen Staatenbundes vereinbar zu sein, nicht aber im Rahmen einer weitergehenden politischen Integration. Dabei schwingt auch immer wieder implizit mit, was Häusler et al. (2013: 93) als „Wohlstandschauvinismus“ und „kulturalisierende Tendenzen“ innerhalb der AfD bezeichnen – beispielsweise in Form der These, dass auch unterschiedliche Arbeitskulturen zur ökonomischen Krise in Südeuropa geführt hätten. Deutlicher wurden solche und ähnliche Behauptungen im Wahlkampf ausgeführt, als auf AfD-Plakaten unter anderem zu lesen war: „Wir sind nicht das Weltsozialamt“ (vgl. ebd.). In den „Politischen Leitlinien“ heißt es dazu, die AfD lehne „eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme – auch aus Ländern der EU“ (AfD 2014a: 5) strikt ab. Die Gesetze in der Zuwanderungspolitik sollen nach Willen der Partei deshalb verschärft und nach Nützlichkeitskriterien ausgerichtet werden. Außerdem sollen vorläufig keine weiteren Staaten in die EU aufgenommen werden, da bereits die Beitritte von Bulgarien und Rumänien zu früh erfolgt seien und nun potentiell die deutschen Sozialsysteme belasteten (vgl. AfD 2014b: 11).

In weiteren Bereichen setzt sich die AfD für eine Stärkung der Rolle Deutschlands und seiner Identität ein. Die Bundesrepublik solle mehr Stimmgewicht in Institutionen wie der Europäischen Zentralbank (EZB) erhalten, zudem müsse Deutsch Verhandlungssprache in allen EU-Institutionen werden (vgl. ebd.: 8).

Einordnung

In allen drei Themenfeldern finden sich bei der AfD weich und auch hart euroskeptische Aussagen. Nimmt man beide Programme der Partei zusammen, sind sogar über 50 Prozent aller Aussagen zur europäischen Integration als euroskeptisch einzustufen. Den ideologischen Ausgangspunkt für einen Großteil der Positionen bildet die Eurorettungspolitik, die nach Meinung der AfD die Souveränität der Mitgliedstaaten schleichend aushöhle. Als Konsequenz fordert die Partei zwar nicht den Austritt Deutschlands aus der EU, sie entwirft diese aber völlig anders, als sie derzeit aufgebaut ist: In fast allen Bereichen werden Rücktransfers von Kompetenzen zu den Nationalstaaten gefordert. Kernpunkt der Kritik ist die Ablehnung

der Währungsunion. Eine diffuse Unterstützung der europäischen Integration ist zwar vorhanden, sie bezieht sich aber vor allem auf den gemeinsamen Binnenmarkt.

Insgesamt befindet sich die AfD an der Grenze zwischen weichem und hartem Euroskeptizismus. Eindeutig lehnt sie – gemäß der Definition von weichem Euroskeptizismus – die gegenwärtige Entwicklung der EU und einen weiteren Kompetenzausbau ab. Überdies sollen aber auch bereits vollzogene Kompetenztransfers zur EU rückgängig gemacht werden – es lassen sich also auch zahlreiche hart euroskeptische Aussagen feststellen. Allerdings strebt die AfD in einzelnen Bereichen wie der Sicherheitspolitik durchaus gemeinsame europäische Lösungen an, die in einer – wenngleich in ihrer politischen Funktion deutlich eingeschränkten – Europäischen Union getroffen werden sollen. Auf Basis der Parteiprogramme kann die AfD insgesamt daher nicht in Reinform als hart euroskeptisch eingestuft werden. Eher muss von weichem Euroskeptizismus mit Tendenzen zu hart euroskeptischen Positionen gesprochen werden.

Der Euroskeptizismus der AfD ist bisher nicht eingehend wissenschaftlich untersucht worden. Auch in dieser Arbeit kann keine abschließende Einordnung vorgenommen werden. Die Partei befindet sich in einer Konsolidierungsphase, in der verschiedene Parteiströmungen um Einfluss kämpfen. Ein ausführliches Grundsatzprogramm wird die AfD erst noch erarbeiten. Klar ist, dass insbesondere die Ablehnung der Eurorettungspolitik eindeutig ideologisch motiviert und fest im Selbstverständnis der Partei verankert ist. Hier ist eine fundamentale Änderung der Position nicht zu erwarten.

Angesichts von teils engen Verflechtungen mit der rechten Szene in einzelnen Landesverbänden ist es vielmehr möglich, dass sich die hart euroskeptischen Tendenzen in der Parteiprogrammatik noch verfestigen. Allerdings ist auch eine gegenteilige Entwicklung hin zu EU-freundlicheren Positionen nicht undenkbar – immerhin ist die AfD nun über das Europaparlament in die EU-Institutionen eingebunden und ist dort der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten beigetreten. Inwiefern sich euroskeptische Positionen verstärken oder abschwächen, dürfte nicht zuletzt auch von den kommenden Landtagswahlen abhängen. Diese werden zeigen, ob eine fast ausschließlich auf die Eurorettungspolitik begrenzte Programmatik für weitere Wahlerfolge ausreichend ist.

4.3 Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)

Im September 2007, etwa zwei Jahre vor Beginn der sogenannten „Eurokrise“, beschloss der 72. Parteitag der CSU in München ein neues Grundsatzprogramm, um den „neuen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft in Europa und in der Welt“ (CSU 2007: 7) gerecht zu

werden, wie es im Vorwort des Programms heißt. Wenig überraschend stehen in dem Grundsatzprogramm die „christlich-sozialen“ Wurzeln der CSU (ebd.: 14) und bayerische Belange im Vordergrund – die europäische Integration spielt in den meisten der sechs Kapitel lediglich vereinzelt eine Rolle oder schwingt nur im Hintergrund mit. Ein Unterkapitel ist allerdings komplett dem Thema Europa gewidmet. Insgesamt finden sich 99 Aussagen zur europäischen Integration in dem Programm, angesichts seiner Länge ist das kein besonders hoher Wert.

Die Positionen der CSU in ihrem Grundsatzprogramm sind in der großen Mehrheit neutral bis positiv gegenüber der europäischen Integration formuliert. Sogar mehr als jede zweite Aussage ist dem positiven oder sehr positiven Bereich der Skala zuzuordnen. Weicher Euroskeptizismus macht lediglich elf Prozent der Aussagen aus. Harter Euroskeptizismus, also eine prinzipielle Ablehnung von Kompetenztransfers auf die europäische Ebene, taucht gar nicht auf (vgl. Abb. 4). Wenn davon ausgegangen werden kann, dass das Grundsatzprogramm die grundlegenden ideologischen Haltungen der CSU reflektiert, dann ist mit diesen Werten die in der Forschung geläufige Einordnung der Partei als weich euroskeptisch zumindest in Frage gestellt.

			Themenfelder			
			politisches Projekt	sozio-ökonomisches Projekt	Integration vs. Abgrenzung	Gesamt
Position zu Issues oder Themen	weich euroskeptisch	Anzahl	6	0	5	11
		% innerhalb von Themenfelder	13,3%	0,0%	13,9%	11,1%
	neutral, konstr. Kritik	Anzahl	19	4	14	37
		% innerhalb von Themenfelder	42,2%	22,2%	38,9%	37,4%
	positiv	Anzahl	13	13	16	42
		% innerhalb von Themenfelder	28,9%	72,2%	44,4%	42,4%
	sehr positiv	Anzahl	7	1	1	9
		% innerhalb von Themenfelder	15,6%	5,6%	2,8%	9,1%
Gesamt		Anzahl	45	18	36	99
		% innerhalb von Themenfelder	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abbildung 4: Aussagenverteilung im Grundsatzprogramm (CSU 2007)

Ganz anders gestaltet sich das Bild allerdings im aktuellen Europawahlprogramm der CSU. Der „Europaplan 2014-2019“ (CSU 2014) besteht lediglich aus knapp 25.000 Zeichen und ist damit wesentlich kürzer als die Wahlprogramme von AfD und Linken. Das Programm der CSU umfasst sechs doppelseitige Kapitel, die sich nahezu ausschließlich auf europapolitische Themen beziehen. Es handelt sich damit um ein sehr zugespitztes Programm, rein innenpolitische Angelegenheiten werden ausgespart.

Jeder der sechs Abschnitte ist überschrieben mit einer Aussage, in der die CSU „Ja“ sagt zu einem Europa der „Freiheit“, der „Bürger“, der „Stärke“ etc. Damit zeige die CSU, dass sie eine „Europapartei“ sei, wie es der Parteivorsitzende Horst Seehofer (zit. nach Roßmann

2014) formulierte. In den Textabschnitten folgt allerdings dann viel Kritik an der EU, die von JournalistInnen als „im Ton eher giftig“ (Szymanski 2014) beschrieben wurde. Die wenigen Seiten des CSU-Programms hätten es in sich (vgl. Roßmann 2014).

Empirisch lassen sich diese Einschätzungen stützen: Mit 165 Aussagen zur europäischen Integration handelt es sich beim „Europaplan“ bezogen auf die Zeichenzahl um das inhaltlich dichteste Wahlprogramm der untersuchten Parteien (vgl. Abb. 1). Fast die Hälfte dieser Aussagen ist als euroskeptisch einzustufen. Zwar liegt überwiegend weicher Euroskeptizismus vor, im Vergleich zum Grundsatzprogramm bedeutet dies allerdings eine klar negativere Position gegenüber der europäischen Integration. Während im Grundsatzprogramm keine hart euroskeptischen Aussagen gefunden wurden, liegen derer gleich 16 im „Europaplan“ vor. Das entspricht auch exakt dem Anteil positiver Aussagen, welche im Grundsatzprogramm noch deutlich überwogen hatten. Sehr positive Aussagen zur Integration finden sich im Europawahlprogramm 2014 nicht (vgl. Abb. 5).

			Themenfelder			
			politisches Projekt	sozio-ökonomisches Projekt	Integration vs. Abgrenzung	Gesamt
Position zu Issues oder Themen	hart euroskeptisch	Anzahl	6	5	5	16
		% innerhalb von Themenfelder	9,7%	7,7%	13,2%	9,7%
	weich euroskeptisch	Anzahl	18	30	15	63
		% innerhalb von Themenfelder	29,0%	46,2%	39,5%	38,2%
	neutral, konstr. Kritik	Anzahl	30	27	13	70
		% innerhalb von Themenfelder	48,4%	41,5%	34,2%	42,4%
	positiv	Anzahl	8	3	5	16
		% innerhalb von Themenfelder	12,9%	4,6%	13,2%	9,7%
Gesamt		Anzahl	62	65	38	165
		% innerhalb von Themenfelder	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abbildung 5: Aussagenverteilung im Europawahlprogramm (CSU 2014)

Während im CSU-Grundsatzprogramm also in vielen Bereichen eine neutrale bis proeuropäische Grundhaltung der Partei zum Ausdruck kommt, dominieren im Europawahlprogramm skeptische Töne. Auffällig ist das Layout des Wahlprogramms, das wie eine Broschüre gestaltet ist: Auf jeder Seite ist eine schemenhafte Karte Europas – Teile Osteuropas sind allerdings abgeschnitten – zu sehen, die von den Umrissen eines überproportionierten, weißblauen Bayerns überdeckt wird. Damit nimmt die Gestaltung schon einige Kernforderungen der CSU vorweg, die sich um eine möglichst starke Rolle Bayerns in der EU drehen.

Die europäische Integration als politisches Projekt

Insbesondere das Grundsatzprogramm der CSU legt einen deutlichen Schwerpunkt auf das politische Projekt der europäischen Integration, 45 Prozent der Aussagen beziehen sich auf diesen Themenkomplex. Mehrfach wird die Integration als „Erfolgsgeschichte“ (CSU 2007:

151) beschrieben, die dem Kontinent „Frieden, Freiheit und Sicherheit“ (ebd.) gebracht habe. In diesem Zusammenhang finden sich stark positive Aussagen: Eine dauerhafte Sicherung der Erfolge sei nur „in verstärkter europäischer [...] Zusammenarbeit möglich“ (ebd.: 56). Explizit setzt sich die CSU „für die Weiterentwicklung der EU ein“ (ebd.: 151). Damit äußert die Partei ihr grundlegendes Einverständnis, nationalstaatliche Kompetenzen an die EU abzugeben. Eine vertiefte Integration soll allerdings auch Grenzen haben: Den „Weg in einen europäischen Staat“ (ebd.: 153) lehnt die CSU ab, die „Nation“ solle weiterhin „die prägende Verantwortungs- und Solidargemeinschaft der Menschen“ (ebd.: 56) sein. Außerdem sollen im Sinne Bayerns die Regionen und Kommunen in ihrer Rolle gestärkt werden.

Folgerichtig verteidigt die CSU vehement das Subsidiaritätsprinzip und einen dezentralen Aufbau der europäischen Union (vgl. ebd.: 54f.). Die gegenwärtige Struktur der EU wird dabei nicht kritisiert; allgemein formuliert die CSU nur die Forderung, dass die EU lediglich jene Aufgaben übernehmen solle, die von den Nationalstaaten nicht allein gelöst werden könnten (vgl. ebd.: 153). EU-Regelungen zur Trinkwasserversorgung werden deshalb abgelehnt (vgl. ebd.: 132). Weicher Euroskeptizismus findet sich dabei nur vereinzelt – beispielsweise, wenn ähnlich wie bei der AfD „Vielfalt und Wettbewerb statt Zentralismus und Gleichmacherei“ (ebd.: 157) gefordert werden.

Im Wesentlichen moderat kommentiert die CSU auch das Demokratiedefizit der EU. Hier heißt es nur, die Entscheidungen auf europäischer Ebene seien für die Bürger- Innen „nicht in gleicher Weise transparent und demokratisch kontrollierbar wie im Nationalstaat“ (ebd.: 56). Eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse wird daher angestrebt. Das EU-Parlament und der Rat der Europäischen Union sollen gegenüber der Kommission gestärkt werden (vgl. ebd.: 155).

In vielen Politikfeldern betont die CSU die Notwendigkeit einer vertieften europäischen Zusammenarbeit, so etwa in der Energie- und Forschungspolitik. Auch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU soll „konsequent weiterentwickelt“ werden, sogar „mit dem Fernziel einer Europäischen Armee“ (ebd.: 163).

Im Europawahlprogramm 2014 ist von all jenen Projekten, die eine vertiefte Integration zur Folge hätten, keine Rede mehr. Vielmehr heißt es, Europa brauche „keine neuen Zuständigkeiten“ (CSU 2014: 6), später ist von einem „Zuständigkeitsstopp für die EU“ (ebd.: 8) die Rede. Anstelle einer punktuellen Weiterentwicklung der europäischen Integration fordert die CSU nun sogar, dass die „Kompetenzen der EU auf ihre ursprüngliche Form zurückgeführt werden“ müssten (ebd.: 7). Die EU solle sich demnach nur noch auf Kernaufgaben wie die Außen- und Sicherheitspolitik konzentrieren, in anderen Bereichen müsse Brüssel „auf Macht

und Zuständigkeiten verzichten können“ (ebd.: 9). Dieses mehrfach bemühte Bild einer regulierungsversessenen EU, die in Form der Kommission Kompetenzen „missbraucht“ (ebd.: 7), ist klar euroskeptisch. Die wiederholte Forderung, dass „Europa Kompetenzen an die Mitgliedstaaten zurückgeben“ (ebd.: 9) solle, macht per Definition harten Euroskeptizismus aus.

Zwar wird auch im Europawahlprogramm der historische Erfolg und die „Friedensfunktion“ (ebd.: 5) der europäischen Integration betont, insgesamt ist der „Europaplan“ allerdings in einem vollkommen anderen Grundton gehalten als das Grundsatzprogramm der CSU. Beispielsweise wird auch das Demokratiedefizit deutlich polemischer kommentiert; es ist die Rede von unkontrollierten „Behörden-Apparaten ohne Rückbindung an Parlament und politische Verantwortung“ (ebd.: 6). Als politische Lösungen schlägt die CSU Volksabstimmungen in Deutschland über wichtige europäische Entscheidungen, Vetorechte für die nationalen Parlamente sowie die Einrichtung eines „Kompetenzgerichtshofs“ vor, der die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips überwachen soll (vgl. ebd.: 6f.; 9).

Die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt

Die sozio-ökonomische Komponente der europäischen Integration nimmt im CSU-Grundsatzprogramm den kleinsten Anteil der drei Themenkomplexe ein. Gewünscht werden faire Wettbewerbsbedingungen und eine stärkere europäische Zusammenarbeit beim Umwelt- und Klimaschutz, bei dem Europa „Vorreiter“ (CSU 2007: 115) sein müsse. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist der CSU lediglich zwei Aussagen wert, in denen erklärt wird, dass die Bundesrepublik von diesen Projekten „in besonderer Weise“ (ebd.: 63) profitiere. Ein dauerhaft stabiler Euro ermögliche zudem „soziale Sicherheit und Wohlstand für alle Menschen in der EU“ (ebd.: 152). Skeptische Aussagen finden sich in diesem Themenkomplex nicht.

Komplett anders sieht das Europawahlprogramm der CSU in dieser Hinsicht aus. In Folge der „Eurokrise“ hat sich die Salienz des sozio-ökonomischen Themenfeldes sprunghaft erhöht, im Vergleich zum Grundsatzprogramm steigt der Anteil der entsprechenden Aussagen auf mehr als das Doppelte an. Knapp 40 Prozent der Aussagen im „Europaplan“ beziehen sich auf diesen Bereich. Zugleich finden sich hier auch die meisten euroskeptischen Aussagen, und zwar insbesondere bei Stellungsnahmen zur vermeintlichen Überregulierung durch die EU und zur Eurorettungspolitik bzw. zur Finanzierung der Europäische Union.

Die CSU wolle keine „Verbote-Union“ (CSU 2014: 4), weshalb die „Brüsseler Regulierungswut“ (ebd.: 6) eingedämmt werden müsse. Genannt werden unter anderem die aus Sicht der CSU überflüssigen Regelungen zu Glühbirnen und Olivenölkännchen. Als Maßnahmen

gegen die Bürokratisierung der EU will die CSU die Anzahl der EU-KommissarInnen halbieren und – ebenso wie die AfD – den doppelten Parlamentssitz abschaffen (vgl. ebd.: 6). Außerdem müsse für die EU-Agenturen gelten: „was nicht unbedingt gebraucht wird, wird aufgelöst“ (ebd.: 7). Die CSU führt zwar nicht weiter aus, welche EU-Einrichtungen sie für obsolet hält, mit solchen Aussagen bewegt sich die Partei aber unweigerlich an der Grenze zum harten Euroskeptizismus.

In Bezug auf die Eurorettung wird insbesondere die Europäische Zentralbank scharf kritisiert. Sie solle ihre „Ankaufsprogramme für Staatsanleihen von Krisenstaaten unverzüglich einstellen“ (ebd.: 13). Um diese Forderung durchzusetzen, strebt die CSU ein Vetorecht für Deutschland in der EZB an. Auch sonst lassen sich weich euroskeptische Einstellungen im Rahmen der „Eurokrise“ feststellen: Jedes Land sei für die Sicherung seiner Spareinlagen und die Rettung notleidender Banken selbst verantwortlich, Pläne für eine „Schuldenvergemeinschaftung“ lehnt die CSU „kompromisslos“ (ebd.: 12) ab. Anders als die AfD bringt die CSU aber nicht die Auflösung der Währungsgemeinschaft ins Spiel. Staaten, welche die Stabilitätskritierien nicht dauerhaft erfüllen, sollen die Eurozone jedoch verlassen können. Geordnete Staatsinsolvenzen sollen ermöglich werden (vgl. ebd.: 13). Implizit spricht sich die CSU damit gegen weitere EU-Rettungspakete aus. Da auch eine Verkleinerung der Eurozone nicht ausgeschlossen wird, kann von weichem Euroskeptizismus mit einzelnen Tendenzen zu hartem Euroskeptizismus gesprochen werden.

Ein weiteres von der CSU im Europawahlkampf prominent besetztes Thema betrifft die Finanzierung der Europäischen Union. EU-Steuern erteilt die CSU eine „klare Absage“ (ebd.: 7). Insgesamt soll die EU mit weniger Budget auskommen, vor allem dürfe es keine Mehrbelastung für die Bundesrepublik geben: „Deutschland trägt als Nettozahler genügend zur Finanzierung der EU bei“ (ebd.). Als hart euroskeptisch ist die Aussage zu werten, dass der geringere Anteil Großbritanniens an der Finanzierung – von der CSU despektierlich als „Briten-Rabatt“ bezeichnet – „nicht länger tragbar“ sei (ebd.: 7). Gleichzeitig weist die Partei jede Kritik am deutschen Exportüberschuss zurück. Brüssel müsse „mehr Rücksicht auf die deutschen Arbeitsplätze nehmen“ (ebd.: 11). Anstelle einer Bereitschaft zu strukturellen Veränderungen heißt es nur lapidar, die europäischen Nachbarländer müssten sich eben „anstrengen und selber wettbewerbsfähiger werden“ (ebd.). Deutsche Wirtschaftsinteressen werden eindeutig über das europäische Gemeinwohl gestellt.

Wie schon bei der AfD kommen auch im Programm der CSU sozialpolitische Themen nur am Rande vor. In den wenigen Aussagen knüpft die CSU allerdings nahtlos an die vor der Europawahl geführte Debatte über den vermeintlich „offensichtlichen Missbrauch unserer

Sozialsysteme“ (ebd.: 5) an, die unter dem Slogan „Wer betrügt, der fliegt“ offenbar fremdenfeindliche Ressentiments bedienen sollte (vgl. Prantl 2013). Im Europawahlprogramm bekennt sich die CSU zwar grundsätzlich zur Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU, die geforderten Hürden bei Sozialleistungen für EU-AusländerInnen könnten aber faktisch eine Einschränkung der Freizügigkeit bedeuten (vgl. ebd.: 5).

Integration vs. Abgrenzung

Im Spannungsfeld zwischen einer weitergehenden politischen Integration und der Bewahrung nationaler und regionaler Identität positioniert sich die CSU traditionell als Schützerin bayerischer Interessen und Kultur. Betont wird im Grundsatzprogramm mehrfach die Bedeutung der Heimat, der „lebendigen Tradition“ (CSU 2007: 182) der Regionen und der christlich-abendländischen „Wertegemeinschaft der Völker Europas“ (ebd.: 42). Da die europäischen Identitäten als vereinbar dargestellt werden und außerdem festgehalten wird, dass der „klassische Nationalstaat [...] Sicherheit und Freiheit für seine Bürger nicht mehr allein garantieren“ (ebd.: 22) könne, sind diese Aussagen keinesfalls als euroskeptisch zu werten. Die Integration wird grundsätzlich nicht in Frage gestellt. In manchen Textstellen ist allerdings ein latenter Euroskeptizismus durchaus angelegt. Es sei die „oberste Leitlinie“ (ebd.: 156) des europapolitischen Engagements der CSU, die Vielfalt und Besonderheiten der Regionen und Mitgliedstaaten dauerhaft zu erhalten. Nationale Identitäten und die „Eigenständigkeit der Regionen und Kommunen“ (ebd.: 157) müssten gewahrt bleiben. Die CSU sieht demnach Grenzen für eine weitergehende Integration. Auch Passagen des Grundsatzprogramms, die sich nicht explizit auf die europäische Integration beziehen, können potentiell im politischen Wettbewerb zu euroskeptischen Aussagen führen. Im Zuge der Herausstellung nationaler Identität lehnt die CSU beispielsweise „ein multikulturelles Neben- und Gegeneinander“ (ebd.: 147) im Zusammenleben mit AusländerInnen ab. Die Integrationsfähigkeit „unseres Volkes“ habe „Grenzen“ (ebd.: 149).

In den Kontext der europäischen Integration werden diese Aussagen erst im Europawahlprogramm 2014 gesetzt. Vermeintliche Negativfolgen der Integration werden hier gegenüber der eher pro-europäischen Grundhaltung der Partei deutlich stärker akzentuiert. So ist in unsachlicher Weise von „Armutsmigration in Europa“ und dem „Missbrauch der Freizügigkeit“ (CSU 2014: 5) die Rede. Außerdem wird – anders als im Grundsatzprogramm – die Befürchtung artikuliert, dass es zu einer „schleichenden Aushöhlung der staatlichen Souveränität zugunsten der EU“ (ebd.: 8) kommen könne. Weiter heißt es, das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung dürften nicht abgeschafft werden – als ob ein solcher Schritt derzeit

ernsthaft zur Diskussion stünde. Ähnlich wie die AfD weckt die CSU damit Ängste vor einem europäischen „Zentralstaat“ (ebd.: 8), wenn auch in etwas abgeschwächter Form, sodass hier weicher Euroskeptizismus vorliegt.

Auch hinsichtlich neuer EU-Erweiterungen verschärft die CSU ihre Linie gegenüber dem Grundsatzprogramm von 2007. Während in letzterem noch prinzipiell die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten befürwortet wird, sofern sie die Beitrittskriterien erfüllen, fordert die CSU 2014 einen „Beitrittsstopp“ (ebd.: 4) auf absehbare Zeit. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen gar endgültig beendet werden.

Nicht zuletzt zeigt sich der verschärfte Grundton des Europawahlprogramms auch in der Forderung nach einer größeren Bedeutung für die deutsche Sprache in Europa. Diese ist zwar schon im Grundsatzprogramm zu finden, das Wahlprogramm spricht jedoch drastischer von einer „Benachteiligung“ (ebd.: 15) der Sprache in den EU-Institutionen, die endlich beendet werden müsse.

Einordnung

Auf Basis des Grundsatzprogramms lässt sich eine euroskeptische Grundhaltung der CSU empirisch nicht belegen. Vielmehr ist ein gegenüber der europäischen Integration neutral bis positiv eingestellter Grundton zu konstatieren, mit lediglich einzelnen Tendenzen zu weichem Euroskeptizismus. Kritik an der EU wird meist moderat formuliert, in manchen Politikfeldern wird sogar eine Weiterentwicklung der Integration angestrebt. In einigen ideologisch aufgeladenen Themenbereichen, wie der Zuwanderungs- oder Sozialpolitik, stellt das Grundsatzprogramm wohlgemerkt nicht explizit den Zusammenhang zu Europa her. In der Betonung der bayerischer Interessen und der Kultur, die vor äußeren Einflüssen zu schützen sei, sind hier bereits aber Aspekte angelegt, die sich im Europawahlprogramm 2014 zu Euroskeptizismus manifestieren.

Der „Europaplan 2014-2019“ betont konsequent negative Seiten der Integration und verwendet dabei mitunter stammtischartige Parolen. Am Ende des Programms werden die „Kernpunkte“ zusammengefasst: Von zwölf Aussagen sind sieben als weich euroskeptisch und nur drei als positiv einzustufen. Dieser starke Wandel gegenüber dem Grundsatzprogramm, d.h. die Betonung euroskeptischer Positionen, lässt sich wie beschrieben in allen Abschnitten des Programms nachweisen. Der Euroskeptizismus der CSU zur Europawahl wird schwerpunktmäßig mit der Überregulierung durch die EU und mit der „Eurokrise“ begründet. Insbesondere betrifft er die institutionelle Struktur und die Kompetenzverteilung innerhalb der EU. Die Eurorettungspolitik wird angesichts der Regierungsbeteiligung nicht explizit kriti-

siert, allerdings fordert die CSU grundlegende Veränderungen – bis hin zu einer möglichen Verkleinerung der Eurozone. Hart euroskeptisch ist insbesondere der angestrebte Transfer von EU-Kompetenzen zurück zu den Nationalstaaten. Die meisten anderen Aussagen bewegen sich jedoch im weich euroskeptischen Bereich, die Tendenzen zu hartem Euroskeptizismus sind also bei der CSU nicht so ausgeprägt wie bei der AfD.

In der Forschung wird die CSU zumeist als weich euroskeptische Partei bezeichnet. Die relativ klare Einordnung hängt damit zusammen, dass in der Regel nicht nur Parteiprogramme, sondern auch öffentliche Aussagen von SpitzenpolitikerInnen in die Analyse einbezogen werden (z.B. bei Lees 2008; Schieder 2011). Populistische Wortmeldungen, oftmals vorgetragen von „Scharfmacher und Parteivize“ (Szymanski 2014) Peter Gauweiler, haben in der CSU durchaus Tradition. Bei Schieder (2011: 45) ist außerdem nachzulesen, dass die CSU bereits im Europawahlkampf 2009 Rücktransfers von Kompetenzen auf die nationalstaatliche Ebene gefordert hat. Insgesamt wird der Partei ein eher opportunistischer Euroskeptizismus (vgl. ebd.: 48) attestiert, der sowohl ideologisch als auch strategisch motiviert sei.

Insgesamt erscheint diese Sichtweise plausibel. Das Grundsatzprogramm der CSU ist zwar in einem eher pro-europäischen Tenor gehalten, die ideologische Position der Partei lässt aber durchaus die Entwicklung von Euroskeptizismus zu, wie es nun in Folge der „Eurokrise“ ausgiebig geschehen ist. Der CSU-Parteivorstand, der das Wahlprogramm 2014 ausgearbeitet und beschlossen hat, hat damit aus strategischen Gründen die vom Grundsatzprogramm gelassenen Spielräume genutzt, um skeptischere Stimmungen in der WählerInnenschaft zu bedienen. Die erneute Verschärfung des Programms gegenüber 2009 dürfte dabei nicht zuletzt dem Aufkommen der AfD geschuldet sein; Ähnlichkeiten mit deren Wahlprogramm sind nicht zu übersehen. Es ist also davon auszugehen, dass die CSU mit einem verschärften Programm ein Überlaufen von konservativen WählerInnen zur AfD vermeiden wollte. Roßmann (2014) merkt außerdem an, dass die CSU im Europawahlkampf Reizpunkte setzen musste, um ihre WählerInnen im Anschluss an die Kommunalwahl im März 2014 und nur wenige Monate nach den Bundes- und Landtagswahlen 2013 erneut zum Urnengang zu bewegen.

4.4 Die Linke

Erstmals in der neueren Parteigeschichte erarbeitete Die Linke im Jahr 2011 ein ausführliches Grundsatzprogramm (Linke 2011). Bis dahin galten die „Programmatischen Eckpunkte“ von 2007, dem Jahr des Zusammenschlusses von Linkspartei/PDS und WASG zur Partei Die Linke. Der Entstehungskontext des Grundsatzprogramms während der Finanz- und Wirtschafts-

krise wird an vielen Stellen deutlich: Ein ganzes Kapitel befasst sich mit „Krisen des Kapitalismus“ (Linke 2011: 14ff.) und zeichnet unter anderem die Entstehung der „Eurokrise“ nach. Neben der Kapitalismuskritik werden auch andere linke Denkansätze und die Parteigeschichte ausführlich dargestellt. Insgesamt nimmt dieser eher theoretische Teil fast ein Drittel des gesamten Programms ein, bevor schließlich auf konkrete „Reformprojekte“ (ebd.: 34) eingegangen wird.

Die Europapolitik zählt dabei zu den Hauptthemen der Partei. Bereits in der Präambel des Grundsatzprogramms heißt es, Die Linke kämpfe für einen „Neustart der Europäischen Union“ (ebd.: 7). Wie dieser aussehen soll, wird in einem eigenen Unterkapitel beschrieben, aber auch an verschiedenen Stellen anderer Kapitel, die sich etwa auf Forderungen nach einer „Demokratisierung der Gesellschaft“ (ebd.: 45ff.) beziehen.

			Themenfelder			
			politisches Projekt	sozio-ökonomisches Projekt	Integration vs. Abgrenzung	Gesamt
Position zu Issues oder Themen	weich euroskeptisch	Anzahl	14	12	3	29
		% innerhalb von Themenfelder	35,0%	21,8%	37,5%	28,2%
	neutral, konstr. Kritik	Anzahl	14	22	2	38
		% innerhalb von Themenfelder	35,0%	40,0%	25,0%	36,9%
	positiv	Anzahl	7	15	2	24
		% innerhalb von Themenfelder	17,5%	27,3%	25,0%	23,3%
	sehr positiv	Anzahl	5	6	1	12
		% innerhalb von Themenfelder	12,5%	10,9%	12,5%	11,7%
Gesamt		Anzahl	40	55	8	103
		% innerhalb von Themenfelder	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abbildung 6: Aussagenverteilung im Grundsatzprogramm (Linke 2011)

Die insgesamt 103 codierten Aussagen des Grundsatzprogramms verteilen sich relativ gleichmäßig auf die möglichen Einstellungen zum Thema Europa (vgl. Abb. 6). Zwar kommt harter Euroskeptizismus nicht vor, dafür sind aber fast 30 Prozent der Aussagen weich euroskeptisch. Hinzukommen knapp 37 Prozent neutrale Aussagen und immerhin 35 Prozent liegen im positiven pro-europäischen Bereich. Auffällig ist außerdem, dass das Feld „Integration vs. Abgrenzung“ von der Partei kaum thematisiert wird, während sich mehr als jede zweite Aussage auf die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt bezieht. Hieran wird die Schwerpunktsetzung der Partei auf Themen der sozialen Gerechtigkeit deutlich.

Durchaus ähnliche Befunde lassen sich für das Programm der Linken zur Europawahl 2014 (Linke 2014) feststellen: Auch hier ist das sozio-ökonomische Themenfeld mit Abstand das größte und anders als etwa bei der CSU spielen Diskurse um „Integration vs. Abgrenzung“ nur eine Nebenrolle (vgl. Abb. 7). Mit insgesamt 214 codierten Aussagen handelt es sich um ein äußerst ausführliches Programm, das zahlreiche konkrete Vorschläge für Europa

enthält und ansonsten weitgehend auf innenpolitische Themen verzichtet. Viele der Kritikpunkte an der EU werden an verschiedenen Stellen teils mehrfach wiederholt. Am Ende des Programms ist sogar ein Glossar angefügt, in dem auf die über den Text verstreuten Aussagen

			Themenfelder			Gesamt
			politisches Projekt	sozio-ökonomisches Projekt	Integration vs. Abgrenzung	
Position zu Issues oder Themen	hart euroskeptisch	Anzahl	0	1	0	1
		% innerhalb von Themenfelder	0,0%	0,8%	0,0%	0,5%
	weich euroskeptisch	Anzahl	26	26	7	59
		% innerhalb von Themenfelder	37,7%	21,7%	28,0%	27,6%
	neutral, konstr. Kritik	Anzahl	26	62	10	98
		% innerhalb von Themenfelder	37,7%	51,7%	40,0%	45,8%
	positiv	Anzahl	6	4	6	16
		% innerhalb von Themenfelder	8,7%	3,3%	24,0%	7,5%
	sehr positiv	Anzahl	11	27	2	40
		% innerhalb von Themenfelder	15,9%	22,5%	8,0%	18,7%
Gesamt		Anzahl	69	120	25	214
		% innerhalb von Themenfelder	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abbildung 7: Aussagenverteilung im Europawahlprogramm (Linke 2014)

zu bestimmten Themenbereichen verwiesen wird. Offenbar ist das Wahlprogramm der Linken eher als Nachschlagewerk denn für eine durchgehende Lektüre konzipiert, sodass bewusst Dopplungen wichtiger Aspekte in die verschiedenen Kapitel eingebaut wurden.

Als einziges der untersuchten Parteiprogramme deckt das Europawahlprogramm der Linken die ganze Bandbreite von Positionen zur europäischen Integration ab. Als hart euroskeptisch wurde allerdings nur eine einzelne Aussage eingestuft. Wie schon beim Grundsatzprogramm ist ansonsten die ausgeglichene Verteilung auffällig: Vielen neutralen bzw. konstruktiv kritischen Aussagen stehen annähernd gleich große Anteile von weichem Euroskeptizismus und von positiven Aussagen zur Integration – eine Mehrzahl davon sogar sehr positiv – gegenüber. Dabei handelt es sich aber nur scheinbar um einen Widerspruch, wie die genauere Analyse der einzelnen Themenfelder zeigt.

Die europäische Integration als politisches Projekt

Das politische Projekt der europäischen Integration erfährt in den untersuchten Programmen der Linken eine übereinstimmende Bewertung. Die ursprüngliche Idee eines friedlichen Europas wird mehrfach gelobt, außerdem habe die europäische Einigung Millionen Menschen „Gewinne an Wohlstand“ (Linke 2014: 7) gebracht. Die Errungenschaften seien allerdings zunehmend gefährdet: einerseits durch eine „wachsende Bedeutung militärischer Mittel für die EU“ (Linke 2011: 26) und andererseits durch die derzeitige Kürzungspolitik, welche die Demokratie aushöhle (vgl. Linke 2014: 5). In beiden Programmen bilden Aussagen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie zum Demokratiedefizit der EU-Institutionen

den Schwerpunkt des Themenfeldes. Die Linke lehnt jegliche Beteiligung der EU an Kampfeinsätzen ab und fordert eine konsequente Entmilitarisierung. Rüstungsexporte sollen verboten und Geheimdienste aufgelöst werden. In ihrer „bestehenden vertraglichen Verfasstheit und Politik“ (ebd.: 9) sei die EU keineswegs auf Frieden ausgerichtet, Die Linke will dies ändern.

Grundsätzliche Veränderungen werden auch hinsichtlich einer Demokratisierung der EU angestrebt. Ähnlich wie die AfD kritisiert Die Linke, dass die „Spardiktate der Troika“ (ebd.: 6) nicht demokratisch legitimiert seien. „Alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationalstaatliche Haushalte“ (Linke 2011: 66) sollen zurückgewiesen werden. Derlei Kompetenzerweiterungen für die EU-Kommission werden auch im Europawahlprogramm abgelehnt (vgl. Linke 2014: 37). Anders als bei AfD und CSU ist damit allerdings nicht die Rückverlagerung von schon bestehenden EU-Kompetenzen zu den Nationalstaaten impliziert. Vielmehr soll das EU-Parlament gegenüber Rat und Kommission weiter gestärkt werden und allein über den EU-Haushalt bestimmen können (ebd.: 18). Weiter heißt es: „Sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der Europäischen Union überführt wird, muss das Europäische Parlament ein Mitentscheidungsrecht erhalten“ (ebd.: 37f.). Zusätzliche Kompetenztransfers auf die supranationale Ebene werden von der Linken also grundsätzlich gebilligt, sofern die EU ihre neuen Aufgaben demokratisch und transparent wahrnimmt. Dazu ist nach Auffassung der Linken einzig das EU-Parlament geeignet: „Die Vergemeinschaftung von Politikbereichen muss gegen die Macht von Kommission und Räten weiterentwickelt werden“ (ebd.: 38).

Viele der Aussagen drücken eine tief misstrauische Haltung gegenüber der derzeitigen und künftigen Entwicklung der Europäischen Union aus – es handelt sich eindeutig um weichen Euroskeptizismus. Forderungen nach der Auflösung von eigenständigen EU-Agenturen wie z.B. Europol (vgl. ebd.: 38) befinden sich zwar an der Grenze zum harten Euroskeptizismus, allerdings zielen diese eher auf eine bessere demokratische Kontrolle als auf die Einschränkung von EU-Kompetenzen ab.

Der erwähnte „Neustart“ der Europäischen Union soll viel grundsätzlicher ausfallen: Die Partei lehnt den Vertrag von Lissabon ab und fordert eine „vollständige Revision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind“ (Linke 2011: 66). Diesem weichen Euroskeptizismus stehen aber immer wieder auch sehr positive Aussagen gegenüber, die sich auf eine Vertiefung der europäischen Integration beziehen. Beispielsweise soll ein Verfassungskonvent in einem demokratischen Prozess eine EU-Konstitution erarbeiten, die „Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Frieden und Rechtsstaat-

lichkeit“ (Linke 2014: 39) verbindlich festschreibt. Eine weitergehende politische Integration ist von der Linken demnach durchaus gewollt, allerdings soll diese auf anderen rechtlichen Grundlagen stehen.

Die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt

Wie erwähnt strebt Die Linke vor allem ein sozialeres Europa an, derartige Aussagen wurden in beiden Programmen am häufigsten codiert. In sozialen Fragen beurteilt die Partei den gegenwärtigen Zustand der Europäischen Union äußerst skeptisch. Im Grundsatzprogramm heißt es, „eine EU, die vor allem auf Standortkonkurrenz, Wettbewerb und Dumpingwettlauf setzt“ (Linke 2011: 7), diskreditiere die europäische Idee. Maßnahmen neoliberaler Politik wie Privatisierungen und Deregulierungen seien insbesondere durch die neueren EU-Vertragswerke „zementiert“ (ebd.: 20) worden und führten zu einer Unterbietungskonkurrenz unter den Mitgliedstaaten „mit verheerenden Auswirkungen“ (ebd.). Diese beträfen unter anderem Sozialleistungen sowie Lohn- und Arbeitsbedingungen, zudem gerieten die öffentlichen Haushalte unter Druck (vgl. ebd.: 67). Das Europawahlprogramm der Linken geht noch einen Schritt weiter und bezeichnet die Banken als „Gewinner einer fehlgeleiteten europäischen Integration“ (Linke 2014: 6). Insgesamt habe die Europäische Union die Hoffnung auf sozialen Fortschritt enttäuscht (vgl. ebd.: 5).

Folgerichtig strebt Die Linke auch im sozio-ökonomischen Bereich umfassende Reformen an. Anstelle der „Freiheit der Märkte“ will die Partei an erster Stelle „soziale Gerechtigkeit für die Menschen in Europa“ (ebd.: 61) verwirklichen. Dazu soll die wirtschaftliche Integration „endlich mit einer sozialen Union“ (ebd.: 7) verbunden werden und eine „soziale Fortschrittsklausel“ (ebd.: 11) soll in den Vertragsgrundlagen verankert werden. Konkret sollen die Mitgliedstaaten unter anderem EU-weite Mindestlöhne und Mindestrenten einführen, sich in der Lohn- und Steuerpolitik absprechen und weitergehende gemeinsame Regelungen für den Arbeitsmarkt beschließen. Außerdem strebt Die Linke EU-weite Konjunkturprogramme sowie eine Umverteilung des Reichtums in Europa an. Mit einer einmaligen Vermögensabgabe sollen die Reformprojekte refinanziert werden (vgl. ebd.: 9).

Codiert wurde als einzige hart euroskeptische Aussage der Linken die Forderung nach der „Rücknahme aller EU-Richtlinien und -Verordnungen der letzten Jahrzehnte, die als Grundlage und Vorwand für Privatisierung, Liberalisierung und Zerschlagung öffentlicher Einrichtungen der Daseinsvorsorge gedient haben“ (ebd.: 23). Hierbei handelt es sich sicherlich um einen Grenzfall, da Kompetenztransfers nicht generell, sondern lediglich ihre politischen Folgen kritisiert werden. Es wird allerdings nicht näher spezifiziert, welche Maßnah-

men der EU hier genau gemeint sind. Da im Duktus der Linken nahezu jede EU-Richtlinie unter Verdacht steht, Privatisierung und Liberalisierung zu befördern, entsteht der Eindruck einer allgemeinen, unsachlichen Kontra-Position. Insofern wurde hier die Undifferenziertheit der Aussage mitbewertet.

Gleichwohl ändert diese Einstufung wenig am Gesamtbild: Die Linke ist der sozioökonomischen Entwicklung der EU gegenüber durchweg skeptisch eingestellt; gleichzeitig fordert sie eine „solidarische Erweiterung der EU“ (Linke 2011: 68) mit weitgehenden Reformen, die der Verlagerung neuer Kompetenzen von den Nationalstaaten zur EU bedürfen. Ausdrücklich betont Die Linke den Bedarf an supranationalen Regelungen, da schließlich auch das Kapital internationalisiert und nicht an Staatsgrenzen gebunden sei (vgl. ebd.: 29). Lediglich einzelne Forderungen der Partei, wie z.B. eine strengere Regulierung der Finanzmärkte (vgl. ebd.: 67), wären bereits auf Basis der jetzigen Kompetenzverteilung denkbar. Damit unterscheidet sich der Skeptizismus der Linken grundlegend von dem der CSU und der AfD. Während diese die vermeintliche Überregulierung durch die EU beklagen, finden sich solche Aussagen bei der Linken überhaupt nicht. Hier werden für einige Bereiche vielmehr weitere Regulierungen gefordert. Im Gegensatz zu CSU und AfD argumentiert Die Linke in der Wirtschaftspolitik außerdem nicht mit vermeintlich deutschen Interessen. Beispielsweise sollen dauerhafte Exportüberschüsse wie im Fall der Bundesrepublik sanktioniert werden, da diese der Wirtschaft der Nachbarländer schadeten (vgl. Linke 2014: 19). Für die Krisenstaaten wird außerdem ein Schuldenschnitt angeregt. Mit Maßnahmen wie diesen soll die europäische Währungspolitik neu ausgerichtet werden. Grundsätzlich wird die Gemeinschaftswährung aber nicht in Frage gestellt: „Auch wenn die Europäische Wirtschaftsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht für ein Ende des Euro ein“ (ebd.). Aufgrund der neoliberalen Prägung der Krisenpolitik hat Die Linke jedoch die Eurorettungsprogramme abgelehnt – als einzige Bundestagspartei, wie im Europawahlprogramm betont wird (vgl. ebd.: 13). Dies kann als Seitenhieb auf die CSU verstanden werden, die zwar öffentlich Kritik geäußert, aber letztlich als Regierungspartei die entsprechenden Maßnahmen mitgetragen hatte.

Insgesamt stehen rein wirtschaftliche Belange in den Programmen der Linken deutlich hinter den sozialen Komponenten zurück. Die Partei will eine solidarische Entwicklung der EU „für alle“ (ebd.: 7), besonders werden etwa die Anliegen zur Frauenförderung betont. In Bereichen, in denen sich „konkrete Solidarität [...] schon jetzt“ (ebd.: 11) äußere – genannt werden die Struktur-, Kohäsions- und Agrarfonds – wird die aktuelle Politik der EU sogar explizit gelobt. Allerdings versäumt Die Linke auch hier nicht, weitere Verbesserungen anzumahnen.

Integration vs. Abgrenzung

Beim Blick auf die Aussagenverteilung in beiden Programmen der Linken ist aufgefallen, dass im Bereich „Integration vs. Abgrenzung“ jeweils kaum Aussagen gefunden worden sind – zumindest deutlich weniger als in den Programmen der CSU. Diskussionen um den Erhalt nationaler Identität stellen sich für Die Linke offenbar nicht. Auch nationalstaatliche Souveränitätsrechte sind nicht von besonderer Bedeutung, sie werden lediglich dann europäischen Regelungen vorgezogen, wenn diese als nicht ausreichend demokratisch legitimiert empfunden werden. Ähnliches gilt für die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten: Künftige Erweiterungsrunden werden prinzipiell begrüßt, allerdings müsse darauf geachtet werden, dass „soziale Standards gesichert werden“ (Linke 2014: 59).

Vom Selbstverständnis her müsse linke Politik heute „mehr denn je die europäische Dimension mitdenken“ (Linke 2011: 66), heißt es im Grundsatzprogramm. Auch wenn Die Linke die Europäische Union in ihrer derzeitigen Form auf vielen Ebenen kritisiert, kommt eine Abwendung von Europa daher nicht in Frage: „Die Alternative ist nicht der Rückzug aus der Union, sondern der Kampf um ihre Veränderung. Ein Rückzug auf den Nationalstaat ist keine soziale und demokratische Alternative, sondern eine große Gefahr“ (Linke 2014: 7). Mit deutlichen Worten werden deshalb „nationalistische und sozialchauvinistische Tendenzen“ (ebd.: 45) bei der AfD kritisiert. Die Linke schlägt europaweite Anti-Rassismus-Projekte und einen intensiveren kulturellen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten vor, um solchen Tendenzen entgegenzuwirken und um die „kulturelle Dimension der europäischen Einigung“ (ebd.: 52) zu fördern.

Auch in der Diskussion um die Zuwanderungs- und Asylpolitik setzt Die Linke einen Kontrapunkt zu den Programmen von AfD und CSU. Eine Einwanderungspolitik, die soziale und politische Rechte nach Nützlichkeitskriterien „für das Kapital“ (Linke 2011: 52) vergebe, wird strikt abgelehnt. Bei der von den anderen Parteien befürchteten „Armutsmigration“ handele es sich um ein Scheinproblem. Deutschland sei ein Einwanderungsland und die „unmenschliche Abschottungspolitik“ (ebd.) der EU müsse beendet werden. In beiden Programmen plädiert Die Linke daher für die Abschaffung der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Auch in anderen Bereichen soll sich die EU öffnen: Neben Visa-Liberalisierungen sollen Handelshemmnisse abgebaut und die sogenannten Entwicklungsländer fairer behandelt werden (vgl. Linke 2014: 72).

Einordnung

In beiden Programmen legt Die Linke eine klare Vision eines demokratischeren und sozialeren Europas vor. Aus dieser Vision spricht eine zweifellos ideologisch verankerte, proeuropäische Grundhaltung der Partei. Es wird – anders als bei AfD und CSU – davon ausgegangen, dass die gegenwärtigen politischen Herausforderungen auf nahezu allen Ebenen nur im europäischen Rahmen gelöst werden können. Nach Ansicht der Linken hat der Nationalstaat wesentliche Regelungskapazitäten verloren, weshalb eine vertiefte europäische Integration angestrebt wird.

Gegenwärtig entwickelt sich die Europäische Union nach Ansicht der Linken allerdings in eine falsche Richtung, wie Anteile von annähernd 30 Prozent weich euroskeptischer Aussagen in beiden Programmen zeigen. Die „Eurokrise“ wird nur nachrangig zur Begründung der Skepsis herangezogen, sie gilt vielmehr als Folge tieferliegender, struktureller Probleme in der neoliberalen Ausrichtung der EU. Diese Probleme betreffen sowohl die europäischen Institutionen als auch deren Politik, insbesondere im sozio-ökonomischen Bereich. Die Kritik der Linken wird konstant geäußert, strategisch bedingte Verschärfungen des Europawahlprogramms zur Stimmenmaximierung sind angesichts der inhaltlichen Ähnlichkeiten mit dem Grundsatzprogramm nicht zu erkennen.

In der bisherigen Forschung wurden Die Linke bzw. ihre unmittelbaren Vorgängerparteien gemeinhin als weich euroskeptisch eingestuft. Diese Einschätzung ist heute insofern weiterhin zutreffend, als dass so gut wie keine Tendenzen zu hartem Euroskeptizismus in den Programmen ausgemacht werden konnten. Per Definition handelt es sich bei der Kritik gegenüber der Europäischen Union überwiegend um weichen Euroskeptizismus. Gleichwohl scheint eine Einordnung der Partei auf einer Stufe mit AfD und CSU irreführend zu sein. Insbesondere im Vergleich zum Euroskeptizismus der AfD, aber auch zu den Positionen der CSU liegen beträchtliche quantitative und qualitative Unterschiede vor. Wie die Codierung gezeigt hat, findet sich im Europawahlprogramm 2014 der Linken ein Anteil an positiven Aussagen zur Integration, der annähernd so groß ist wie der Anteil des Euroskeptizismus. Im Grundsatzprogramm der Linken überwiegen die positiven Aussagen sogar. CSU und AfD streben im Unterschied dazu kaum Vertiefungen der europäischen Integration und weitere Kompetenztransfers an – im Gegenteil wird eher eine Stärkung der Nationalstaaten gefordert.

Die Kritik Heines (2010; vgl. Kapitel 2.3) an der Einstufung der Linken als euroskeptische Partei ist daher nachvollziehbar. Werden lediglich negative Aussagen betrachtet, kann leicht der Eindruck entstehen, Die Linke vertrete ähnliche Positionen wie AfD und CSU. Tatsächlich muss Euroskeptizismus aber hinsichtlich der zugrundeliegenden Ideologien differen-

ziert werden. Die von Heine (2010: 327) vorgeschlagene Bezeichnung der linken Positionen als „resistance“ stellt eine Möglichkeit dar, sie geht allerdings zu Lasten einer umfassenden Konzeptualisierung von Euroskeptizismus, die sich im Sinne möglichst universeller Anwendbarkeit sowohl auf Haltungen gegenüber der europäischen Integration als auch auf Meinungen zur EU in ihrer gegenwärtigen Form beziehen soll.

5. Fazit

Die vorliegende Arbeit wollte die Frage beantworten, wie verbreitet Euroskeptizismus in den bundesdeutschen Parteien gegenwärtig ist und welche Einflussfaktoren dabei eine Rolle spielen. Zu diesem Zweck wurden Grundsatz- und Europawahlprogramme von AfD, CSU und Die Linke untersucht. Alle anderen bundespolitisch relevanten Parteien können einem pro-europäischen Konsens zugerechnet werden.

Wie die Ergebnisse der Inhaltsanalyse zeigen, ist in den Wahlprogrammen der Parteien – entgegen der Nebenwahlthese – durchaus eine hohe Salienz von Europathemen gegeben. Insbesondere die „Eurokrise“ und die Kritik an der mit ihr verbundenen Rettungspolitik boten den untersuchten Parteien Möglichkeiten, um sich vom europapolitischen Mainstream abzugrenzen. Inwieweit die aktuellen Haltungen der Parteien dabei auf ideologischen Grundorientierungen basieren bzw. inwieweit strategische Überlegungen in den Aussagen zur europäischen Integration eine Rolle spielen, konnte anhand eines Vergleichs mit den Grundsatzprogrammen geprüft werden.

Im Fall der erst 2013 gegründeten Alternative für Deutschland (AfD) lässt sich – auch anhand ihrer Vorgängerinitiativen – eine ideologisch tief verankerte Ablehnung der europäischen Währungsunion feststellen. Bisher liegt zwar kein ausführliches Grundsatzprogramm vor, die analysierten Parteidokumente weisen aber einmütig die aktuelle Entwicklung der EU zurück und streben Rückverlagerungen von Kompetenzen zu den Nationalstaaten an. Die europäische Integration wird zwar nicht generell abgelehnt, gefordert wird aber eine Fokussierung auf wirtschaftliche Zusammenarbeit – und keine politische Union. Die AfD muss daher zumindest als weich euroskeptisch eingestuft werden; eine eventuelle Verfestigung hart euroskeptischer Tendenzen bleibt abzuwarten.

Bei der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) fand sich in der Inhaltsanalyse die deutlichste Diskrepanz zwischen Grundsatz- und Europawahlprogramm. Zwar pflegt die CSU traditionell einen kritischen Duktus gegenüber der EU, prinzipiell besteht aber eine Zustimmung zur europäischen Integration, wie das Grundsatzprogramm zeigt. Lediglich einige weich euroskeptische Tendenzen sind in diesem angelegt, sie beziehen sich vor allem auf

Sorgen um die bayerische „Souveränität“ und die regionale Identität. Deutlich verschärft hat sich die Rhetorik der CSU allerdings in den Europawahlprogrammen von 2009 und insbesondere von 2014. Offensichtlich wurde versucht, mit euroskeptischen Stimmungen im Zuge der „Eurokrise“ Wahlkampf zu machen. Der „Europaplan 2014-2019“ stellt zudem eine erkennbare Reaktion auf das Aufkommen der AfD dar, die als ernsthafte Konkurrenz im konservativen WählerInnenmilieu identifiziert wurde. Der weiche Euroskeptizismus der CSU ist demnach zwar im ideologischen Grundverständnis der Partei angelegt, in seiner derzeitigen Ausprägung ist er jedoch maßgeblich strategisch bedingt.

Bei der Linken kann dagegen nicht von einer besonderen strategischen Nutzung von Europathemen gesprochen werden. In Grundsatz- und Europawahlprogramm wird gleichermaßen eine Kritik an der neoliberalen Ausrichtung der europäischen Integration entwickelt, die gemäß der Definition dieser Arbeit als weich euroskeptisch zu bezeichnen ist. Allerdings unterscheidet sich der Euroskeptizismus der Linken quantitativ und qualitativ von dem der AfD und der CSU. Einem geringeren Anteil euroskeptischer Aussagen stehen etwa gleiche Mengen pro-europäischer Äußerungen entgegen, die eine vertiefte politische Integration anstreben – wenn auch auf ideell und rechtlich veränderten Grundlagen. Der Euroskeptizismus der Linken betrifft demnach lediglich die EU in ihrer derzeitigen Form, nicht aber die generellen Ideen der Integration.

Insgesamt muss im deutschen Parteiensystem ein nicht zu unterschätzendes Ausmaß an euroskeptischen Haltungen konstatiert werden. Vor allem der rückwärtsgewandte Euroskeptizismus von AfD und CSU könnte im Falle signifikanter Wahlerfolge eine Bedrohung der europäischen Integration darstellen, zumal weitere strategische Verschärfungen der Positionen denkbar sind. Als Gründe für die derzeitige Verbreitung euroskeptischer Positionen sind wie beschrieben verschiedene Faktoren zu benennen. Wie das Beispiel der CSU zeigt, kann die ideologische Grundhaltung einer Partei aus strategischen Gründen – in diesem Fall aufgrund der aktuell hohen Salienz des Themas – im Wahlkampf deutlich zugespitzt werden.

Abschließend sollen noch einige Anmerkungen zum Forschungsprozess und zum weiteren Forschungsbedarf gemacht werden. Da bei der Untersuchung von parteibasiertem Euroskeptizismus verschiedene Dimensionen berücksichtigt werden müssen, bot sich die Konzeptualisierung von Harmsen/Schild (2011a) als Analysetool an. In der Tat lieferte dieses differenzierte empirische Befunde. Insbesondere der Unterschied zwischen dem Euroskeptizismus der Linken und dem der AfD bzw. CSU ließ sich klar herausarbeiten, da nicht nur negative, sondern auch positive Aussagen zur europäischen Integration codiert wurden. Die Inhaltsanalyse der Europawahlprogramme 2014 zeichnet insofern ein ausgewogenes Bild der

aktuellen Ausprägung von Euroskeptizismus im deutschen Parteiensystem. Die Identifizierung von Einflussfaktoren stieß allerdings an methodische Grenzen. Da das Grundsatzprogramm der Linken und die „Politischen Leitlinien“ der AfD nur mit wenig zeitlichem Abstand zu den Europawahlprogrammen und bereits während der „Eurokrise“ entstanden sind, kann der langfristige Einfluss von ideologischen oder strategischen Faktoren nicht zweifelsfrei bestimmt werden. Hierzu müssten im Rahmen einer Längsschnittstudie auch ältere Wahlprogramme der Parteien herangezogen werden, was im Falle der Linken aber nur eingeschränkt und im Falle der AfD aufgrund der jungen Parteigeschichte gar nicht möglich ist.

Ein weiteres methodisches Problem bei der Analyse von Parteidokumenten ist es, dass Europapositionen nicht immer im Detail dargelegt werden. Dies trifft in besonderem Maße auf das Grundsatzprogramm der CSU zu, in dem generelle Orientierungen der Partei oft nur implizit auf Europa bezogen werden. Zudem stellt sich beim lediglich vom Parteivorstand beschlossenen Europawahlprogramm der CSU die Frage, inwieweit dieses tatsächlich die Gesamtpartei repräsentiert. Ähnliches gilt für die Dokumente der AfD, bei denen eine etwaige Einflussnahme der Parteiführung nicht auszuschließen ist. Auffällig ist zumindest, dass der innerparteiliche Richtungsstreit von den Programmen nicht reflektiert wird. Es muss also berücksichtigt werden, dass die Analyse von Parteiprogrammen möglicherweise nicht alle relevanten Einflussfaktoren auf parteibasierten Euroskeptizismus offenlegen kann. Institutionelle Faktoren können mit dieser Methode beispielsweise nicht erfasst werden. Einige Studien greifen deshalb auf ergänzende Informationen von ExpertInnen zurück. Ein solches Vorgehen war im Rahmen dieser Arbeit allerdings leider nicht möglich.

Da sich Parteiensysteme in einem ständigen Wandel befinden, besteht zweifelsohne auch künftig Forschungsbedarf zum Thema Euroskeptizismus. Der weitere politische Umgang mit der „Eurokrise“ und ihren Folgen wird seine zukünftige Ausprägung in der deutschen Parteienlandschaft mitbestimmen. Insbesondere die weitere Entwicklung der AfD wird zu verfolgen sein: gelingt ihre Etablierung, könnte offener Euroskeptizismus in der politischen Elite endgültig salonfähig werden. Euroskeptizismus bleibt daher ein vielseitiges und wandlungsfähiges Phänomen, das auch weiterhin einer kritischen Begleitung bedarf.

6. Literatur

Birsl, Ursula (2010): Zwischen „christlich-abendländischer Kultur“ und „multikultureller Demokratie“: Die integrationspolitischen Programme der Parteien, in: Weißeno, Georg (Hrsg.): Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen, bpb Schriftenreihe B. 1050, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 144-160.

Blind, Jochen (2012): Das Heimspiel der „Europa-Parteien“? Die Europawahlkämpfe der Union von 1979 bis 2009, Wiesbaden: Springer VS.

Buhr, Renee L. (2012): Seizing the Opportunity: Euroscepticism and Extremist Party Success in the Post-Maastricht Era, in: Government and Opposition, 47 (4), S. 544-573.

Bundeswahlleiter (2014): Endgültiges Bundesergebnis der Europawahl 2014, abrufbar unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse/, letzter Zugriff: 15.06.2014.

Busch, Klaus/ Knelangen, Wilhelm (2004): German Euroscepticism, in: Harmsen, Robert/ Spiering, Menno (Hrsg.): Euroscepticism: Party Politics, National Identity and European Integration. Schriftenreihe European Studies: An Interdisciplinary Series in European Culture, History and Politics, Bd. 20, Amsterdam/New York, S. 83-98.

Brunsbach, Sandra/ John, Stefanie/ Werner, Annika (2010): Germany, in: Gagatek, Wojcieck (Hrsg.): The 2009 Elections to the European Parliament. Country Reports, Florenz: European University Institute, S. 89-93.

Brunsbach, Sandra/ John, Stefanie/ Volkens, Andrea/ Werner, Annika (2011): Wahlprogramme im Vergleich, in: Tenscher, Jens (Hrsg.): Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 41-64.

Crespy, Amadine/ Verschueren, Nicolas (2009): From Euroscepticism to Resistance to European Integration: An Interdisciplinary Perspective, in: Perspectives on European Politics and Society, 10 (3), S. 377-393.

Easton, David (1965): A Systems Analysis of Political Life, New York: Wiley.

Eichenberg, Richard/ Dalton, Russell J. (2007): Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration, in: Acta Politica, 42 (2-3), S. 128-152.

Eurobarometer (2013): Standard Eurobarometer 80. Autumn Wave November 2013, Factsheet Germany, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb80/eb80_en.htm, letzter Zugriff: 14.07.2014.

Fietz, Martina (2014): Nach dem Europawahl-Erfolg: Umfrageinstitut sieht Potential der AfD bei 22 Prozent, in: Focus-Online, 25.06.2014, abrufbar unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/nach-dem-europawahl-erfolg-umfrageinstitut-sieht-potential-der-afd-bei-22-prozent_id_3945102.html, letzter Zugriff: 14.07.2014.

Flood, Chris (2002): Euroscepticism: A Problematic Concept, Conference Paper, UACES 32nd Annual Conference, Belfast. Abrufbar unter: http://uaces.org/documents/papers/0201/flood.pdf, letzter Zugriff: 26.05.2014.

Früh, Werner (2007): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, 6. Aufl., Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Fuchs, Dieter/ Roger, Antoine/ Magni-Berton, Raul (2009): European Cleavage, Euroscepticism and Support for the EU: A Conceptual Discussion, in: dies. (Hrsg.): Euroscepticism: Images of Europe among mass publics and political elites, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 9-32.

Grabow, Karsten/ Hartleb, Florian (2013): Europa – nein danke? Studie zum Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Haimerl, Kathrin (2014): AfD im Europawahlkampf: Rechts von der Union ist noch Platz, in: Süddeutsche.de, abrufbar unter: http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-im-europawahlkampf-rechts-von-der-union-ist-noch-platz-1.1910167, letzter Zugriff: 04.07.2014.

Harmsen, Robert/ Schild, Joachim (2011a): Introduction: National European Discourses and the 2009 European Parliament Elections, in: dies. (Hrsg.): Debating Europe. The 2009 European Parliament Elections and Beyond, Baden-Baden: Nomos, S. 9-14.

Harmsen, Robert/ Schild, Joachim (2011b): Diverging Experiences – Distinctive Clusters? In: dies. (Hrsg.): Debating Europe. The 2009 European Parliament Elections and Beyond, Baden-Baden: Nomos, S. 251-273.

Harmsen, Robert/ Spiering, Menno (2004): Introduction: Euroscepticism and the Evolution of European Political Debate, in: dies. (Hrsg.): Euroscepticism: Party Politics, National Identity and European Integration. Schriftenreihe European Studies: An Interdisciplinary Series in European Culture, History and Politics, Bd. 20, Amsterdam/New York, S. 13-35.

Häusler, Alexander/ Teubert, Horst/ Roeser, Rainer (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Düsseldorf: Heinrich-Böll-Stiftung/ Forena.

Häusler, Alexander (2014): Die „Alternative für Deutschland“ – eine rechtspopulistische Partei? Vortrag im DGB-Haus Marburg, 06.05.2014.

Heine, Sophie (2010): Left versus Europe? The Ideologies Underlying the Left’s ‘No’ to the Constitutional Treaty in France and Germany, in: Perspectives on European Politics and Society, 11 (3), S. 313-332.

Henderson, Karen (2008): Exceptionalism or Convergence? Euroscepticism and Party Systems in Central and Eastern Europe, in: Taggart, Paul/ Szczerbiak, Aleks (Hrsg.): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism, Bd. 2, Oxford: Oxford University Press, S. 103-126.

Klingemann, Hans-Dieter/ Volkens, Andrea (2001): Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998, in: Gabriel, Oscar W./ Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, 2. akt. Aufl., bpb Schriftenreihe B. 372, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 507-527.

Kopecký, Petr/ Mudde, Cas (2002): The two Sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe, in: European Union Politics, 3 (3), S. 297-326.

Krouwel, André/ Abts, Koen (2007): Varieties of Euroscepticism and Populist Mobilization: Transforming Attitudes from Mild Euroscepticism to Harsh Eurocynism, in: Acta Politica, 42 (2-3), S. 252-270.

Kuckartz, Udo (2009): Inhaltsanalyse, in: Westle, Bettina (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft, Baden-Baden: Nomos, S. 334-344.

Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch, 4. vollst. überarb. Aufl., Weinheim/Basel: Beltz Verlag.

Leconte, Cécile (2010): Understanding Euroscepticism, London/New York: palgrave macmillan.

Lees, Charles (2002): ‘Dark Matter’: Institutional Constraints and the Failure of Party-based Euroscepticism in Germany, in: Political Studies, 50, S. 244-267.

Lees, Charles (2008a): The Limits of Party-Based Euroscepticism in Germany, in: Taggart, Paul/ Szczerbiak, Aleks (Hrsg.): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism, Bd. 1, Oxford: Oxford University Press, S. 16-37.

Lees, Charles (2008b): The Political Opportunity Structure of Euroscepticism: Institutional Setting and Political Agency in European Polities, in: Taggart, Paul/ Szczerbiak, Aleks (Hrsg.): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism, Bd. 2, Oxford: Oxford University Press, S. 28-51.

Lösche, Peter (1994): Kleine Geschichte der deutschen Parteien, 2. Aufl., Stuttgart/ Berlin/Köln: Kohlhammer.

Marks, Gary/ Wilson, Carole J. (2000): The Past in the Present: A Cleavage Theory of Party Response to European Integration, in: British Journal of Political Science, 30, S. 433-442.

Merz, Nicolas/ Regel, Sven (2013): Die Programmatik der Parteien, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 211-238.

Mudde, Cas (2014): Rechtsaußen, die Große Rezession und die Europawahlen 2014, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 12, S. 16-24.

Neller, Katja/ Thaidigsmann, S. Isabell (2009): Right Wing Parties and Euroscepticism in France and Germany, in: Fuchs et al. (Hrsg.): Euroscepticism: Images of Europe among mass publics and political elites, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 215-233.

Neumayer, Laure (2008): Euroscepticism as a political label: The use of European Union issues in political competition in the new Member States, in: European Journal of Political Research, 47 (1), S. 135-160.

Oberkirch, Thomas/ Schild, Joachim (2010): Wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens, Arbeitspapiere zur Europäischen Integration Nr. 6, Universität Trier/ Europäische Akademie Otzenhausen. Abrufbar unter: http://www.eao-otzenhausen.de/fileadmin/user_upload/Content_Ueber_uns_Dokumente/Publikationen/Arbeitspapiere_Europaeische_Integration_6_10.pdf, letzter Zugriff: 26.05.2014.

Prantl, Heribert (2013): CSU-Offensive gegen Arbeitsmigranten: Ein widerwärtiger Spruch. Kommentar, in: Süddeutsche Zeitung vom 28.12.2013.

Raschke, Joachim (1970): Parteien, Programme und „Entideologisierung“. Zur Analyse von Parteiprogrammen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 8, S. 3-23.

Ray, Leonard (1999): Measuring party orientations towards European integration: Results from an expert survey, in: European Journal of Political Research, 36, S. 283-306.

Ray, Leonard (2007): Validity of measured party positions on European integration: Assumptions, approaches, and a comparison of alternative measures, in: Electoral Studies, 26, S. 11-22.

Reif, Karlheinz/ Schmitt, Hermann (1980): Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, 8 (1), S. 3-44.

Rölle, Daniel (2000): Wahlprogramme: Richtschnur parlamentarischen Handelns, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 4, S. 821-833.

Roßmann, Robert (2014: Wahlprogramm der CSU: Europa aus bayerischer Sicht, in: Süddeutsche Zeitung vom 24.04.2014.

Rovny, Jan (2004): Conceptualising Party-based Euroscepticism: Magnitude and Motivations, in: Collegium, 29, S. 31-47.

Schieder, Siegfried (2011): Germany: Problematizing Europe, or Evidence of an Emergent Euroscepticism? In: Harmsen, Robert/ Schild, Joachim (Hrsg.): Debating Europe. The 2009 European Parliament Elections and Beyond, Baden-Baden: Nomos, S. 33-50.

Schneider, Jens (2014): AfD-Parteitag in Erfurt: Der kalte Blick der Technokraten. Kommentar, in: Süddeutsche Zeitung vom 24.03.2014.

Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2008a): Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe, in: dies. (Hrsg.): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism, Bd. 1, Oxford: Oxford University Press, S. 1-15.

Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2008b): Conclusion: Opposing Europe? Three Patterns of Party Competition over Europe, in: dies. (Hrsg.): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism, Bd. 1, Oxford: Oxford University Press, S. 348-363.

Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2008c): Theorizing Party-Based Eurosceptizism: Problems of Definition, Measurement, and Causality, in: dies. (Hrsg.): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism, Bd. 2, Oxford: Oxford University Press, S. 238-262.

Szymanski, Mike (2014): CSU in Andechs: Anstänkern gegen Brüssel, in: Süddeutsche Zeitung vom 28.04.2014.

Taggart, Paul (1998): A Touchstone of Dissent. Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems, in: European Journal of Political Research, 33 (3), S. 363-388.

Taggart, Paul/ Szczerbiak, Aleks (2004): Contemporary Euroscepticism in the party systems of the European Union candidate states of Central and Eastern Europe, in: European Journal of Political Research, 43 (1), S. 1-27.

Tenscher, Jens (2011): (K)eine wie die andere? Zur vergleichenden Analyse der Europa- und Bundestagswahlen 2009, in: ders. (Hrsg.): Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-38.

Teschner, Julia (2000): No longer Europe's Europhiles? Euroscepticism in Germany in the 1990s, in: Journal of European Integration, 22 (1), S. 59-86.

Vasilopoulou, Sofia (2013): Continuity and Change in the Study of Euroscepticism: Plus ça change? In: Journal of Common Market Studies, 51 (1), S. 153-168.

Weßels, Bernhard (2009): Spielarten des Euroskeptizismus, in: Decker, Frank/ Höreth, Marcus (Hrsg.): Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 50-68.

Wood, Stephen (2002): Germany and the Eastern Enlargement of the EU: Political Elites, Public Opinion and Democratic Processes, in: Journal of European Integration, 24, S. 23-38.

Wüst, Andreas M. (2005): Deutsche Parteien und Europawahlen: Programmatische Schwerpunkte 1979-2004, in: Niedermayer, Oskar/ Schmitt, Hermann (Hrsg.): Europawahl 2004, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 76-93.

Wüst, Andreas M./ Roth, Dieter (2005): Parteien, Programme, Wahlverhalten, in: Tenscher, Jens (Hrsg.): Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 56-85.

7. Quellen: Programme der Parteien

AfD (2013): Bundessatzung der Alternative für Deutschland, Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013, Berlin.

AfD (2014a): Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland. Mai 2014, beschlossen durch den Bundesvorstand und durch eine Mitgliederbefragung zwischen 28. April und 1. Mai 2014.

AfD (2014b): Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt, Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, Beschluss des Bundesparteitags vom 22. März 2014, Erfurt.

CSU (2007): Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten, Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, beschlossen vom 72. Parteitag der CSU am 28. September 2007, München.

CSU (2014): Europaplan der Christlich-Sozialen Union. 2014-2019, Programm der CSU zur Europawahl 2014, Beschluss des Parteivorstands vom 25. April 2014, Andechs/München.

Linke (2011): Programm der Partei DIE LINKE, Beschluss des Parteitages der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, bestätigt durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011.

Linke (2014): Europa geht anders: sozial, friedlich, demokratisch. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2014, beschlossen vom Europaparteitag am 15. Februar 2014, Hamburg.

8. Anhang

8.1 Codierschema mit Erläuterungen

Programm-Ebene: Formales		
Var.	*Variablen-Label*	*Values) Value-Labels*
f1	Partei	1) Linke 2) CSU 3) AfD
f2	Programmtyp	1) Grundsatzprogramm 2) Europawahlprogramm 3) Sonstiges
f3	Datum der Verabschiedung	JJMMTT *Beispiel: 140102 für 02.01.2014*
f4	Beschlussorgan(e)	1) Parteitag 2) Parteitag + Mitgliederentscheid 3) Parteivorstand 4) Parteivorstand + Mitgliederentscheid 5) Sonstige
f5	Umfang (nur Text, ohne Inhaltsverzeichnis, Vorwort u.Ä.)	1-n) Zeichenanzahl (ohne Leerzeichen)

Aussagen-Ebene: Nummerierung		
Var.	*Variablen-Label*	*Values) Value-Labels*
a1	Aussagen-Nummer	1-n) durchlaufende Nummerierung

Aussagen-Ebene: Position zu Themenfeldern/Issues (Tp)

Die Issues zu den drei Themenfeldern des Europadiskurses (siehe nächste Seite) sind immer in Kombination mit einer Zusatzvariable zu codieren, welche die von der Partei bezogene Position angibt. Dabei bezeichnet die Variable „T“ das Themenfeld bzw. genauer das Issue und die Zusatzvariable „Tp“ die Position der Partei zu dem entsprechenden Issue.

Die Zusatzvariable „Tp“ hat immer folgende Values:

1) hart euroskeptisch
2) weich euroskeptisch
3) neutral, konstruktive Kritik
4) positiv (ggü. Integration/EU)
5) sehr positiv (ggü. Integration/EU)

Definitionen:

Harter Euroskeptizismus bezeichnet eine prinzipielle Ablehnung der europäischen Integration/der EU. Die Idee eines Transfers von (ehemals) nationalstaatlichen Kompetenzen auf die supranationale Ebene wird generell abgelehnt. Solche Transfers sollen rückgängig gemacht werden.

Weicher Euroskeptizismus bedeutet keine prinzipielle Ablehnung der europäischen Integration/der EU. Allerdings wird die aktuelle und zukünftig geplante Entwicklung der EU skeptisch beurteilt und ein weiterer Kompetenzausbau der EU wird abgelehnt.

Neutral, konstruktive Kritik: neutrale bis kritische Aussagen gegenüber der Integration bzw. der EU (meist bezogen auf konkrete Politikfelder), die nicht auf Kompetenztransfers abzielen und die keine prinzipiell ablehnende oder zustimmende Haltung zur Integration/EU ausdrücken.

Positiv: Aussagen, die Zustimmung zur europäischen Integration bzw. zur EU ausdrücken. Beispielsweise werden historische Erfolge der Integration oder die aktuelle Entwicklung der EU gelobt.

Sehr positiv: Aussagen, die große Zustimmung zur europäischen Integration bzw. zur EU ausdrücken und eine weitere Vertiefung der Integration, d.h. zusätzliche Kompetenztransfers auf die supranationale Ebene, fordern.

Aussagen-Ebene: Themenfelder/Issues (T)	
Values	*Subvalues) Value-Labels*
100	**Politisches Projekt**
	101) EU als Elitenprojekt 102) Demokratiedefizit in der EU 103) Stärkung der Rolle von EU-Parlament und/oder EU-Kommission 104) Missachtung des Subsidiaritätsprinzips, EU überschreitet Kompetenzen 105) weitere politische Integration, europäischer Föderalismus 106) außenpolitische Rolle der EU, GASP 107) Dominanz großer Mitgliedstaaten 108) Erfolge der europäischen Integration (z.B. historische Rezeption) 199) Sonstiges
200	**Sozio-ökonomisches Projekt**
	201) Überregulierung, Bürokratisierung 202) EU als neoliberales Projekt 203) EU stärkt Wettbewerbsfähigkeit 204) stärkere Regulierung der europäischen Märkte 205) sozialeres Europa, europäische Sozialunion 206) Verteidigung des (nationalen) Wohlfahrtsstaatsmodels 207) Eurozone, Euro als Gemeinschaftswährung 208) europäische Energiepolitik, Umweltschutz 209) Wechselwirkungen mit der Globalisierung 299) Sonstiges
300	**Integration vs. Abgrenzung**
	301) EU als Gefahr für nationale Souveränität 302) Betonung der Vorteile der EU-Mitgliedschaft für den Nationalstaat 303) EU als Gefahr für regionale/nationale Identität 304) Vereinbarkeit regionaler/nationaler und europäischer Identitäten 305) Zuwanderung beschränken 306) Kritik an EU-Erweiterungen (insb. möglicher Türkei-Beitritt) 307) Zustimmung zu EU-Erweiterungen 399) Sonstiges
400	**Sonstige Themenfelder mit Bezug zur europäischen Integration**

Variable T=Themenfeld/Issue, parallel dazu immer: Tp=Position zu dem Issue

Beispiele:
„Die AfD fordert eine Auflösung [...] des Euro-Währungsgebietes.“
T=207, Tp=1

„Einen allzuständigen europäischen Bundesstaat lehnen wir ab.“
T=105, Tp=2

„Der Lissabon-Vertrag hat das bestehende Demokratiedefizit in der EU und ihren Institutionen nicht behoben.“
T=102, Tp=3

„Die Europäische Einigung ist das größte Friedenswerk für unseren Kontinent.“
T=108, Tp=4

„Europa muss außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig sein. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der europäischen Integration in diesem Bereich ein.“
T=106, Tp=5

8.2 Auswertungsmatrizen

Alternative für Deutschland (AfD) – „Politische Leitlinien“ (AfD 2014a)

- verabschiedet im Mai 2014 durch Mitgliederentscheid und Vorstandsbeschluss
- Zeichenanzahl: 19.281

1) Die europäische Integration als politisches Projekt

- Demokratiedefizit durch Entmachtung nationaler Parlamente beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), Funktionsträger haften nicht (S. 1)
- Demokratiedefizit: „staatliche Funktionen“ werden ohne „Rückbindung an demokratisch legitimierte Entscheidungsorgane“ ausgeübt (S. 1)
- Kompetenzen der EU: Vertrag von Maastricht wird gebrochen (S. 1)
- Demokratiedefizit: Bundestag und Bundesregierung werden unter Zeitdruck zu Entscheidungen in der Eurokrise gezwungen (S. 1)
- Subsidiarität: derzeitige Kompetenzverteilung zwischen EU und Nationalstaaten „nicht zukunftsfähig“, nur Entscheidungen, für die auf nationaler Ebene keine funktionsfähigen Lösungen gefunden werden, sollen bei der EU angesiedelt werden (S. 1)
- „Subsidiarität statt Zentralismus“ (S. 2)
- Demokratiedefizit: „Als eine der Demokratie verpflichtete Partei lehnen wir es ab, dass wesentliche demokratisch zu treffende Entscheidungen in Gremien verlagert werden, die demokratisch mangelhaft legitimiert sind. Auf EU-Ebene sind die diesbezüglichen Defizite offenkundig.“ (S. 3)
- Demokratiedefizit: Volksabstimmungen „nach Schweizer Vorbild“ auf EU-Ebene einführen (S. 3)
- GASP: Entscheidungs- und Handlungsfreiheit Deutschlands darf nicht eingeschränkt werden (S. 3)
- Außenpolitik: „Die Abgabe von Hoheitsrechten ohne vorherigen Volksentscheid lehnen wir entschieden ab.“ (S. 3)
- Subsidiarität: „Finanzwirksame Entscheidung zu Lasten der unteren Ebene darf es nicht geben“ (S. 3)

2) Die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt

- Gründung der AfD als Reaktion auf „Versagen der politischen Führung in der Eurokrise“ (S. 1)
- Eurokrise: Rettungspolitik als „fortgesetzte [...] Missachtung geltenden Rechts“, zerstört Vertrauen (S. 1)
- Eurokrise: Haftung von Sparern und Steuerzahlern ist „unsozial“, Modell der sozialen Marktwirtschaft nimmt Schaden (S. 1)
- „Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung“ (S. 2)
- Einführung des Euro „Entscheidung gegen die [...] Vernunft“ , Euro „zerstört“ Europas Grundlagen, hat keine Zukunft (S. 2)
- Eurozone: „Wohlstand und Frieden“ gefährdet (S. 2)
- Eurokrise: „Prinzipien“ der Verantwortung, Transparenz, Solidarität wieder herstellen (S. 2)
- Überregulierung: AfD „lehnt die zahllosen Versuche der EU-Kommission eindeutig ab, in das tägliche Leben der Bürger regulierend einzugreifen.“ (S. 3)

3) Integration vs. Abgrenzung

- „Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht wird und die die Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises dauerhaft erhält.“ (S. 2)
- Souveränität: „wo nötig“ Gewaltenteilung, Subsidiarität wieder herstellen (S. 2)
- Zuwanderung: nach klaren Kriterien ordnen, Vorbilder sind Kanada und die Schweiz (S. 5)
- „Eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme – auch aus Ländern der EU – lehnt die AfD strikt ab“ (S. 5)

Häufigkeitstabellen

Themenfelder

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	politisches Projekt	14	51,9	51,9	51,9
	sozio-ökonomisches Projekt	9	33,3	33,3	85,2
	Integration vs. Abgrenzung	4	14,8	14,8	100,0
	Gesamt	27	100,0	100,0	

Themenfelder/Issues

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	102	5	18,5	18,5	18,5
	104	7	25,9	25,9	44,4
	106	2	7,4	7,4	51,9
	201	2	7,4	7,4	59,3
	202	1	3,7	3,7	63,0
	206	1	3,7	3,7	66,7
	207	5	18,5	18,5	85,2
	301	1	3,7	3,7	88,9
	304	1	3,7	3,7	92,6
	305	2	7,4	7,4	100,0
	Gesamt	27	100,0	100,0	

Position zu Issues oder Themen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	hart euroskeptisch	10	37,0	37,0	37,0
	weich euroskeptisch	9	33,3	33,3	70,4
	neutral, konstr. Kritik	7	25,9	25,9	96,3
	positiv	1	3,7	3,7	100,0
	Gesamt	27	100,0	100,0	

Alternative für Deutschland (AfD) – Europawahlprogramm 2014 (AfD 2014b)

- Beschluss des Bundestagparteitags im März 2014
- Zeichenanzahl: 62.418

1) Die europäische Integration als politisches Projekt

- weitere Integration: AfD lehnt einen „europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten“ ab (S. 2)
- Erfolge: historischer Beitrag zur deutschen Wiedervereinigung etc. (S. 2)
- Erfolge: Frieden und wachsender Wohlstand durch europäische Einigung (S. 2)
- historischer Erfolg Europas „in immer stärkerem Maße“ bedroht (S. 2)
- Demokratiedefizit: mit „Eurorettung“ wächst Machtfülle der EU-Institutionen ohne demokratische Kontrolle (S. 2)
- „Subsidiarität statt Zentralismus“ (S. 2)
- weitere Integration: sich der „schleichenden Kompetenzerweiterung der EU-Institutionen entschieden widersetzen“ (S. 2)
- Erfolge: Binnenmarkt als größte Errungenschaft der EU (S. 2, S. 13)
- weitere Integration: „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ (S. 3)
- weitere Integrationsschritte richtig, „wenn sie dem Bürgerinteresse dienen und auf nationaler Ebene keine befriedigenden Lösungen gefunden werden können“ (S. 3)
- weitere Integration: „Europa muss aus seinen Völkern heraus wachsen statt von oben herab erzwungen zu werden“ (S. 3)
- Demokratiedefizit: EZB, EU-Kommission, ESM (S. 3)
- Subsidiarität: grundlegendes Prinzip verletzt durch Euro-Rettungspolitik, zunehmende Zentralisierung von Entscheidungsprozessen (S. 4)
- Demokratiedefizit: Rettungspolitik höhlt Demokratie aus (S. 8)
- EU überschreitet Kompetenzen, keine Basis dafür in EU-Verträgen (S. 8)
- Subsidiarität: Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder „wo immer möglich“ (S. 8)
- Vetorecht für Nationalparlamente gegen EU-Gesetzentwürfe (S. 9)
- Subsidiarität: Einrichtung eines „Subsidiaritäts-Gerichtshofs“ (S. 9)
- Subsidiarität: EuGH wirkt an „Aushöhlung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten zugunsten der EU-Kommission“ mit (S. 9)
- weitere Integration: Ablehnung einer europäischen Staatsanwaltschaft, deutsche Rechtsstandards würden „ausgehöhlt“ (S. 9)
- Demokratiedefizit: AfD setzt sich für „Stärkung der demokratischen Legitimation der europäischen Institutionen“ ein (S. 10)
- Demokratiedefizit: Volksentscheide, „Bürger-Veto“ (S. 10)
- GASP: AfD bejaht gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (S. 11)
- GASP: kein Raum für europäische Armee neben Nato (S. 11)
- weitere Integration: AfD lehnt „jede Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten ab“ (S. 12)
- weitere Integration: Bildungspolitik muss in nationaler Kompetenz verbleiben (S. 16), aber bessere Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen (S. 17)
- Bildungspolitik: Kritik an Bologna-Prozess; Ausbau Erasmus-Programm (S. 17)
- „AfD spricht der EU eine besondere forschungspolitische Kompetenz ab“ (S. 18)
- Kompetenzen: „Während die EU immer stärker in den Alltag der Bürger eingreift, versagt sie oft bei ihren eigentlichen Aufgaben“ (S. 21)
- Kompetenzen: EU-Forderung nach Vorratsdatenspeicherung ablehnen (S. 23)

- Integration: Deutschland „loyal der europäischen Idee verpflichtet. Das wird sich mit der AfD nicht ändern“ (S. 24)
- Integration: steigende Kosten, aber sinkender Einfluss für Deutschland (S. 24)
- Kompetenzen: „um sich greifender Zentralismus“, „Gleichmacherei“ (S. 24)
- weitere Integration: „Errichtung eines zentralistischen, bürokratischen und technokratischen europäischen Überstaates, der bürgerfern und undemokratisch ist“ stoppen (S. 25)
- weitere Integration: „Politik der schleichenden EU-Erweiterung und Vertiefung“ in Deutschland stoppen (S. 25)

2) Die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt

- Überregulierung: „Auswüchse“ in Form von „Zentralismus, Bürokratie und Dirigismus“ (S. 2)
- Euro gefährdet historische Erfolge der europäischen Integration (S. 2)
- Eurozone: gewaltige ökonomische und soziale Verwerfungen in den „Südländern“ (S. 2)
- Eurozone: ungerechte Belastung von Steuerzahlern, „schleichende Enteignung“ von Sparern (S. 2)
- „Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung“ (S. 2)
- AfD „lehnt jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden entschieden ab“, auch in Form von Institutionen wie EZB, ESM oder Bankenunion (S. 2)
- Budgetrecht nationaler Parlamente darf nicht angetastet werden (S. 2)
- Sozialpolitik muss in Gestaltungshoheit der Mitgliedsstaaten verbleiben (S. 2)
- Überregulierung: Druck der Sanierungsprogramme zerbröselt Idee eines friedlichen, demokratischen Europas (S. 3)
- Einführung des Euro „Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft“, Einheits-Euro „zerstört“ Europas Grundlagen (S. 4)
- Eurozone: „Wohlstand und Frieden“ sind gefährdet (S. 4)
- Wettbewerb: Prinzip verletzt durch Euro-Rettungspolitik (S. 4)
- Eurorettung entwickelt sich zum „Fass ohne Boden“ (S. 4)
- Eurozone: alternative Währungspolitik „Gebot der Solidarität mit dem Süden Europas“ (S. 4)
- Eurozone: „systematische Enteignung“ der deutschen Sparer (S. 4)
- Wettbewerb: AfD lehnt Sanktionierung deutscher Handelsbilanzüberschüsse ab (S. 5)
- Eurozone: AfD für „geordneten Ausstieg aus dem Einheitseuro“, „Auflösung, zumindest aber vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes“ (S. 5)
- Eurozone: Währungssystem mit festen Wechselkursen oder Austritt Deutschlands (S. 5)
- „Stabilitätsunion statt Schuldensozialisierung“ (S. 5)
- Eurozone: ESM auflösen, Rechtsgrundlage aufheben (S. 6)
- mehr Stimmgewicht für Deutschland im EZB-Rat (nach Kapitalschlüssel) (S. 6)
- Regulierung: Forderung nach „Re-Nationalisierung der Stabilisierungsbemühungen des Bankensektors“ (S. 6), Bsp. Bankenaufsicht
- Überregulierung: „Sumpf der Bürokratie“ (S. 8)
- Eurozone: Vertrauensverlust durch Bruch von geltendem Recht (S. 9)
- Eurozone: „Vetorecht der Nettoländer“ (S. 10)
- Bürokratisierung: doppelten Parlamentssitz abschaffen, Anzahl EU-Kommissare reduzieren und Anzahl EU-Beamte halbieren (S. 10)
- Regulierung: Aufgabe der einzelnen Mitgliedsstaaten (S. 12)
- Regulierung: Liberalisierung, Abbau von Wettbewerbsbarrieren (S. 12)
- Wettbewerb: Kompetenzen zu Nationalstaaten zurückverlagern (S. 12)
- Korruptionsbekämpfung auf EU-Ebene (S. 13)
- Sozial-, Arbeitspolitik: „unverrückbar“ Aufgabe der Mitgliedsstaaten (S. 13)
- Sozialunion: europäische Arbeitslosenversicherung „inakzeptabel“ (S. 14)

- AfD lehnt europäische Sozialunion „mit Nachdruck“ ab (S. 14)
- Gender Mainstreaming: AfD lehnt Gleichstellungsvorhaben der EU ab (S. 18)
- Gesundheitspolitik: EU-weite Regelungen sind abzulehnen (S. 18)
- Gesundheitspolitik: EU-Programm „Gesundheit für Wachstum“ stoppen (S. 19)
- Energiepolitik: primär Angelegenheit der Mitgliedsstaaten, aber in einigen Bereichen Zusammenarbeit sinnvoll und notwendig (S. 19)
- Umweltschutz: Angleichung von Sicherheitsvorschriften und Emissionsgrenzwerten (S. 19), Festlegung von Standards (S. 20)
- Wettbewerb: Reform des Subventionssytems in der Agrarpolitik, Direktzahlungen abschaffen (S. 20)
- Wettbewerb: Exportsubventionen der EU verringern (S. 21)
- Infrastruktur: EU sollte sich auf grenzüberschreitende Aufgaben (z.B. Verkehrsprojekte) konzentrieren, anstelle „starrer Vorgaben aus Brüssel“ in allen Bereichen (S. 22)
- Eurozone: Untersuchungsausschuss im Europaparlament wegen Rettungspolitik einrichten (S. 24)
- Eurozone: „Beschädigung aller Länder in der Eurozone im Vergleich zu ihren globalen Wettbewerbern“ (S. 24)
- „Auflösung bzw. Umgestaltung der Eurozone zwingend nötig“ (S. 25)

3) Integration vs. Abgrenzung

- Souveränität: AfD will eine Europäische Union „souveräner Staaten“ (S. 2)
- Bekenntnis zu EU, die gemeinsame „christlich-abendländische“ Wertegrundlagen dauerhaft erhält (S. 2)
- Souveränität: „zentralistische Maßnahmen wie die angebliche Euro-Rettung“ schwächen die Selbstständigkeit der europäischen Staaten (S. 3)
- Souveränität: „EU der starken Nationen“ (S. 3)
- Souveränität: Troika drängt zu Strukturreformen (S. 8)
- Identität: Deutsch als Verhandlungssprache in allen EU-Institutionen (S. 8)
- Erweiterung: Ablehnung von Türkei-Beitritt aus geografischen, kulturellen und historischen Gründen (S. 11)
- Erweiterung: vorläufig keine weiteren Erweiterungen (S. 11)
- Erweiterung: Volksabstimmung in Deutschland als Voraussetzung (S. 11)
- Zuwanderung: drohende Erosion des Sozialstaats durch „verfrühten Beitritt Rumäniens und Bulgariens“ (S. 15)
- Zuwanderung: „Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab“, EU darf keinen Einfluss auf Sozialleistungen nehmen (S. 15)
- Zuwanderung: Abschiebung von Zuwanderern „ohne ausreichenden Mitteln“ aus Vermögen, Erwerbsarbeit etc. (S. 15)
- Zuwanderung: begrenzen nach Nützlichkeitskriterien (S. 16)
- Zuwanderung: bessere Kontrolle der EU-Außengrenzen (S. 16)
- EU-weite Mindeststandards für Unterbringung von Asylbewerbern (S. 16)
- Deutschlands Rolle in der EU stärken (S. 24)
- Souveränität: „Die AfD wird die deutschen Wähler aufrütteln angesichts des drohenden Verlusts unserer Souveränität an ein unausgegorenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa“ (S. 25)

Häufigkeitstabellen

Themenfelder

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	politisches Projekt	56	33,3	33,3	33,3
	sozio-ökonomisches Projekt	87	51,8	51,8	85,1
	Integration vs. Abgrenzung	25	14,9	14,9	100,0
	Gesamt	168	100,0	100,0	

Themenfelder/Issues

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	100	1	,6	,6	,6
	102	11	6,5	6,5	7,1
	104	16	9,5	9,5	16,7
	105	13	7,7	7,7	24,4
	106	3	1,8	1,8	26,2
	108	5	3,0	3,0	29,2
	199	7	4,2	4,2	33,3
	201	13	7,7	7,7	41,1
	203	15	8,9	8,9	50,0
	204	6	3,6	3,6	53,6
	205	6	3,6	3,6	57,1
	206	1	,6	,6	57,7
	207	26	15,5	15,5	73,2
	208	6	3,6	3,6	76,8
	209	1	,6	,6	77,4
	299	13	7,7	7,7	85,1
	301	5	3,0	3,0	88,1
	302	2	1,2	1,2	89,3
	303	1	,6	,6	89,9
	304	2	1,2	1,2	91,1
	305	11	6,5	6,5	97,6
	306	3	1,8	1,8	99,4
	307	1	,6	,6	100,0
	Gesamt	168	100,0	100,0	

Position zu Issues oder Themen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	hart euroskeptisch	22	13,1	13,1	13,1
	weich euroskeptisch	61	36,3	36,3	49,4
	neutral, konstr. Kritik	68	40,5	40,5	89,9
	positiv	17	10,1	10,1	100,0
	Gesamt	168	100,0	100,0	

Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) – Grundsatzprogramm (CSU 2007)

- beschlossen am 28. September 2007 vom 72. Parteitag der CSU in München
- Zeichenanzahl: 212.814

1) Die europäische Integration als politisches Projekt

- Erfolge der Integration: „gemeinsames Europa“ prägt unsere Zeit (S. 19)
- Subsidiarität: „Wir verteidigen und stärken [...] den dezentralen Aufbau der Europäischen Union“ (S. 54)
- Subsidiarität: „Dezentrale Strukturen stärken die Verantwortung der gewählten Vertreter des Volkes, die demokratische Kontrolle durch die Bürger und damit unsere Demokratie in Kommunen, Ländern, Bund und Europa“ (S. 55)
- Integration: „Zwar gibt der Nationalstaat politische Kompetenzen an die Europäische Union und internationale Organisationen ab, aber die Nation bleibt die prägende Verantwortungs- und Solidargemeinschaft der Menschen“ (S. 56)
- Demokratiedefizit: „Die immer umfangreicheren Entscheidungen auf europäischer Ebene sind für die Bürger nicht in gleicher Weise transparent und demokratisch kontrollierbar wie im Nationalstaat“ (S. 56)
- Außenpolitik: handlungsfähiges Europa gestalten (S. 56)
- weitere Integration: „dauerhafte Sicherung von Freiheit, Wohlstand, Gerechtigkeit und der natürlichen Lebensgrundlagen nur in verstärkter europäischer [...] Zusammenarbeit möglich“ (S. 56)
- Erfolge der Integration: Deutschland profitiert von europäischem Binnenmarkt (S. 63)
- weitere Integration: Forschungspolitik: „Erfolg im globalen Wettbewerb kann daher aus Sicht der CSU nur durch langfristiges Engagement im europäischen Verbund erreicht werden“ (S. 98)
- Forschungspolitik: zunehmend aktive Rolle der EU macht „den Einfluss von Bund und Ländern auf europäischer Ebene verstärkt notwendig“ (S. 98)
- Subsidiarität: „gegen Forderungen der Europäischen Union, auch die Angebote der Daseinsvorsorge ausschließlich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu regeln“; Kommunen sollen in eigener Verantwortung entscheiden können, Bsp. Trinkwasserversorgung (S. 132)
- Erfolge der Integration: Europa als „Erfolgsgeschichte“, Integration gewährleistet „Frieden, Freiheit und Sicherheit“ (S. 151, S. 182)
- weitere Integration: „Auf Grundlage der gemeinsamen kulturellen Identität und geschichtlichen Erfahrungen setzen wir uns für die Weiterentwicklung der EU ein“ (S. 151)
- Sicherheitspolitik: wegen neuer Herausforderungen „starke europäische Geltungsmacht“ für gemeinsame Interessen benötigt (S. 152)
- Subsidiarität: muss „Ordnungsprinzip für die Aufgabenverteilung in Europa sein“, EU soll Aufgaben wahrnehmen, die von den Mitgliedsstaaten nicht ausreichend selbst gelöst werden können (S. 153, S. 155, S. 157)
- weitere Integration: CSU lehnt „den Weg in einen europäischen Staat“ ab (S. 153)
- GASP: Aufgaben, die auf europäischer Ebene gelöst werden müssen (S. 153)
- Subsidiarität: EU muss ihre Tätigkeit „stets auf grenzüberschreitende Aufgaben beschränken“ (S. 153)
- Kompetenzen: EU muss handlungsfähig sein und zugleich „Rechte der Mitgliedsstaaten sowie der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften“ achten (S. 155)
- Kompetenzen: institutionelle Reform der EU, mehr Transparenz und Effizienz (S. 155)
- Demokratiedefizit: „Demokratisierung der Entscheidungsverfahren“ (S. 155)
- Kompetenzen: EU soll sich „bei ihrer Rechtsetzung auf das wirklich Notwendige“ beschränken (S. 155)

- Stärkung der EU-Institutionen: Gesetzesinitiativrecht auch für das EU-Parlament und den Rat (S. 155)
- Subsidiarität: nationale Parlamente und deutsche Bundesländer in den EU-Rechtsetzungsprozess einbeziehen (S. 155)
- Subsidiarität: „nationale Umsetzung von EU-Recht darf nicht durch eine Übererfüllung europäischer Vorgaben zu Nachteilen in Deutschland führen“ (S. 155)
- gleichberechtigtes Miteinander „mit allen Partnern, den großen wie den kleinen und den alten wie den neuen Mitgliedsstaaten“, „fairer Interessensausgleich“ (S. 156)
- CSU fordert „Europäisches Volksgruppenrecht“ (S. 156)
- Kompetenzen: „Vielfalt und Wettbewerb statt Zentralismus und Gleichmacherei“ (S. 157)
- GASP: Zusammenarbeit in der EU Teil eines „alternativlosen Dreiklang[s] unserer Außenpolitik“ (S. 161)
- GASP: Kernaufgabe der EU, ausweiten und stärker abstimmen, „gemeinsame Bedrohungsanalysen“ vornehmen (S. 162f.)
- GASP: „konsequent weiterentwickeln mit dem Fernziel einer Europäischen Armee“; EU als „eigenständiger außen- und sicherheitspolitischer Akteur mit militärischen Kräften“ (S. 163)
- GASP: gemeinsamer ständiger Sitz für die EU im UN-Sicherheitsrat (S. 167)
- Erfolge der Integration: CSU ist „stolz, von Anfang an die Erfolgsgeschichte Europas mitgestaltet zu haben“ (S. 181)
- GASP: „CSU will Europas Gewicht und Gestaltungsmacht in der Welt stärken“ (S. 182)

<u>2) Die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt</u>

- Wirtschafts- und Währungsunion: Deutschland profitiert „in besonderer Weise“ (S. 63)
- europäischer Umweltschutz: „Wir arbeiten in Bayern, Deutschland und Europa für den Umweltschutz“, „Europäische Union muss sinnvolle umweltpolitische Standards weltweit entschieden einfordern“ (S. 115)
- europäischer Umweltschutz: Europäische Union soll beim Klimaschutz „Vorreiter“ sein (S. 115)
- Wettbewerb: Abstimmung in der EU ist notwendig, „um Wettbewerbsverzerrungen zu reduzieren“ (S. 118)
- Tierschutz: artgerechte landwirtschaftliche Tierhaltung gemeinsam in Europa verwirklichen (S. 120)
- Energiepolitik: „europäische Energiepolitik stärken“; deutsche Beteiligung an Energieforschungsvorhaben, „die die Möglichkeiten einzelner Mitgliedsstaaten übersteigen würden“ (S. 126)
- Energiepolitik: Durchsetzung europäischer Interessen gegenüber Drittstaaten; jedoch den Mitgliedsstaaten „ausreichenden energiepolitischen Gestaltungsspielraum belassen“; EU braucht Energieaußenpolitik, die international mit einer Stimme spricht (S. 127)
- Wettbewerb: leistungsfähige, einheimische Landwirtschaft soll auf europäischen Agrarmärkten präsent sein (S. 137)
- Globalisierung: „starke europäische Geltungsmacht“ vor dem Hintergrund der Globalisierung benötigt (S. 152)
- Eurozone: dauerhaft stabile europäische Währung ermöglicht auch zukünftig „soziale Sicherheit und Wohlstand für alle Menschen in der EU“ (S. 152)
- Globalisierung: Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft als „gemeinsame europäische Antwort auf die Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft“ (S. 153)
- Überregulierung: „Überregulierungen sind strikt zu vermeiden und konsequent abzubauen“ (S. 155)
- Wettbewerb: EU soll sich für freien Wettbewerb und „die Fortentwicklung der multilateralen Welthandelsregeln stark machen“ (S. 168)

- Klimaschutz: EU muss als Energieimporteur ihr Gewicht in den Verhandlungen zur Geltung bringen (S. 169)

3) Integration vs. Abgrenzung

- Vorteile: „Der klassische Nationalstaat kann Sicherheit und Freiheit für seine Bürger nicht mehr allein garantieren“ (S. 22)
- Identität: CSU bekennt sich „zu einem besonderen bayerischen Staatsbewusstsein in der Vielfalt seiner Kultur, zum Patriotismus und zum aktiven Beitrag Deutschlands für Europa und die Welt“ (S. 41)
- Identität: „Wertegemeinschaft der Völker Europas“, „Werte des christlich-abendländisches Europas leiten unser Handeln“ (S. 42)
- Identität: „christlich-europäische Wertetradition“ (S. 48)
- Erweiterungen: eröffnen „neue Wachstumsmöglichkeiten“ (S. 133)
- Erweiterungen: Probleme mit „Lohn- und Fördergefälle zu den östlichen Nachbarländern“, beginnende „Landflucht“ (S. 133)
- Identität: europäische Zusammenarbeit baut auf kultureller Vielfalt auf (S. 145)
- Zuwanderung: steuern und begrenzen, „Integrationsfähigkeit unseres Volkes hat Grenzen“; „wollen aber keine Zuwanderung, die unsere Sozialsysteme einseitig belastet“ (S. 149)
- Identität: Europa als „Wertegemeinschaft“, gemeinsame kulturelle Identität (S. 151, S. 182)
- Identität: Gottesbezug in vertraglichen Grundlagen der EU (S. 152)
- Vorteile: Deutschland profitiert besonders von Dynamik des Binnenmarkts (S. 152)
- Osterweiterung: „nicht leichte, aber richtige Antwort auf die Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents“ (S. 153)
- Erweiterungen: CSU spricht sich „für klare Grenzen der Europäischen Union aus“, auch dort, „wo geschichtliche und kulturelle Gemeinsamkeiten fehlen“ (S. 153f.)
- Erweiterungen: strikte Einhaltung der Beitrittskriterien (S. 154)
- Erweiterungen: CSU unterstützt „Perspektive einer EU-Vollmitgliedschaft“ für die Staaten des westlichen Balkans (S. 154)
- Erweiterungen: CSU lehnt Mitgliedschaft der Türkei in der EU ab (S. 154)
- Identität: Vielfalt und Besonderheiten der Regionen und Mitgliedsstaaten dauerhaft erhalten ist „oberste Leitlinie unseres europapolitischen Engagements“ (S. 156)
- Identität: „Gebrauch der deutschen Sprache in den Organen und Einrichtungen der EU“ (S. 156)
- Vorteile: Deutschland „am Gelingen der europäischen Integration besonders interessiert“ (S. 156)
- Identität: CSU will eine EU, „in der die nationale Identität und die Eigenständigkeit der Regionen und Kommunen gewahrt bleiben“ (S. 157)
- Identität: CSU als „kraftvolle Stimme Bayerns in Deutschland und Europa“ (S. 181)
- Identität: „Europas geschichtlicher und geistiger Reichtum liegt in der kulturellen Identität der Nationen und in der lebendigen Tradition seiner Regionen. Die CSU stärkt und fördert diese Einheit in Vielfalt“ (S. 182)

Häufigkeitstabellen

Themenfelder

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	politisches Projekt	45	45,5	45,5	45,5
	sozio-ökonomisches Projekt	18	18,2	18,2	63,6
	Integration vs. Abgrenzung	36	36,4	36,4	100,0
	Gesamt	99	100,0	100,0	

Themenfelder/Issues

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	102	2	2,0	2,0	2,0
	103	2	2,0	2,0	4,0
	104	14	14,1	14,1	18,2
	105	5	5,1	5,1	23,2
	106	12	12,1	12,1	35,4
	107	2	2,0	2,0	37,4
	108	6	6,1	6,1	43,4
	199	2	2,0	2,0	45,5
	201	1	1,0	1,0	46,5
	203	3	3,0	3,0	49,5
	207	2	2,0	2,0	51,5
	208	4	4,0	4,0	55,6
	209	2	2,0	2,0	57,6
	299	6	6,1	6,1	63,6
	302	4	4,0	4,0	67,7
	303	5	5,1	5,1	72,7
	304	14	14,1	14,1	86,9
	305	3	3,0	3,0	89,9
	306	5	5,1	5,1	94,9
	307	5	5,1	5,1	100,0
	Gesamt	99	100,0	100,0	

Position zu Issues oder Themen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	weich euroskeptisch	11	11,1	11,1	11,1
	neutral, konstr. Kritik	37	37,4	37,4	48,5
	positiv	42	42,4	42,4	90,9
	sehr positiv	9	9,1	9,1	100,0
	Gesamt	99	100,0	100,0	

Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) – Europawahlprogramm 2014 (CSU 2014)

- beschlossen am 25. April 2014 vom CSU-Parteivorstand
- Zeichenanzahl: 24.717

1) Die europäische Integration als politisches Projekt

- Erfolge der Integration: „Europäische Einigung ist das größte Friedenswerk für unseren Kontinent“ (S. 4)
- Erfolge der Integration: „historische Mission für Frieden und Freiheit“ (S. 4)
- Integration: „Europa muss den Geist der Freiheit weit über den wirtschaftlichen Austausch hinaus zur Geltung bringen“ (S. 4)
- weitere Integration: EU soll sich auf die großen europäischen Aufgaben konzentrieren, Bsp. Energieversorgung, Außenpolitik (S. 4)
- Subsidiarität: „Wir bauchen mehr Europa im Großen und weniger im Kleinen“ (S. 4)
- Erfolge der Integration: unverzichtbare Friedensfunktion (Ukraine-Krise) (S. 5)
- GASP: „Europa braucht eine leistungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik“, bessere gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten (S. 5)
- GASP: Sicherheitspolitik „eine zentrale Herausforderung“ für die EU (S. 5)
- Elitenprojekt: „Die Europäische Einigung war bisher ein Produkt der politischen Eliten und der Führungsebenen. Das genügt nicht mehr“ (S. 6)
- Elitenprojekt: „Das Europa der Zukunft muss ein Europa der Bürgerinnen und Bürger sein“ (S. 6)
- weitere Integration: „ein besseres Europa statt immer mehr Europa“ (S. 6)
- weitere Integration: „Europa braucht keine neuen Zuständigkeiten“ (S. 6)
- Demokratiedefizit/Subsidiarität: „Europa braucht mehr Transparenz, mehr Bürgernähe und mehr Demokratie“ (S. 6)
- Demokratiedefizit: „Wir wollen Volksabstimmungen in Deutschland über wichtige europäische Entscheidungen“, Bsp. Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten, neue Kompetenzen für Brüssel, finanzielle Leistungen Deutschlands (S. 6)
- Demokratiedefizit: „Legitimationsdefizit“ des Europäischen Parlaments beseitigen, jede Stimme bei Europawahlen müsse „gleich viel wert“ sein (S. 6)
- Demokratiedefizit: Direktwahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (S. 6)
- Demokratiedefizit: unkontrollierte „Behörden-Apparate ohne Rückbindung an Parlament und politische Verantwortung“ (S. 6)
- Stärkung der Rolle des EU-Parlaments: Kommission soll neue Regulierungen nur noch auf Anweisung durch das EU-Parlament oder den Rat vornehmen können (S. 6)
- Stärkung der Rolle des EU-Parlaments und des Rats: „Ende des Initiativmonopols der EU-Kommission“, künftig sollen Vorschriften auch von Rat und EP eingebracht werden (S. 7)
- Kompetenzen: „Kompetenzen der EU müssen auf ihre ursprüngliche Form zurückgeführt werden“, EU „missbraucht“ Kompetenzen für weitreichende Regulierungen (S. 7)
- Kompetenzen: „Künftig soll die EU-Kommission nur noch tätig werden, wenn es um den Kernbestand der Grundfreiheiten geht“ (S. 7)
- Kompetenzen/Subsidiarität: Kompetenzgerichtshof einrichten, der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips überwacht (S. 7)
- Subsidiarität: „Europa soll sich nicht in Belange einmischen, die Mitgliedstaaten, Länder und Kommunen selbst regeln können“ (S. 8)
- weitere Integration: „Wir wollen keinen Zentralstaat Europa“ (S. 8)
- weitere Integration: „keine weiteren Kompetenzübertragungen an Brüssel“ in den staatlichen Kernbereichen Haushaltspolitik, Steuerpolitik, Bildungspolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik (S. 8)

- weitere Integration: „Zuständigkeitsstopp für die EU“, grundsätzlich keine neuen Kompetenzübertragungen an Brüssel. Ausnahme bei Kontrollmaßnahmen zur Einhaltung der Stabilitätskriterien in stark verschuldeten Eurostaaten (S. 8)
- Kompetenzen: „Europa soll Kompetenzen an die Mitgliedstaaten zurückgeben“, alle Bereiche überprüfen; „Brüssel muss auch auf Macht und Zuständigkeiten verzichten können“ (S. 9)
- Subsidiarität: „Brüssel muss kommunale Selbstverwaltung achten“; „zentralistischer Durchgriff europäischer Apparate“ auf Bayern entspricht nicht dem Selbstverständnis der CSU (S. 9)
- Subsidiarität: „Alles, was die Menschen vor Ort angeht – vom Nahverkehr bis zum Trinkwasser – soll vor europäischen Eingriffen geschützt werden“ (S. 9)
- Demokratiedefizit: mehr Kontrollrechte für die nationalen Parlamente; „vor allem europäische Regulierungen, die viel Bürokratie auslösen, sollen durch die nationalen Parlamente verhindert werden können“ (S. 9)
- Subsidiarität: Ausschuss der Regionen soll künftig einschreiten können, „wenn EU-Organe gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen“ (S. 9)
- Datenschutz: Europa muss eigene Sicherheitsindustrie aufbauen (S. 10)
- weitere Integration: erleichterter Austausch von Fachkräften und vereinfachte Anerkennung von Abschlüssen (S. 10)
- Ablehnung der Legalisierung von „Euthanasie und aktive[r] Sterbehilfe“ in europäischen Nachbarländern; Forderung nach Klon-Verbot (S. 14)

<u>2) Die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt</u>

- Überregulierung: „Wir wollen keine Verbote-Union, sondern eine Freiheits-Union“ (S. 4)
- Sozialleistungen: „offensichtlicher Missbrauch unserer Sozialsysteme muss abgestellt werden“ (S. 5)
- Sozialleistungen: „nicht erwerbstätige, arbeitssuchende EU-Ausländer sollen in den ersten drei Monaten keine Sozialleistungen in Deutschland beziehen dürfen“, EU-rechtlich absichern (S. 5)
- Bürokratisierung: nur noch ein Sitz des Europaparlaments, „spart Kosten und Zeit“ (S. 6)
- Überregulierung durch die EU-Kommission „eindämmen“ (S. 6)
- Überregulierung: „Brüsseler Regulierungswut“ (S. 6)
- Überregulierung: „Künftig soll die Kommission keine Vorschriften mehr ohne die Zustimmung von Rat und Parlament erlassen können“ (S. 6)
- Bürokratisierung: „Wir wollen, dass die Zahl der EU-Kommissare halbiert wird“, verkleinerte Kommission „spart unnötige Kosten und verhindert überflüssige Bürokratie“ (S. 6)
- Bürokratisierung: „Europas Behörden brauchen eine Schlankheitskur“, Stellenstopp (S. 7)
- Bürokratisierung: „über ganz Europa verstreute EU-Agenturen“: „was nicht unbedingt gebraucht wird, wird aufgelöst“ (S. 7)
- Bürokratisierung: „Europa muss unbürokratischer werden“: Bürokratiecheck aller neuen Rechtsakte etc. (S. 7)
- weitere Budgetreduzierungen, „Europa soll mit weniger Geld auskommen“ (S. 7)
- Finanzierung: „Klare Absage“ für EU-Steuern, „Europa braucht keine eigenen Steuern“ (S. 7)
- Finanzierung: „keine Mehrbelastung“ für Deutschland im EU-Haushalt, „Deutschland trägt als Nettozahler genügend zur Finanzierung der EU bei“ (S. 7)
- Finanzierung: „sogenannten ‚Briten-Rabatt’ beenden“, Großbritanniens geringerer Anteil an Finanzierung „nicht länger tragbar“ (S. 7)
- Überregulierung: „Glühbirnen, Duschköpfe, Toilettenspülungen, Staubsauger, Tachographen oder Olivenölkännchen kommen auch ohne EU-Vorgaben aus“ (S. 8)
- Wettbewerbsfähigkeit: Europa soll wirtschaftliche Stärke fördern und Arbeitsplätze schützen; diese Ziele stärker in den Vordergrund rücken (S. 10)

- Arbeitsmarktpolitik: Jugendarbeitslosigkeit stärker bekämpfen (S. 10)
- Wettbewerb: „Made in Germany“ als Gütesiegel erhalten (S. 10)
- PKW-Maut für Reisende aus dem Ausland (S. 10)
- Wettbewerb: „Brüssel muss mehr Rücksicht auf die deutschen Arbeitsplätze nehmen“; „Wir widersetzen uns entschieden, wenn aus Brüssel Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen kommen“, Bsp. „überzogene“ CO_2-Vorgaben für die Autoindustrie (S. 11)
- Wettbewerb: „Deutschland darf nicht an den Pranger gestellt werden für seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“; Nachbarländer sollen „sich anstrengen und selber wettbewerbsfähiger werden“ (S. 11)
- Wettbewerb: interessengeleiteter Ausbau der Handelsbeziehungen zu Drittstaaten (S. 11)
- Wettbewerb: transparente Aushandlung des Freihandelsabkommen der EU mit den USA; Beibehaltung europäischer Schutzniveaus (S. 11)
- Agrarpolitik: EU-Agrarbeihilfen beibehalten (S. 11)
- Eurozone: Stabilitätsunion statt Schuldenunion; Stabilitätskriterien dauerhaft einhalten (S. 12)
- Eurozone: „kompromisslose“ Ablehnung von Eurobonds und Schuldenvergemeinschaftung; „Jeder ist für seine Schulden selbst verantwortlich“ (S. 12)
- Eurozone: „Keine Hilfe an Schuldenstaaten ohne Reformen als Gegenleistung“, andernfalls Sanktionierung (S. 12)
- Eurozone: „Wer die Stabilitätskriterien dauerhaft nicht erfüllt, soll die Eurozone verlassen können“; geordnete Staatsinsolvenz ermöglichen, Möglichkeit zum Wiedereintritt (S. 13)
- Eurozone: EZB soll ihre Ankauf von Staatsanleihen von Krisenstaaten „unverzüglich einstellen“; „Eine Finanzierung von Krisenstaaten über die Notenpresse lehnen wir entschieden ab“ (S. 13)
- EZB: Vetorecht für Deutschland in Grundsatzfragen, ständiger Sitz für Bundesbank (S. 13)
- Eurozone: „Deutsche Banken und deutsche Sparer dürfen nicht zur Haftung für andere europäische Banken herangezogen werden“ (S. 13)
- Eurozone: Ablehnung eines europäischen Einlagensicherungsfonds; „Jedes Land muss selber für die Sicherheit seiner Spareinlagen sorgen. Für die Rettung notleidender Banken ist ebenfalls das jeweilige Land zuständig“ (S. 13)

3) Integration vs. Abgrenzung

- CSU sagt „mit voller Überzeugung Ja zu Europa“ (S. 4)
- „Europa der Partnerschaft und der Freundschaft“, Bsp. bayerische Landesvertretung in Prag (S. 4)
- Erweiterungen: keine neuen Mitgliedsstaaten in der kommenden Legislaturperiode [2014-2019] aufnehmen, „Beitrittsstopp“ auf absehbare Zeit (S. 4)
- Erweiterungen: Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mangels Perspektive beenden (S. 4)
- Ursachen für Flüchtlingsbewegungen aus Afrika „beseitigen“ (S. 5)
- Zuwanderung beschränken: „Missbrauch der Freizügigkeit muss klare Konsequenzen haben“ (S. 5)
- Zuwanderung beschränken: „Wer ungerechtfertigt Sozialleistungen abruft, soll Deutschland verlassen und darf nicht wieder einreisen“ (S. 5)
- Zuwanderung beschränken: „Der Armutsmigration in Europa muss Einhalt geboten werden“ (S. 5)
- Zuwanderung beschränken: „Wir wollen, dass Asylverfahren beschleunigt und abgelehnte Asylbewerber schneller in die Herkunftsländer zurückgebracht werden“ (S. 5)
- Zuwanderung beschränken: „Wir lehnen einen europäischen Verteilungsschlüssel für Asylbewerber ab. Wer in Deutschland Asyl bekommt, darüber entscheiden keine EU-Beamte, sondern deutsche Behörden“ (S. 5)
- Erweiterungen: Europa braucht keine neuen Erweiterungsrunden (S. 6)

- Identität: „Für ein Europa der Regionen“, Nationen und Regionen müssen im Europa der Zukunft „ihren festen Platz haben“ (S. 8)
- Identität: „Wir wollen so viel Europa wie nötig und so viel Bayern wie möglich“ (S. 8)
- Souveränität: „Auch in einem geeinten Europa muss es weiterhin die Bundesrepublik Deutschland und den Freistaat Bayern geben. Eine Abschaffung des deutschen Grundgesetzes oder der Bayerischen Verfassung darf es nicht geben“ (S. 8)
- Souveränität: „Europa darf den Kern der Staatlichkeit seiner Mitgliedstaaten nicht antasten“ (S. 8)
- Souveränität: „Es darf nicht zu einer schleichenden Aushöhlung der staatlichen Souveränität zugunsten der EU kommen“ (S. 8)
- Identität: Ausschuss der Regionen stärken (S. 9)
- Vorteile der EU-Mitgliedschaft: Zukunftstechnologien gemeinsam voranbringen, europäische Projekte, internationale Spitzenleistungen (S. 10)
- Vorteile der EU-Mitgliedschaft: kein Staat allein kann effektiven Datenschutz garantieren (S. 10)
- Identität: „Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlichen Werten bekennt“; Staaten, die diese werte nicht teilen, dürfen nicht Mitglied der EU werden (S. 14)
- Identität: „Wir wollen, dass Europa seine kulturelle und sprachliche Vielfalt achtet“; „Diese Vielfalt Europas darf durch die Europäische Einigung nicht zugedeckt werden“ (S. 15)
- Identität: „Deutsch muss endlich gleichberechtigte Arbeitssprache in Europa werden“; „Benachteiligung“ der deutschen Sprache in EU-Institutionen muss beendet werden (S. 15)

Häufigkeitstabellen

Themenfelder

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	politisches Projekt	62	37,6	37,6	37,6
	sozio-ökonomisches Projekt	65	39,4	39,4	77,0
	Integration vs. Abgrenzung	38	23,0	23,0	100,0
	Gesamt	165	100,0	100,0	

Themenfelder/Issues

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	101	2	1,2	1,2	1,2
	102	11	6,7	6,7	7,9
	103	4	2,4	2,4	10,3
	104	20	12,1	12,1	22,4
	105	17	10,3	10,3	32,7
	106	3	1,8	1,8	34,5
	108	4	2,4	2,4	37,0
	199	1	,6	,6	37,6
	201	18	10,9	10,9	48,5
	203	12	7,3	7,3	55,8
	206	3	1,8	1,8	57,6
	207	21	12,7	12,7	70,3
	299	11	6,7	6,7	77,0
	300	1	,6	,6	77,6
	301	4	2,4	2,4	80,0
	302	4	2,4	2,4	82,4
	303	9	5,5	5,5	87,9
	304	6	3,6	3,6	91,5
	305	5	3,0	3,0	94,5
	306	7	4,2	4,2	98,8
	399	2	1,2	1,2	100,0
	Gesamt	165	100,0	100,0	

Position zu Issues oder Themen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	hart euroskeptisch	16	9,7	9,7	9,7
	weich euroskeptisch	63	38,2	38,2	47,9
	neutral, konstr. Kritik	70	42,4	42,4	90,3
	positiv	16	9,7	9,7	100,0
	Gesamt	165	100,0	100,0	

Die Linke – Grundsatzprogramm (Linke 2011)

- beschlossen auf dem Parteitag in Erfurt vom 21. bis 23. Oktober 2011
- Zeichenanzahl: 208.478

1) Die europäische Integration als politisches Projekt

- Die Linke kämpft „für einen Neustart der Europäischen Union als demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion“ (S. 7)
- Demokratiedefizit: „demokratisch kontrollierte“ EZB und Wirtschaftspolitik (S. 7)
- Erfolge der Integration: Gründung der EU trug einst dazu bei, „den Frieden zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu sichern“ (S. 20)
- aber: Krieg ist in den 90er-Jahren „auch nach Europa zurückgekehrt“, Bsp. Auslandseinsätze der Bundeswehr (S. 26)
- Außenpolitik: „EU versucht zunehmend aggressiv, in der weltweiten Auseinandersetzung um Macht, Einfluss und natürliche Ressourcen ihre Stellung auszubauen“ (S. 26)
- GASP: „Kriege, einschließlich präventiver Angriffskriege, gelten führenden Kräften der USA, der NATO und der EU wieder als taugliche Mittel der Politik“ (S. 26)
- Erfolge der Integration: „Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft wurden Konflikte innerhalb der Gemeinschaft nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgetragen“ (S. 26)
- GASP: „Heute führen die Europäische Union und Staaten der EU außerhalb ihres Territoriums aber immer öfter Kriege“ (S. 26)
- GASP: „wachsende Bedeutung militärischer Mittel für die EU spiegelt sich im Lissabon-Vertrag wider“; Aufrüstungsverpflichtung, Beteiligung von EU-Kampfverbänden an internationalen Konflikten (S. 26)
- Demokratiedefizit: Wirtschaftsverbände und Unternehmen sollen Abgeordnete des Europaparlaments nicht beschäftigen dürfen (S. 45)
- Stärkung des EU-Parlaments; eigenständiges Initiativrecht (S. 45f.)
- Demokratiedefizit: „erweiterte Kontroll- und Mitwirkungsrechte“ für Bundestag und Landesparlamente (S. 46)
- Demokratiedefizit: „obligatorische Volksentscheide über die EU-Verträge“; Ausbau von Elementen direkter Demokratie (S. 46)
- weitere Integration: „Wir wollen eine andere, eine bessere EU“ (S. 66)
- weitere Integration: „Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union werden“ (S. 66)
- Vertragsgrundlagen der EU sind dafür nicht geeignet (S. 66)
- GASP: Kritik an Lissabon-Vertag richtet sich gegen dessen „Aussagen zur Militarisierung der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (S. 66)
- Demokratiedefizit: „weiter bestehende[s] Demokratiedefizit in der EU und ihren Institutionen“ (S. 66)
- EU braucht „einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind“ (S. 66)
- weitere Integration/Demokratiedefizit: „Wir setzen uns [...] weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedsstaaten abstimmen können“ (S. 66)
- weitere Integration: „Wir wollen nicht weniger als einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäischen Union, der die europäische Integration im Interesse der großen Mehrheit der Menschen auf ein neues Fundament stellt“ (S. 66)
- Demokratiedefizit: „Wir weisen alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationalstaatliche Haushalte zurück“ (S. 66)

- GASP: friedliche EU, die „strukturell nicht angriffsfähig und frei von Massenvernichtungswaffen ist“ (S. 67; 69)
- Demokratiedefizit: EZB muss demokratisch kontrolliert werden (S. 67)
- Demokratiedefizit: starkes Europäisches Parlament und transparente Entscheidungsprozesse in allen europäischen Institutionen (S. 67)
- GASP: Verzicht auf Atomwaffen; „Vorreiterrolle bei der zivilen Konfliktprävention einnehmen“ (S. 70)
- GASP: Europäischer Auswärtiger Dienst und militärische Einsätze sind abzulehnen (S. 70)

2) Die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt

- Sozialpolitik/Umweltpolitik: „hohe und bessere europaweite Mindeststandards“ (S. 7)
- Sozialpolitik: hohe Vermögenssteuern (S. 7)
- Wirtschaftspolitik, „die einer Unterbietungskonkurrenz durch die Verschlechterung von Löhnen und Arbeitsbedingungen [...] entgegenwirkt“ (S. 7)
- Wettbewerb: „Eine EU, die vor allem auf Standortkonkurrenz, Wettbewerb und Dumpingwettlauf setzt, diskreditiert die europäische Idee“ (S. 7)
- neoliberales Projekt: „Liberalisierungen der Finanzmärkte wurden entscheidend mit über die EU vorangetrieben“ (S. 20)
- neoliberales Projekt: Mit den EU-Verträgen und Richtlinien „wurde die neoliberale Politik der Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung zementiert“; EU „Motor der neoliberalen Umgestaltung“ (S. 20)
- Wettbewerb: „Standortkonkurrenz führt zu Dumpingwettlauf mit verheerenden Auswirkungen“, u.a. auf öffentliche Haushalte (S. 20)
- Eurozone: „Ganze Volkwirtschaften in der EU drohen zu kollabieren“ (S. 20)
- Wettbewerb: „aggressive Exportorientierung Deutschlands versursacht in anderen Ländern schwere wirtschaftliche Schäden“ (S. 22)
- Umweltschutz: bisherige Erfahrungen mit dem EU-Emissionshandel sind „enttäuschend“ (S. 25)
- Wettbewerb: Wirtschaftsdemokratie nicht mehr nur im nationalstaatlichen Rahmen durchsetzbar; europäische Dimension (S. 29)
- Wettbewerb: „Internationale Regeln sind unabdingbar, um Wirtschaftsmacht zu begrenzen und zurückzudrängen“ (S. 29)
- neoliberales Projekt/Wettbewerb: „Insbesondere die Angriffe europäischer Institutionen auf die Eigentumsordnungen der Mitgliedstaaten und der massive Liberalisierungsdruck der EU [...] sind zu stoppen“ (S. 31)
- Wettbewerb: Schutz öffentlicher Güter muss für die EU „höchste Priorität“ haben (S. 31)
- Finanzpolitik: „Auf europäischer Ebene müssen Regulierungs- und Aufsichtsstrukturen aufgebaut und bestehende gestärkt werden“ (S. 39)
- Regulierung: Koordination der nationalen Steuerpolitiken, um „Steuerdumping innerhalb der EU zu beenden“ (S. 39)
- Verbot von Gentechnik auf europäischer Ebene (S. 40)
- Sozialpolitik: „Angleichung der Lebensverhältnisse“ in der EU; EU-Förderung strukturschwacher Regionen weiterentwickeln (S. 40)
- Sozialpolitik: „Wir setzen uns ein für gleiche politische und soziale Rechte für alle in Deutschland und der Europäischen Union lebenden Menschen“ (S. 49)
- Bildungspolitik: „Anerkennung von zertifizierten, im Ausland erworbenen Qualifikationen für alle Migrantengruppen“ (S. 52)
- Wettbewerb: Änderung der Patentgesetzgebung auf europäischer Ebene (S. 59)
- Sozial-/Umweltpolitik: „DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele“ (S. 60)

- Umweltschutz: EU muss international „Vorreiterrolle einnehmen“ (S. 60)
- Umweltschutz: „natürliche Lebensräume“ in Europa erhalten (S. 63)
- Verkehrspolitik: innereuropäischen Flugverkehr zu einem großen Teil auf die Schiene verlagern (S. 65)
- Verkehrspolitik: „Einführung einer EU-weit einheitlichen Kerosinsteuer“ (S. 65)
- Verkehrspolitik: „verbindliche Lkw-Maut in ganz Europa“ (S. 65)
- Verkehrspolitik: mit einer „europaweiten Abgabe auf fossile Kraftstoffe wollen wir ressourcen- und umweltschonende Antriebe fördern“ (S. 65)
- neoliberales Projekt/Sozialpolitik: Kritik am Lissabon-Vertrag richtet sich gegen „Maßnahmen neoliberaler Politik“ und gegen „den Verzicht auf eine Sozialstaatsklausel“ (S. 66)
- Eurokrise: EU-Verträge tragen zur Verschärfung der Krise bei (S. 66)
- Sozialpolitik: „Wir wollen eine EU ohne Ausgrenzung und Armut, eine EU, in der gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert sind“ (S. 67)
- Sozialpolitik: EU-weite Kontrolle der Einhaltung von sozialen Vorschriften; „soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht“ verankern (S. 67)
- Steuerpolitik: EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmensgewinne (S. 67)
- Wirtschaftsordnung: Rechtsgrundlagen der EU müssen „wirtschaftspolitisch neutral gestaltet“ werden (S. 67)
- Regulierung: „Wirtschaftspolitik, die einer Unterbietungskonkurrenz durch die Verschlechterung von Löhnen, Arbeitsbedingungen, sozialen Leistungen und Umweltstandards entgegenwirkt“ (S. 67)
- Regulierung: strikte Kontrolle der Finanzmärkte; Kapitalverkehrskontrollen auf europäischer Ebene (S. 67)
- Sozialpolitik: Diskriminierungen ausschließen (S. 68)
- Sozialpolitik: „Wir wollen eine solidarische Erweiterung der Europäischen Union, in der alle Fragen [...] so behandelt werden, dass die Regionen partnerschaftlich kooperieren und die Verbesserung von Arbeits- und Lebensverhältnissen im Vordergrund steht“ (S. 68)
- Energiepolitik: „Energiepartnerschaften der EU mit Ländern im globalen Süden“ fair und fortschrittsorientiert gestalten (S. 72)

3) Integration vs. Abgrenzung

- Zuwanderung: „Deutschland ist ein Einwanderungsland. DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die soziale und politische Rechte danach vergibt, ob Menschen für das Kapital als ‚nützlich’ oder ‚unnütz’ gelten“ (S. 51f.)
- Zuwanderung/Flüchtlingspolitik: „Die Abschottungspolitik der EU ist unmenschlich – wir wollen keine Festung Europa“ (S. 52)
- Flüchtlingspolitik nach Humanität und Menschenrechten ausrichten, nicht nach ordnungspolitischen oder ökonomischen Überlegungen (S. 52)
- Zuwanderung: Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX, „die das wichtigste Abschottungsinstrument der EU darstellt“ (S. 52; 68)
- Vorteile der Mitgliedschaft: „Die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen sind von zentraler Bedeutung für die Sicherung des Friedens, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Lösung der ökologischen Herausforderungen auf dem Kontinent und darüber hinaus“ (S. 66)
- Vorteile der Mitgliedschaft: Linke Politik in Deutschland muss „heute mehr denn je die europäische Dimension mitdenken“; „Die Europäische Union ist für DIE LINKE eine unverzichtbare politische Handlungsebene“ (S. 66)

Häufigkeitstabellen

Themenfelder

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	politisches Projekt	40	38,8	38,8	38,8
	sozio-ökonomisches Projekt	55	53,4	53,4	92,2
	Integration vs. Abgrenzung	8	7,8	7,8	100,0
	Gesamt	103	100,0	100,0	

Themenfelder/Issues

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	102	12	11,7	11,7	11,7
	103	3	2,9	2,9	14,6
	104	1	1,0	1,0	15,5
	105	4	3,9	3,9	19,4
	106	15	14,6	14,6	34,0
	108	3	2,9	2,9	36,9
	199	2	1,9	1,9	38,8
	200	1	1,0	1,0	39,8
	202	5	4,9	4,9	44,7
	203	9	8,7	8,7	53,4
	204	3	2,9	2,9	56,3
	205	19	18,4	18,4	74,8
	207	2	1,9	1,9	76,7
	208	7	6,8	6,8	83,5
	299	9	8,7	8,7	92,2
	303	3	2,9	2,9	95,1
	305	5	4,9	4,9	100,0
	Gesamt	103	100,0	100,0	

Position zu Issues oder Themen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	weich euroskeptisch	29	28,2	28,2	28,2
	neutral, konstr. Kritik	38	36,9	36,9	65,0
	positiv	24	23,3	23,3	88,3
	sehr positiv	12	11,7	11,7	100,0
	Gesamt	103	100,0	100,0	

Die Linke – Europawahlprogramm 2014 (Linke 2014)

- beschlossen am 15. Februar 2014 auf dem Europaparteitag in Hamburg
- Zeichenanzahl: 200.025

1) Die europäische Integration als politisches Projekt

- Erfolge der Integration: „Idee eines friedlichen Europas“ ist wichtig (S. 5)
- Demokratiedefizit: Kürzungspolitik etc. höhlt Demokratie aus (S. 5)
- Rezeption der Integration: EU hat Friedensziele „aus den Augen verloren“ (S. 6)
- Demokratiedefizit: „Spardiktate der Troika“ durch niemanden demokratisch legitimiert (S. 6; 11)
- Erfolge der Integration: „Die europäische Zusammenarbeit hat in der Vergangenheit für viele Millionen Menschen Gewinne an Wohlstand, Gemeinschaft, Offenheit, die Stärkung der Kooperation und der Rechte der Bürgerinnern und Bürger gebracht“ (S. 7)
- aber: Errungenschaften „zunehmend gefährdet“ (S. 7)
- Demokratiedefizit: Verschärfung der kapitalistischen Konkurrenz hebelt „Ansätze zu demokratischer Partizipation“ aus (S. 8)
- GASP: EU-Außenpolitik von „Krisengewinnlern und Rüstungsexporteuren befreien“ (S. 8; 56)
- Demokratiedefizit: EU „zu einem gemeinsamen Bürgerrechtsraum umbauen, in dem demokratische Grundrechte universell Geltung haben“ (S. 8; 38)
- Demokratiedefizit: EU-Institutionen „demokratisieren und kontrollieren“ (S. 8)
- GASP: „In ihrer bestehenden vertraglichen Verfasstheit und Politik“ ist die EU nicht auf Frieden ausgerichtet (S. 9)
- Demokratiedefizit: EU-weite und verbindliche Volksentscheide (S. 9; 38f.)
- GASP: Entmilitarisierung, Verbot von Rüstungsexporten (S. 10)
- Forderung nach „Revision der Grundsatzverträge der EU“ (S. 11)
- Stärkung des EU-Parlaments: alleinige Haushaltskompetenz (S. 18)
- weitere Integration: Mindestnormen für gleichberechtigte Grundversorgung statt Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen (S. 25)
- Subsidiarität: „dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch ausgestaltet ist“; Ausrichtung der Regional- und Strukturpolitik soll „auch künftig vor allem auf der regionalen Ebene bestimmt werden“ (S. 29)
- Subsidiarität: „Eine Renationalisierung der Regionalpolitik lehnen wir strikt ab“ (S. 29)
- weitere Integration: quantitative und qualitative Erweiterung einer solidarischen Kohäsionspolitik (S. 30)
- Demokratiedefizit: niedrige Demokratiestandards in der EU „werden in der Wirtschaftskrise immer weiter ausgehöhlt“ (S. 37)
- Demokratiedefizit: Ablehnung geplanter Kompetenzerweiterungen für EU-Kommission (haushaltspolitische Interventionsrechte) und EU-Währungskommissar (Umsetzung des Fiskalpakts) (S. 37)
- Stärkung des EU-Parlaments: Initiativrecht für Gesetzgebungsvorhaben, Wahl der Kommission, „generell erweiterte Rechte“; „Sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der Europäischen Union überführt wird, muss das Europäische Parlament ein Mitentscheidungsrecht erhalten“ (S. 37f.)
- weitere Integration: „Die Vergemeinschaftung von Politikbereichen muss gegen die Macht von Kommission und Räten weiterentwickelt werden“ (S. 38)
- Demokratiedefizit: „Eigenständigkeit der EU-Agenturen wie Frontex und Europol muss zurückgefahren, und diese müssen parlamentarisch kontrolliert und ggf. aufgelöst werden“ (S. 38)

- Subsidiarität: „Die Verteilung der Kompetenzen zwischen den Institutionen der EU ist so zu regeln, dass die dezentralen Möglichkeiten politischer Selbstverwaltung und die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Union zugleich gestärkt werden“ (S. 38; 41)
- weitere Integration: Verfassungskonvent soll EU-Verfassung mit Prinzipien Demokratie, Sozial-, Rechtsstaatlichkeit, Frieden, Gewaltenteilung erarbeiten (S. 39)
- Demokratiedefizit: Lobbyismus und Verflechtungen von Lobbygruppen mit EU-Institutionen bedrohen „zunehmend die Demokratie“; Lobbyregister einführen (S. 40)
- Abhörskandale: „Geheimdienste abschaffen und Datenschutz garantieren“; Kooperationsverbot für Geheimdienste auf europäischer Ebene; Whistleblower schützen (S. 43)
- Sicherheitspolitik: „Moratorium und die unabhängige Evaluation aller seit 2001 verabschiedeten Sicherheitsgesetze“; Bsp. Austausch von Fluggastdaten (S. 43)
- Netzpolitik: EU-Richtlinien verändern; Schutz der Netzneutralität (S. 44)
- Bildungspolitik: Abschaffung des Bologna-Systems; Förderprogramme ausbauen (S. 50)
- Wissenschaft: „Europäischen Forschungsraum stärken“; Ausrichtung auf Innovationsförderung statt nach Industrieinteressen (S. 51f.)
- Erfolge der Integration: historisches Ziel, Kriege zu verhindern, „bei gleichzeitiger aggressiver bis militärischer Außenpolitik“ (S. 55)
- GASP: „keine neuen Kriege unter Beteiligung der EU“ (S. 55)
- GASP: Ablehnung von Kampfeinsätzen mit Beteiligung der EU; Ablehnung eines kriegerischen Europäischen Auswärtigen Dienstes (S. 56)
- GASP: Entmilitarisierung der EU; Abrüstung; Ablehnung von Drohnen (S. 56)
- GASP: „Rüstungsexporte EU-weit verbieten“; EU-Rüstungsagentur abschaffen (S. 57)
- „Neustart der Europäischen Union – demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich“ (S. 61)

2) Die europäische Integration als sozio-ökonomisches Projekt

- sozialeres Europa: europäische Integration hat Hoffnung auf sozialen Fortschritt enttäuscht (S. 5)
- neoliberales Projekt: „Mit der Kürzungs- und Privatisierungspolitik sowie dem Fiskalpakt werden auf breiter Front soziale Errungenschaften zunichte gemacht (S. 5)
- neoliberales Projekt: zunehmende Verarmung und „Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern, zwischen oben und unten in den Mitgliedstaaten der EU“ (S. 6)
- sozialeres Europa: für solidarische Alternativen, „Zeit für grundlegende Veränderungen der Politik ist gekommen“ (S. 6)
- neoliberales Projekt: Konzerne und Banken „Gewinner einer fehlgeleiteten europäischen Integration“ (S. 6)
- sozialeres Europa: Politikwechsel, damit sich die EU „solidarisch für alle entwickelt“ (S. 7)
- sozialeres Europa: Regierungen der Mitgliedstaaten haben „Idee eines sozialen Europas aufgegeben“ (S. 7)
- sozialeres Europa: „Die wirtschaftliche Integration muss endlich mit einer sozialen und ökologischen Union verbunden werden!“ (S. 7)
- sozialeres Europa: europäisches Sozial- und Solidarsystem (S. 8)
- sozialeres Europa: „In ihrer bestehenden vertraglichen Verfasstheit und Politik“ ist die EU nicht auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet (S. 8)
- Arbeitsmarkt: Jugendarbeitslosigkeit mit Sonderprogrammen bekämpfen (S. 8; 22)
- Eurozone: Sozialcharta bei Hilfen für Krisenstaaten (S. 8)
- Sozialunion: Umverteilung, starker öffentlicher Sektor, EU-Konjunkturprogramme (S. 9)
- Steuern: EU-weite Unternehmensmindestbesteuerung und Vermögensabgabe (S. 9)
- sozialeres Europa: EU-weite Mindestlöhne, Mindestrenten (S. 10; 21; 24; 47)
- neoliberales Projekt: Krise ist Ergebnis einer falschen, neoliberalen Ausrichtung der Europäischen Union (S. 11; 26)

- sozialeres Europa: soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen (S. 11)
- sozialeres Europa: „Konkrete Solidarität in der EU äußert sich schon jetzt z.B. in den Struktur-, Kohäsions- und Agrarfonds. Dies soll ausgebaut werden“ (S. 11)
- Wettbewerb: Ablehnung des geplanten „Pakts für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“ (S. 13)
- Eurozone: einzige Bundestagspartei, die Eurorettungspolitik ablehnt (S. 13)
- sozialeres Europa: gemeinsame Standards in der Sozial- und Steuerpolitik festlegen (S. 14; 17)
- Eurozone: „Kredite mit einer Sozialstaatsgarantie verbinden“ (S. 14)
- Regulierung: private Großbanken vergesellschaften und streng regulieren (S. 14)
- Eurozone: Schuldenaudit, „Überprüfung der Legitimität des Schuldenbestandes“ der Staaten, Schuldenschnitt für illegitime Schulden (S. 15)
- Eurozone: Finanzierung öffentlicher Haushalte direkt über EZB (S. 15)
- sozialeres Europa: „effektive Koordinierung der Lohn- und Steuerpolitik“ (S. 15)
- Wettbewerb: Ausgleichsmechanismus gegen Handelsungleichgewichte (S. 15)
- Eurozone: Ablehnung der Bankenunion „in ihrer beschlossenen Form“ (S. 15)
- Regulierung: „DIE LINKE steht für eine grundlegende Regulierung des europäischen Banken- und Finanzsektors“ (S. 16)
- Regulierung: Investmentbanking als Geschäftsfeld abwickeln; Finanz-TÜV; höhere Eigenkapitalquoten für Banken; Bankenabgabe; Finanztransaktionssteuer etc. (S. 16f.)
- Regulierung: öffentliche europäische Rating-Agentur schaffen (S. 16)
- EZB durch das Europaparlament demokratisch kontrollieren (S. 17)
- Eurozone: Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen (S. 17)
- Eurozone: Einführung von Eurobonds (S. 17)
- Steuerpolitik: Mindeststeuersatz für Unternehmen, Bekämpfung von Steuerflucht (S. 18)
- Haushalt: EU gesetzlich verbriefte Mittel zukommen lassen; Kürzungen zurücknehmen (S. 18)
- sozialeres Europa: „gesamteuropäische Investitionsprogramme in sozialen Querschnittsbereichen“ (S. 19)
- Eurozone: „Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht für ein Ende des Euro ein“ (S. 19)
- Eurozone: Währungsunion muss neu ausgerichtet werden; Ende der Austeritätspolitik; außenwirtschaftliches Gleichgewicht; dauerhafte Exportüberschüsse sanktionieren (S. 19)
- neoliberales Projekt/Wettbewerb: neoliberale EU-Politik der vergangenen Jahrzehnte hat zu „ungleichen Lebensverhältnissen in der EU“ geführt und „die Schere zwischen Arm und Reich weiter vertieft“ (S. 20)
- Arbeitspolitik: verbindliche Richtlinien, „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (S. 21)
- Wettbewerb: „grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen“ fördern (S. 22)
- Arbeitspolitik: Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem; Möglichkeit für grenzüberschreitende Tarifverträge; Recht auf politischen Streik (S. 22)
- Genossenschaftsrecht, regionale Wirtschaftskreisläufe etc. stärken (S. 23)
- sozialeres Europa: „Wir fordern daher die Rücknahme aller EU-Richtlinien und -Verordnungen der letzten Jahrzehnte, die als Grundlage und Vorwand für Privatisierung, Liberalisierung und Zerschlagung öffentlicher Einrichtungen der Daseinsvorsorge gedient haben“ (S. 23)
- sozialeres Europa: verbindliche Zielvorgaben zur Bekämpfung von Armut (S. 24)
- Rentenpolitik: „Vorschläge der Europäischen Kommission zu einer Privatisierung der Altersvorsorge sind der falsche Weg“ (S. 24)
- sozialeres Europa: europaweite Antidiskriminierungspolitik; volle Teilhabe für Menschen mit Behinderungen (S. 26)
- Wettbewerb: Maßnahmen zur Verbesserung Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Rats „vertiefen die Probleme“ (S. 26)

- Wettbewerb: „europäisches Zukunfts- und Investitionsprogramm“: öffentliche Investitionen, Bildungssystem verbessern etc. (S. 26)
- sozialeres Europa: „Fonds für soziale, inklusive, solidarische und ökologische Entwicklung“ in der EU (S. 27)
- neoliberales Projekt/Wettbewerb: geplantes Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) stoppen (S. 27; 54)
- „solidarische Regional- und Strukturpolitik“; Förderung schwacher Regionen; derzeitige Strukturfonds werden „missbraucht“ (S. 28)
- Energiepolitik: „europaweite Energiewende“ (S. 31)
- Energiepolitik: „europäische Vertragsgemeinschaft Euratom“ auflösen (S. 31)
- Verkehrspolitik: „Verlagerung eines beträchtlichen Teils des innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene“ (S. 33)
- Verkehrspolitik: „europaweite Abgabe auf fossile Kraftstoffe“ (S. 33)
- neoliberales Projekt: Landwirtschaft wie kaum ein anderer Bereich durch europäische Rahmenbedingungen beeinflusst, wird immer stärker liberalisiert; europäische Agrarpolitik „zu einer aktiven zukunftsorientierten Politik weiterentwickeln“ (S. 34)
- Fischereipolitik: verbindliche Standards, Verbote, Nachhaltigkeit (S. 35)
- Umweltschutz: EU-Wasserrahmenrichtline positiv, konsequent umsetzen (S. 36)
- sozialeres Europa: verbindliche Regelungen zur Frauenförderung (S. 47)
- neoliberales Projekt: falsche Grundlagen der EU; „statt Frieden und soziale Gerechtigkeit für die Menschen in Europa stand und steht die Freiheit der Märkte an erster Stelle“ (S. 61)

3) Integration vs. Abgrenzung

- „Die Alternative ist nicht der Rückzug aus der Union, sondern der Kampf um ihre Veränderung. Ein Rückzug auf den Nationalstaat ist keine soziale und demokratische Alternative, sondern eine große Gefahr“ (S. 7)
- Identität: „Diskussion über gemeinsame Werte und Normen in der EU und über deren rechtliche Ausgestaltung in großer Breite“ führen (S. 8)
- Zuwanderung: Grundrecht auf Asyl, Frontex auflösen (S. 10; 58)
- Souveränität: Wettbewerbs- und Austeritätspolitik ist Angriff auf „einzelstaatliche Verfassungen der EU-Mitgliedstaaten“ (S. 13)
- Zuwanderung: rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller MigrantInnen (S. 22)
- Zuwanderung: „Nicht Armutszuwanderung, sondern Reichtumsflucht (Steuerhinterziehung und -flucht) ist das Problem vieler Mitgliedstaaten“; Freizügigkeit und Reisefreiheit müssen „selbstverständlich für alle gelten“ (S. 42)
- besserer Schutz ethnischer Minderheiten: „Gleiche Rechte für Sinti und Roma“ (S. 45)
- Gefahr durch rechtspopulistische Parteien: „In Deutschland versucht die ‚Alternative für Deutschland’ Kapital aus der Unzufriedenheit mit der Krisenpolitik der Bundesregierung zu schlagen. Sie bedient und befördert nationalistische und sozialchauvinistische Tendenzen. Gleichzeitig stärkt sie wirtschaftsliberale und demokratiefeindliche Positionen“ (S. 45)
- Vereinbarkeit von Identitäten: Stärkung europaweiter Anti-Rassismus-Programme (S. 46)
- Zuwanderung/Asylpolitik: weltoffenes Europa; „Abschaffung des unmenschlichen Dublin-Asylsystems“ (S. 48; 57)
- Identität: „kulturelle Dimension der europäischen Einigung durch einen intensiveren Austausch und gemeinsame kulturelle Projekte fördern“ (S. 52)
- Zuwanderung/Asylpolitik: Bleiberecht für alle Flüchtlinge (S. 58)
- Visa-Politik: EU-Visa-Liberalisierung (S. 58)
- EU-Erweiterungen: „Künftige Erweiterungsrunden müssen so gestaltet werden, dass soziale Standards gesichert werden“ (S. 59)
- „Schluss mit den Agrarexport-Subventionen der EU“; Abschottungspolitik beenden (S. 59)

Häufigkeitstabellen

Themenfelder

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	politisches Projekt	69	32,2	32,2	32,2
	sozio-ökonomisches Projekt	120	56,1	56,1	88,3
	Integration vs. Abgrenzung	25	11,7	11,7	100,0
	Gesamt	214	100,0	100,0	

Themenfelder/Issues

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	100	2	,9	,9	,9
	102	19	8,9	8,9	9,8
	103	5	2,3	2,3	12,1
	104	8	3,7	3,7	15,9
	105	6	2,8	2,8	18,7
	106	15	7,0	7,0	25,7
	108	6	2,8	2,8	28,5
	199	8	3,7	3,7	32,2
	202	12	5,6	5,6	37,9
	203	12	5,6	5,6	43,5
	204	12	5,6	5,6	49,1
	205	33	15,4	15,4	64,5
	207	16	7,5	7,5	72,0
	208	5	2,3	2,3	74,3
	299	30	14,0	14,0	88,3
	301	1	,5	,5	88,8
	302	2	,9	,9	89,7
	304	5	2,3	2,3	92,1
	305	12	5,6	5,6	97,7
	307	2	,9	,9	98,6
	399	3	1,4	1,4	100,0
	Gesamt	214	100,0	100,0	

Position zu Issues oder Themen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	hart euroskeptisch	1	,5	,5	,5
	weich euroskeptisch	59	27,6	27,6	28,0
	neutral, konstr. Kritik	98	45,8	45,8	73,8
	positiv	16	7,5	7,5	81,3
	sehr positiv	40	18,7	18,7	100,0
	Gesamt	214	100,0	100,0	